

FoSE „Verkehrte“ Demokratieentwicklung im Neoliberalismus: Revival der Eliten

Univ. Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Eva Kreisky

SoSe 2006

Transformation der Rekrutierungs- und Karriere- muster „Politischer Eliten“

Gruppenarbeit eingereicht von:

Karima Aziz, 0406032, A 300

Veronika Schwediauer, 0008525, A 092 300

Sonja Kruspel, 9907363, A 300

Irene Messinger, 9203780, A 092 300

Florian Walter, 9605284, A 092 300

Plamen P. Penev, 9800266, A 300

Inhaltsverzeichnis

Einführung	7
Karima Aziz	
Theoretische Konzeptualisierung	10
1. Einleitung	11
2. Begriffsdefinition „Politische Eliten“	12
2.1 Die „Klassiker“	12
2.2 Moderne Elitentheorien	15
2.3 Eine anwendungsorientierte Definition „Politischer Eliten“	17
3. Rekrutierung „Politischer Eliten“	18
3.1 Der stratifikationstheoretische Ansatz	19
3.2 Der persönlichkeits-theoretische Ansatz	20
3.3 Der organisationstheoretische Ansatz	21
3.4 Der karrieretheoretische Ansatz	22
4. Karrieremuster politischer Eliten	24
4.1 Der Begriff „Karriere“	24
4.2 Karrieremuster	25
Literatur	27
Veronika Schwediauer	
Weibliche Eliten?	29
1. Einleitung	30
1.1 Thematische Eingrenzung und Aufbau der Seminararbeit	30
1.2 Forschungsstand	31
2. Theoretische Grundlegung – der Ausschluss von Frauen aus der Politik	31
2.1 Die Wirksamkeit exklusiver Mechanismen	33
2.1.1 Gesellschaftliche Barrieren für Frauen oder gesellschaftlicher Maskulinität	33
a. Sozialisationsprozesse	34
b. Bildungs-, Berufs- und Karrierewege	35
c. Geschlechtliche Arbeitsteilung	35
2.1.2 Spezifisch politische Barrieren oder staatlicher/ politischer Maskulinität	36

a. Frauen in der Politik – „Integrierte Außenseiterinnen“	36
b. Konzepte zur Sichtbarmachung der Außenseiterposition	36
c. Die Parteien als gatekeeper	38
3. Partizipation und Exklusion von Frauen in Österreich	39
4. Empirischer Teil	42
4.1 Theoretische Herangehensweise	43
4.2 Die Durchführung	43
4.3 Die Ergebnisse der qualitativen Analyse – Rekrutierungs- und Karrierewege österreichischer Ministerinnen und ihre Transformation	44
4.3.1 Einleitung	44
4.3.2 Sozialstruktur	44
a. Geschlecht	44
b. Soziale Herkunft, familiäre Verhältnisse und Bildungshergänge	47
4.3.3 Karrierestruktur	48
a. Karrieredauer	48
b. Altersstruktur	49
c. Karrierewege und Rekrutierungsmuster und ihre Transformation	50
5. Resümee	51
Literatur	53
Tabellenverzeichnis	
Tabelle 1 „Ressortverteilung an österreichische Ministerinnen“	40
Tabelle 2 „Frauenanteile österreichischer Regierungen in der Zweiten Republik“	45
Tabelle 3 „Typisierung von weiblichen Karrieremustern“	51
Grafikverzeichnis	
Grafik 1 „Prozentuelle Frauenanteile StaatssekretärInnen 1945-2006“	46
Grafik 2 „Prozentuelle Frauenanteile MinisterInnen 1945-2006“	46
Grafik 3 „Karrieredauer bis zur Rekrutierung – im 10-Jahresdurchschnitt“	48
Grafik 4 „Eintrittsalter der MinisterInnen bei Regierungseintritt im 10-Jahresdurchschnitt“	49
Grafik 5 „Eintrittsalter der MinisterInnen bei Regierungseintritt im 5-Jahresdurchschnitt“	49

Sonja Kruspel

Rekrutierung und Karrieremuster politischer Eliten am Beispiel der SPÖ	57
1. Einleitung	58
2. Die sozialistischen Elitengruppen	59
2.1 Die Österreichischen Kinderfreunde bzw. die Roten Falken	60
2.2 Die Sozialistische Jugend Österreichs	60
2.3 Die Junge Generation in der SPÖ	61
2.4 Die Österreichische Gewerkschaftsjugend	61
2.5 Der Verband Sozialistischer Studenten Österreichs	62
2.6 Der Bund Sozialistischer Akademiker, Intellektueller und Künstler	62
2.7 Die Bildungseinrichtungen der Partei bzw. der Gewerkschaft	63
3. Kandidatennominierung in der SPÖ	63
4. Vorwahlen in der SPÖ	66
5. Schlußbemerkungen	68
Literatur	69

Irene Messinger

Rekrutierung der Mitglieder der Regierung am Beispiel der Innen- und AußenministerInnen	70
1. Einleitung	71
1.1 Methodische Vorgehensweise	71
2. Rekrutierung der InnenministerInnen	73
2.1 Geschlecht/Alter	74
2.2 Herkunft/Ausbildung	74
2.3 Parteipolitische Netzwerke und politische Aufgaben	75
3. Rekrutierung der AußenministerInnen	77
3.1 Geschlecht/Alter	78
3.2 Herkunft/Ausbildung	78
3.3 Parteipolitische Netzwerke und politische Aufgaben	80
4. Zusammenführung der Ergebnisse	81
5. Netzwerke, Karrieremuster und Rekrutierung in die Regierung	85
5.1 Schulen und Schülerverbindungen	85
5.2 Studentenverbindungen	87
5.3 Parteiinterne und –nahe Karrieren	88

5.4 Karriere in Bürokratie und Verwaltung	89
5.5 Technokratische Elite	90
5.6 Parlamentarische Eliten	91
5.7 Ergebnis	91
Exkurs	
Innen- und AußenministerInnen im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus	92
Literatur	94
Grafikverzeichnis	
Grafik 1 „Geschlechteraufteilung aller Innen- und AußenministerInnen Österreichs seit 1945“	82
Grafik 2 „Studienabschluss aller Innen- und AußenministerInnen Österreichs seit 1945“	83
Grafik 3 „Stadt/Land Verteilung des Herkunftortes aller Innen- und AußenministerInnen Österreichs seit 1945“	84
Florian Walter	
QuereinsteigerInnen im österreichischen Nationalrat	99
1. Einleitung	100
2. Theoretische Annäherung	101
2.1 Auf dem Weg zu einer Definition	101
2.2 Rekrutierung politischer Eliten in Österreich	103
3. Empirischer Zugang und Untersuchungsfeld	106
3.1 Operationalisierung	106
3.2 Datenbasis	107
4. Ergebnisse	108
4.1 Eintrittszeitpunkt und Häufigkeit	109
4.2 Alter	110
4.3 Geschlecht	110
4.4 Bildung	112
4.5 Beruf	113
4.6 Parteizugehörigkeit	115
4.7 Dauer des Mandates	116
4.8 Rekrutierung und Einzug in den Nationalrat	117

5. Fazit	119
Literatur	121
Anhang	123

Exkurs

Plamen P. Penev

Politische Eliten in den USA.

Werdegang politischer Eliten in der 2. Amtszeit von George W. Bush.	125
1. Einleitung	126
2. Begriffsverständnis und Begriffswandel	127
3. Forschung und Theorie	128
4. Erkenntnistheoretische Axiome	132
5. Ergebnisauswertung	134
Literatur	136

Resümee	138
----------------	-----

Einführung

In heutzutage bestehenden so genannten modernen Demokratien existieren entgegen demokratischer Grundgedanken Personengruppen, welche im Bezug auf politische Machtausübung über dem Volk stehen und über jenes bestimmen können. Derartige Menschen können als „Politische Eliten“ begriffen werden. Dieser durchaus kleinen Minderheit ist es möglich Entscheidungen zu treffen und/oder zu beeinflussen, welche die Mehrheit der Bevölkerung betreffen. Es besteht zwar das allgemeine Wahlrecht, welches es den BürgerInnen erlaubt, die herrschenden „Politischen Eliten“ zu selektieren, jedoch durchlaufen diese KandidatInnen bereits vor den allgemeinen Wahlen einen Selektionsprozess. Wie es dazu kommt, dass bestimmte Personen zur Wahl stehen und andere dies nicht erreichen und wie eine, sich für die politische Laufbahn positiv auswirkende, Karriere strukturiert sein kann, stellen zentrale Fragen zur Führungsauswahl dar. Denn es besteht das Bedürfnis in einer Demokratie, wirkende Hintergrundstrukturen zu erkennen um die Legitimität der „Politischen Eliten“ rechtfertigen zu können. So können Probleme, wie jenes der mangelnden Repräsentativität der „Politischen Eliten“ für ihre WählerInnen, analysiert werden und es können möglicherweise auch Lösungsvorschläge konzipiert werden. Ebenfalls interessant erscheint die Frage nach der Eliten-Transformation; Fragestellungen nach den Ursachen und der Art und Weise derartiger Veränderungen können den Erkenntnisgewinn über „Politische Eliten“ steigern.

Unsere Gruppe hat sich auf einen allgemeinen Rahmen des Themas „Transformation der Rekrutierungs- und Karrieremuster „Politischer Eliten““ geeinigt. Aufgrund unseres Interesses an der zeitlich näher liegenden politischen Struktur, haben wir den zeitlichen Rahmen auf die Periode nach dem zweiten Weltkrieg bis zum heutigen Tage festgesetzt. Örtlich gesehen, haben wir uns dafür entschieden, uns auf Österreich zu beschränken, wobei unsere Analyse durch einen Exkurs zu den „Politischen Eliten“ in den USA erweitert wird. Der Aufbau unserer gemeinschaftlichen Forschungsarbeit entspricht dem Konzept eines Sammelbandes – jedeR einzelne bringt den individuell gewählten Beitrag ein, wobei sich thematisch gesehen ein roter Faden durch die gesamte Arbeit zieht. Die Seminararbeit ist aufgeteilt in sechs Teile, von jenen sich der erste dem theoretischen Konzept widmet, die folgenden vier jeweils ein bestimmtes Fallbeispiel zur Thematik untersuchen und der letzte Beitrag stellt den erwähnten Diskurs in die USA dar.

Im ersten Abschnitt, der theoretischen Konzeptualisierung, wird zunächst die Begriffsdefinition der „Politischen Eliten“ behandelt. Daraufhin widmet sich diese Abhandlung den in der Literatur am relevantesten erscheinenden Rekrutierungserklärungsansätzen. Im abschließenden Kapitel wird der Begriff der „Karriere“ besprochen und es werden für Parteiendemokratien, wie Österreich, typische Karrieremuster vorgestellt.

Der zweite Abschnitt widmet sich der Thematik „Weibliche Eliten?“. Wie der Titel bereits verrät, wird darin nicht nur auf weibliche Mitglieder der politischen Elite Österreichs eingegangen, sondern der Blickwinkel auch auf Ausschlüsse von Frauen von politischer Partizipation und Repräsentation geworfen.

Da sowohl die Funktionsfähigkeit als auch die Legitimation politischer Systeme bzw. einzelner Organisationen nicht nur von ihrer Machtstruktur, sondern auch von der Art und Weise der personellen Besetzung und Erneuerung ihrer Führungsgruppen abhängen, wird im dritten Abschnitt, unter dem „strukturell-organisatorischem“ Aspekt, versucht die Vorgehensweise bezüglich der Personalrekrutierung der SPÖ aufzuzeigen.

Ausgehend vom „organisationstheoretischen“ Ansatz nach Herzog werden eingangs die verschiedenen Organisationen die der SPÖ traditionell als Rekrutierungssysteme dienen bzw. durchaus Einfluß auf die politische Sozialisation ihrer Elite haben betrachtet.

Anschließend wird dann auf die innerparteilichen Organisationsprozesse wie Kandidatennominierung und das System der Vorwahlen in der SPÖ eingegangen.

Das Forschungsziel des vierten Abschnitts ist es, die stratifikationsspezifischen, karriereorientierten und organisationstheoretischen Erklärungsansätze auf die Entwicklung der Rekrutierungs- und Karrieremuster der Innen- und AußenministerInnen anzuwenden und historischen Kontinuitäten und Brüche in der parteipolitischen Eliterekrutierung in Österreich aufzuzeigen.

Abschnitt fünf behandelt das Thema *QuereinsteigerInnen im österreichischen Nationalrat* im Zeitraum von 1970 bis 2006. Dabei wird in einer theoretischen Annäherung zunächst auf die Bedeutung des Begriffs „QuereinsteigerIn“ eingegangen und der Versuch einer Definition unternommen. Anschließend werden die Eigenschaften von QuereinsteigerInnen nach soziodemographischem Profil, Rekrutierungswegen, Listenplätzen, Parteizugehörigkeit, sowie Eintritt ins und Verweildauer im Parlament beschrieben. Abschließend soll auf Verän-

derungsdynamiken bezüglich der Rekrutierung von MandatarInnen im Nationalrat im Allgemeinen, sowie von QuereinsteigerInnen im Besonderen eingegangen und mögliche zukünftige Entwicklungen diskutiert werden.

In Abschnitt sechs wird der Versuch unternommen die politische Laufbahn von Regierungsmitgliedern der George W. Bush-Regierung, in seiner 2. Amtszeit, zu untersuchen. Wobei vor allem die Fragen wie die Beteiligten in die Regierungsämter gelangten, wo sie her kamen, auf welchem Weg und schliesslich welche Ideen, Fähigkeiten und Kontakte sie sich aneigneten oder ablegten auf ihrem Weg im Vordergrund stehen.

Theoretische Konzeptualisierung

Eingereicht von:

Karima Aziz

Matrikelnummer: 0406032

Studienkennzahl: A 300

1. Einleitung

„Politischen Eliten“ wird Tag für Tag das Privileg zu teil über Rahmenbedingungen des Lebens der Gesamtgesellschaft zu entscheiden. Doch wer oder was bestimmt wem dieses Vorrecht vorbehalten ist? Welche Bedingungen führen zur Rekrutierung eines Individuums in den Status „Politischer Eliten“? Und welche Karrieremuster begünstigen einen derartigen Aufstieg?

Diese Fragen erscheinen bedeutsam im Zusammenhang mit der Erforschung „Politischer Eliten“ und werden in dieser Arbeit im Sinne einer theoretischen Konzeptualisierung erörtert.

Zunächst muss der zentrale Begriff „Politische Eliten“ definiert werden, um den Rahmen der gesamten Forschungsarbeit eindeutig abzustecken und die Klarheit zu fördern. Hierfür werden die so genannten Klassiker der Elitentheoretiker im Hinblick auf wertvolle Denkansätze zur Thematik besprochen. Die moderne Elitenforschung ist sehr breit gefächert und kann in diesem Rahmen nicht komplett diskutiert werden, daher werden hiervon lediglich zwei relevante Ansätze vorgestellt, jener von Otto Stammer (vgl. Stammer 1972) und jener von Harold Lasswell (vgl. Lasswell 1965). Abschließend zur Begriffsdiskussion wird die von uns erstellte anwendungsorientierte Definition „Politischer Eliten“, welche allen einzelnen Analysen zu Grunde liegt, dargelegt.

Die nächste interessierende Ebene ist jene der Rekrutierung „Politischer Eliten“, zur Erklärung dieser können in der Literatur vier zentrale Theorien gefunden werden – der „stratifikations-theoretische“ Ansatz, der „persönlichkeitstheoretische“ Ansatz, der „organisations-theoretische“ Ansatz und der „karrieretheoretische“ Ansatz (vgl. Herzog 1982, S.73 ff.). Diese unterschiedlichen Theorien werden im zweiten Abschnitt dieser Arbeit im Hinblick auf ihre Vorzüge und Nachteile besprochen und liefern den methodischen Rahmen für die Fallbeispiele.

Was bezeichnet der Begriff „Karriere“? Wie kann dieser Begriff als ein wissenschaftliches Analyseinstrument verwendet werden? Welche Karrieremuster durchlaufen PolitikerInnen auf dem Weg zur „Politischen Elite“? Diese Problemstellungen sollen im letzten Teil der theoretischen Konzeptualisierung beantwortet werden.

Die besprochene theoretische Ebene im Bezug auf Rekrutierung und Karrieremuster „Politischer Eliten“ soll den Fallbeispielen als „Nährboden“ dienen, sie jedoch nicht darin ein-

zwängen, denn es wird für das jeweils gewählte Thema, insbesondere im Bezug auf die USA, von Nöten sein, die zugrunde liegenden Theorien nochmals wiederzugeben und zu vertiefen.

Die Erweiterung des Titels der gesamten Arbeit um „Transformation“ wird in den jeweiligen Arbeiten unterschiedlich zu tragen kommen, im Rahmen der theoretischen Konzeptualisierung ist jene Kategorie zwar ständig präsent, wird beispielsweise im Bezug auf die Ideen Harold Lasswells (vgl. Lasswell 1965) im Konzept der Entwicklungskrisentheorie besprochen, jedoch werden keine separaten Transformationsursachen und –entwicklungen analysiert.

2 Begriffsdefinition „Politische Eliten“

Der Begriff der „Elite“ stammt vom lateinischen Wort „exlegere, eligere“ (Kreisky 1995, S.25) – auslesen ab, wurde jedoch erst im 18. Jahrhundert aus dem Französischen „élitre“ (ebd.) ins Deutsche mit der Bedeutung der „Auslese der Besten“ (ebd.) oder „der Führungsschicht“ (ebd.) übertragen. (vgl. ebd.)

Jener Begriff wird in diesem Kapitel zur Definition „Politischer Eliten“ besprochen, wofür zunächst skizzenartig auf die Ideen der Pioniere des Elitenbegriffes eingegangen wird, da jene für die moderne Elitenforschung stets als Grundlage zur weiteren Differenzierung des Konzeptes herangezogen werden. Die moderne Elitenforschung ist durchaus vielschichtig und kann aufgrund des Rahmens dieser Arbeit nicht befriedigend besprochen werden; es werden jedoch der zentrale Elitenansatz von Otto Stammer (vgl. Stammer 1972) und jener von Harold Lasswell (vgl. Lasswell 1965) vorgestellt um die Begriffsdiskussion auf das notwendige Niveau zu heben. Abschließend wird versucht, den Begriff „Politische Eliten“ im Bezug auf die gesamte vorliegende Forschungsarbeit anwendungsorientiert zu definieren, um sowohl für die beteiligten AutorInnen als auch für die LeserInnen einen allgemein verbindlichen, jedoch einfach gehaltenen Gedankenrahmen zu erstellen.

2.1 Die „Klassiker“

Im 19. Jahrhundert entstanden die Überlegungen der klassischen Elitentheoretiker, Mosca, Pareto und Michels, welche als Reaktion zu dem aufkommenden Gedanken der Demokratie zu verstehen sind. Sie wandten sich mithilfe ihres dichotomen Gesellschaftsbildes,

welches aus Beherrschten und Beherrschenden besteht, sowohl gegen sozialistische Theorien als auch gegen die Idee einer herrschaftsfreien Gesellschaft. (vgl. Kreisky 1995, S.25-26)

Gaetano Mosca (vgl. Mosca 1947) und Vilfredo Pareto (vgl. Pareto 1976) verstanden unter dem Begriff der Elite vorwiegend jene herrschende Minderheit, welche der beherrschten Mehrheit gegenübersteht, irrelevant um welche Herrschaftsform es sich handelt. Der Begriff blieb jedoch bei Mosca relativ undeutlich, denn er führte nicht aus, wer zur „herrschenden Klasse“ zu zählen sei und verwendete vielfach Synonyme, was nicht der Klarheit seiner Ideen diene. Im Gegensatz dazu gelang es Pareto eine pluralistische Elitenkonzeption zu erstellen, wonach den unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten ihre jeweilige Elite zuteil wird, wobei die „*classe dirigente*“ als die regierende Elite zu verstehen ist. Die beiden Theoretiker, Pareto mit seinem faschistischen Hintergrund und der ultrakonservative Mosca (vgl. Kreisky 1995, S.26-29, S.33), bemühten sich trotz ihrer offensichtlichen Überzeugungen um deskriptive also wertfreie Untersuchungen.¹ Interessanter als eine differenzierte Begriffsdefinition zu erstellen erschien ihnen die Frage nach dem Machtgewinn, der Machtausübung und nach dem Verlust der Macht über andere. Die so genannten Klassiker setzten sich somit bereits mit „soziologischen Strukturen politischer Macht“ (Herzog 1982, S.12) und mit der „kollektive[n] Formation von Herrschenden“ (ebd.) auseinander. Pareto entwickelte in der Folge das Konzept des Elitenkreislaufes, hiermit bezeichnete er den Wechsel zwischen einer Herrschaftselite und einer Gegen-Elite aus einer anderen gesellschaftlichen Klasse. Diese Eliten stellen gemäß Pareto die „jeweils aktivsten, leistungsfähigsten, gelegentlich auch skrupellosesten Teile“ (Herzog 1982, S.13) dar. Die Zirkulation zwischen den Eliten kann einerseits durch den völligen Austausch der Herrschaftsgruppe, da die Ausgetauschte die Verbindungen „nach unten“ (ebd.) verloren hat, oder durch Rekrutierung neuer Elitenmitglieder, welche dem Machterhalt dienen können, erfolgen. Seinem Verständnis nach gelang ein Umsturz nicht durch die Stärke oder Schwäche der jeweiligen Klasse, sondern durch die gesteigerte oder abgeschwächte Fähigkeit der jeweiligen Eliten Macht zu erlangen bzw. aufrecht zu erhalten. Herzog (1982, S.14-15) kritisiert jedoch die Beschränkung Paretos Interesse auf sozialpsychologische Aspekte wie Konsens und Stärke, wodurch sowohl gesellschaftliche Bedingungen als auch Funktionswandel politischer Eliten im Prozess der Elitentransformation unbeachtet bleiben. Entgegen der Ideen Paretos, beschreibt Moscas Theorie der herrschenden Elite

„ein mehr statisches Bild der Klasse und ihrer Rekrutierungsmuster“ (von Beyme 1993, S.13).

¹ Anmerkung: Daraus entstand sogar ein Konkurrenzkampf zwischen den beiden – welcher Begriff denn nun wertfreier sei, diesen Kampf gewann gemäß Klaus von Beyme (1993, S.11-12) eindeutig Pareto, da dieser sich mehr um eine wertfreie, analytische Wissenschaft bemühte.

Dies drückt sich durch sein Modell der „Politischen Eliten“ aus, welche

„geprägt [ist] durch die Eigenart des konstitutionellen Regimes mit stark oligarchischen Strukturen und unklaren Parteienverhältnissen in einem cliquenhaft organisierten Frühparlamentarismus“ (ebd.).

Jene blieben an der Macht durch die Verwendung von Propaganda und die Verbreitung von Ideologien, was ihnen erlaubte mit der Masse in Verbindung zu bleiben. Jedoch halten Gaetano Moscas soziologisch begründete Ansichten ebenfalls an einem dichotomen Gesellschaftsbild fest und glauben an einen regelmäßigen Wechsel der Machtverhältnisse, welcher keiner evolutionären Entwicklung entspricht, sondern eine ständige Wiederholung darstellt. Moscas Konzept ist jedoch im Gegensatz zu Paretos um eine Idee reicher, um jene der Relevanz der außerpolitischen Veränderungen für die Elitentransformation. Bedauerlicherweise blieb diese Idee von ihm unbelegt, sie diente jedoch anderen Forschern wie Harold Lasswell (s. u.) als Grundlage spezifischerer Forschungen. (vgl. Kreisky 1995, S.25-37; vgl. von Beyme 1993, S.11-17; vgl. Herzog 1982, S.12-17; vgl. Mosca 1947, S.321-347; vgl. Pareto 1976, S.255-286)

Auch Robert Michels (vgl. Michels 1989), welcher sich von einem syndikalistischen Sozialisten zu einem Vertreter des italienischen Faschismus entwickelt hatte, zählt zu den Klassikern der Elitentheorie. In seiner ersten Schaffensperiode als Parteisoziologe entstand die Theorie des ehernen Gesetzes der Oligarchie, welches die Hierarchisierung innerhalb von Parteien aufgrund ihrer stark ausgeprägten Organisationsstruktur behandelt. Hier erkennt Michels eine Tendenz zur Bürokratisierung innerhalb von Parteiendemokratien, welche seiner Meinung nach das Aufkommen von Oligarchen, also von „Politischen Eliten“, determiniert. Der Oligarchie steht in seinem Konzept die Masse gegenüber, welche durchaus für die Legitimationsfähigkeit der herrschenden Struktur relevant ist. Diese organisationssoziologische Denkrichtung wurde in der späteren Wissenschaft trotz der Hinwendung Michels zum Faschismus übernommen und präzisiert (s. u. „Der organisationssoziologische Ansatz“). In seiner weiteren Entwicklung wurde Michels stark von seinem Mentor Max Weber (vgl. Weber 1971) beeinflusst, welcher als erster Theoretiker den Begriff des Berufspolitikers prägte. Max Webers Idee einer Führerdemokratie unter einem charismatischen Demagogen diente Michels zur Rechtfertigung seiner Affinität zur Herrschaft Mussolinis, auch Webers Spürsinn für bürokratische Entwicklungen führte zur Wahrnehmung dieser durch Michels. Gemäß von Beyme (1993, S.19) schaffte es Max Weber besser als die klassischen Elitentheoretiker eine differenzierte Analyse moderner Führungsrekrutierung zu erarbeiten, indem er sowohl Parteiorganisation, den Einfluss wirtschaftlicher Eliten, als auch die Rolle der Bürokratie beachtete. Mi-

chels entwickelte das Konzept des Konsensus, welcher für ihn in Verbindung mit einem charismatischen Führer, mehr als ein Parlament, eine Einheit von Herrscher und Beherrschten zu schaffen vermag. Seine Überlegungen zu Eliten orientierten sich an Mosca und Paretos Vorstellungen, jedoch transformierte er diese und

„bestimmte die Elite als politisch-willensmäßige, wirtschaftliche und kulturelle Führung, aus der sich die herrschende Schicht zusammensetzt“ (Kreisky 1995, S.42).

(vgl. ebd., S.38-48; vgl. von Beyme 1993, S.17-20; vgl. Michels 1989, S.46-55; vgl. Weber 1971, S.320-369)

2.2 Moderne Elitentheorien

Die moderne Elitenforschung nimmt Abstand zu den Leitideen der Klassiker – nicht mehr die Feststellung der unabwendbaren Existenz einer Elite erweckt das Interesse, es sind viel mehr jene Fragestellungen, welche behilflich sind das Phänomen der Eliten zu analysieren (vgl. Ali 2003, S.5). Im Laufe des 20. Jahrhunderts haben zahlreiche TheoretikerInnen mit jeweils verschiedenartigen Ansätzen und Schwerpunkten versucht politische Eliten ihrem Verständnis nach zu definieren (vgl. Herzog 1982, S.17-18). Ich möchte, aufgrund der Fülle von Theorien, lediglich zwei spezifisch auf das unsrige Konzept passende Ansichten besprechen – den Funktionselitenansatz von Otto Stammer und Harold Lasswells Entwicklungskrisentheorie.

Der deutsche Soziologe Otto Stammer (vgl. Stammer 1972) wendet sich als einer der ersten von der Idee einer unkontrollierbaren Elite, welche ihre Werte in der Masse verbreiten will um sich zu legitimieren, ab und formuliert eine neue funktionsorientierte Definition von Eliten. Denn seiner Meinung nach entspricht das Konstrukt einer Wertelite einer klassischen liberalen Demokratie, jedoch nicht mehr der Form der modernen Demokratie. Seinem funktionalistischen Ansatz nach bringt jeder gesellschaftliche Bereich eine eigene Elite hervor, auf diese Art und Weise erklärt auch beispielsweise Suzanne Keller (vgl. Keller 1979) ihre strategischen Eliten, welche dem jeweiligen Teil der gesellschaftlichen Realität vorstehen. Stammer definiert „Funktionseliten“ in modernen Demokratien als

„die mehr oder weniger geschlossenen sozialen und politischen Einflussgruppen, welche sich aus den breiten Schichten der Gesellschaft mit ihren größeren und kleineren Gruppen auf dem Wege der Delegation oder der Konkurrenz herauslösen, um in der sozialen

oder politischen Organisation des Systems eine bestimmte Funktion zu übernehmen“(Stammer 1951, S.521 zit. n. Ali 2003, S.5).

In dieser Definition erscheint die spezifische Funktion und das davon abhängige Machtausmaß von Einzelnen oder Gruppen die primäre Bedeutung einzunehmen. Funktionseleiten erlangen gemäß Stammer durch das Bedürfnis der Masse nach differenzierter Partizipation und nach Vereinfachung der Auseinandersetzung mit Politik ihre Legitimität und sie sollten in einem funktionierenden System ständigen öffentlichen Kontrollen unterzogen werden. Der Theoretiker vertritt weiters die Meinung, dass die Teileleiten nicht in Konkurrenz zueinander stehen, sondern dass ein Integrationsprozess zwischen ihnen stattfindet. Neben den fachlichen Fähigkeiten betont Stammer auch die Relevanz von sozialstrukturellen Faktoren, wie die Schichtung und die Herrschaftsstruktur der Gesellschaft. Er stellt an demokratische Elitenbildungsprozesse die Forderung nach der Rekrutierung aus allen gesellschaftlichen Schichten, auch wenn dies nicht automatisch die Problematik der Repräsentativität lösen kann (s. u. „Der stratifikationstheoretische Ansatz“). Brauchbar erscheint Stammers Elitenbegriff vor allem aufgrund der immer stärkeren Spezialisierung politischer Entscheidungsprozesse, was bereits bestimmte Anforderungen in die Rekrutierung einfließen lässt. (vgl. Stammer 1972, S.130-161; vgl. Herzog 1975, S.9-12; vgl. Ali 2003, S.5-8)

Harold D. Lasswell (vgl. Lasswell 1965) gelang es mit seinen Untersuchungen die moderne empirische Elitenforschung nachhaltig zu beeinflussen. Zu Beginn seiner Forschungen orientierte er sich noch stark, auch durch den Einfluss von Sigmund Freuds Gedankengut, an psychologischen Aspekten von Macht und Elitenbildung (vgl. Lasswell 1930; vgl. Lasswell 1948). Er erstellte das Konzept der „*power centered personality*“, welches Eliten als in ihrer Persönlichkeit, in ihrem Wertesystem und ihren Bedürfnissen der Macht hingewendet begreift. Derartige Personen bilden die Elite, da es in ihrem Charakter liegt sich eine Spitzenposition einzuverleiben und immer weiter aufzusteigen. Dieser Ansatz ist in der praktischen Forschung zwar schwer analysierbar, dennoch gewann er im Zusammenhang mit der Rekrutierungsforschung an Bedeutung (s. u. „Der persönlichkeits-theoretische Ansatz“). Ein noch bedeutenderes Forschungsprojekt, das Lasswell initiiert hat, war das RADIR² Projekt, welches der Frage nach der Transformation von „Politischen Eliten“ nachgegangen ist. Das Forschungsteam untersuchte neben klassischen elitentheoretisch interessanten Aspekten wie die soziale und personale Zirkulation und die soziale Repräsentativität der Eliten, noch viele weitere Fragestellungen wie beispielsweise die Flexibilität von Eliten in Krisensituationen, Positi-

² „Revolution and the Development of International Relations“ (Herzog 1982, S.19)

onsverschränkungen, Elitenkontrolle und –verantwortlichkeit, Funktionen von Wertesystemen und Zielen der Eliten und die Idee einer Gegen-Elite. Die Hauptthese konstatierte, dass

„die Elitentransformation im wesentlichen aus den Funktionsbedürfnissen soziopolitischer Systeme in historisch je spezifischen Krisensituationen erklärt wird“ (Herzog 1982, S.21).

Die RADIR Gruppe erstellte hierfür das Entwicklungskrisenmodell, welches gesellschaftliche Krisensituationen mit dem Wandel der jeweiligen „Politischen Eliten“ in Zusammenhang bringt. Ein Beispiel für eine der Stufen in diesem Schema wäre das Aufkommen des Berufspolitikers, welcher nach der Weltwirtschaftskrise aufgrund seiner Fähigkeiten seine Stellung erlangte. Zwar konnte das gesamte Konzept des Projektes nicht auf aktuelle Untersuchungen angewendet werden, da immer revolutionäre Strömungen als Auslöser derartiger Veränderungen angesehen wurden, jedoch wurden einzelne Aspekte der weiteren Forschung nützlich, wie beispielsweise das Konzept der Gegen-Elite. (vgl. Herzog 1982, S.18-23)

2.3 Eine anwendungsorientierte Definition „Politischer Eliten“

Die bis hierhin besprochenen Theorien zur Begriffsdefinition „Politischer Eliten“ erlauben einen gedanklichen Einstieg in die Thematik. Um nun jedoch, innerhalb des in der Einführung besprochenen thematischen Rahmens, dieser Forschungsarbeit zu mehr Klarheit und Eindeutigkeit zu verhelfen, muss der Begriff nochmals eindeutig definiert werden.

Unter dem Terminus der „Politischen Eliten“ verstehen wir in erster Linie jene Personengruppen, welche Positionen, die mit politischer Macht ausgestattet sind, innehaben. Dies kann formellen Einfluss bedeuten, wie beispielsweise Positionen legislativer oder exekutiver Funktion, oder auch de facto existierende, also informelle politische Macht. Die Bearbeitbarkeit einer Forschungsarbeit verlangt jedoch nach einer Vereinfachung bzw. Einschränkung dieses Verständnisses um eine möglichst dichte Beschreibung erreichen zu können. So wollen wir uns in den einzelnen Analysen auf jene Personenkreise beschränken, welchen formelle, de jure existierende politische Entscheidungsmacht zusteht. Im politischen System Österreichs, sowie im Land unseres Exkurs-themas den USA, bestehen neben den national agierenden politischen Institutionen noch regional bestimmende Einheiten, welchen ein mehr oder weniger großes Ausmaß an politischer Entscheidungsfähigkeit zu Teil wird. Doch auch diese Einrichtungen müssen wir aus unserem Blickfeld, so weit es möglich ist, ausklammern, da die Behandlung dieser Ebene den Rahmen des Machbaren sprengen würde. So sehen wir uns ge-

zwungen unser eigentliches Verständnis des Begriffes „Politische Eliten“ zu beschneiden um eine anwendungsorientierte Definition zu erreichen.

In der vorliegenden Forschungsarbeit werden unter dem Begriff der „Politischen Eliten“ also jene Personengruppen verstanden, welche Positionen innehaben, die mit formeller politischer Macht ausgestattet sind und darüber hinaus national angelegt sind. In der Praxis stellen somit die Mitglieder von Parlament(en) und Regierung die Analyseobjekte dar, für die auf Österreich bezogenen Fallbeispiele sind dies der Nationalrat und die Bundesregierung, für das Beispiel der USA wären dies die beiden Häuser des Kongresses und das Präsidentenamt, wobei diese Analyse noch weiter eingeschränkt wird.

3 Rekrutierung „Politischer Eliten“

Rekrutierung, „aus dem Französischen – *recruter = ergänzen*“ (Herzog 1982, S.73), bezeichnet innerhalb der Elitenforschung jenen Prozess, welcher durchlaufen wird um den Status „Politischer Eliten“ zu erreichen. Dieser kann horizontal, durch das Wechseln aus einer anderen Elite, oder vertikal, durch Aufstieg, verlaufen. Interessant erscheinen bei der Untersuchung der Rekrutierung der personale – „wer?“ – und der strukturell-organisatorische – „wie?“ – Aspekt. Für die bereits besprochenen Klassiker der Elitentheorien stellte sich Elitenrekrutierung als ein einstufiger Vorgang dar, ein Wechsel aus der Nicht-Elite in die Elite. Die Einsicht, dass jene Nicht-Elite stark differenziert ist, führte zu einem Umdenken in der modernen Elitenforschung. Rekrutierung wird daher als ein mehrstufiger, komplizierter Entwicklungsgang begriffen und im Hinblick auf die Frage,

„wie sich der Prozeß der individuellen und kollektiven Rekrutierung innerhalb der Gesamtstruktur eines soziopolitischen Systems vollzieht“ (Herzog 1982, S.76),

untersucht. In diesem Zusammenhang erscheint es interessant zu ergründen, welche sowohl formal festgesetzten als auch real bestehenden Rahmenbedingungen innerhalb des Selektionsprozesses aktiv werden. Besteht die propagierte Offenheit dieses Prozesses tatsächlich oder wird jene, durch von für die Masse nicht repräsentativen Eigenschaften, beschränkt? Der auffallende Mangel einer proportionalen Repräsentativität der „Politischen Eliten“ für ihre BürgerInnen, was an mehreren Attributen wie Geschlecht, Bildung, Religionszugehörigkeit etc. feststellbar ist, erweckt das Bedürfnis die hintergründigen Faktoren für Rekrutierung zu entdecken. In der empirischen Forschung haben sich vier theoretische Ansätze durchgesetzt, welche versuchen diese Prozesse zu erklären. Diese sind der stratifikationstheoretische,

der persönlichkeits-theoretische, der organisationstheoretische und der karrieretheoretische Ansatz. (vgl. Herzog 1982, S. 73-76; vgl. Herzog 1975, S.9-12)

3.1 Der stratifikationstheoretische Ansatz

Der stratifikationstheoretische Ansatz rückt die soziale Herkunft, also die jeweilige Gesellschaftsschicht aus welcher eine Person stammt, in das Zentrum des Interesses. Demnach beeinflusst das Milieu nicht nur das Individuum sondern auch dessen Chancen einer Rekrutierung in den Stand „Politischer Eliten“. (vgl. Herzog 1982, S.76)

Dieser Denkansatz, der auch als „*social background analysis*“ (Herzog 1982, S.76) bekannt ist, wurde von Donald R. Mathews (vgl. Mathews 1954) systematisiert, welcher durch seine Daten zu dem Schluss gekommen ist, dass eine höhere soziale Stellung die Rekrutierung positiv beeinflusst. Die Erklärungskraft dieser Theorie wird im Hinblick auf die Überzeugungen und Verhaltensmuster „Politischer Eliten“, auf gesellschaftliche Rekrutierungsbedingungen und auf Transformationen des sozialen Status „Politischer Eliten“ hoch eingeschätzt. Die Stratifikation dient somit als Variable innerhalb des Rekrutierungsprozesses, abgeschieden kann sie jedoch nur einen eingeschränkten Erkenntnisgewinn liefern, da sich einige Probleme ergeben. Zunächst kann durch diesen Ansatz eine etwaige Existenz mittlerer oder niedriger Klassen in „Politischen Eliten“ nicht erklärt werden. Auch jene Tendenz, dass bestimmte Berufsgruppen stärker in Eliten vertreten sind, kann nicht auf diesem Wege begründet werden. Aufgrund dieser erheblichen Mängel erstellt Dietrich Herzog (1982, S.78 ff.) drei zusätzliche Dimensionen, welche diesem Ansatz eine größere aufklärende Stärke geben können. Seiner Meinung nach muss erstens das Kriterium der Nähe zur Politik von bestimmten Berufen berücksichtigt werden, so kann beispielsweise die überproportionale Vertretung hoher Beamten in „Politischen Eliten“ erklärt werden. Die Art eines Berufes, auch „Situs“ genannt, ist ebenfalls relevant, so wären insbesondere Aufgabenbereiche, in welchen Verhandlungen geführt werden und Problemlösungen gefunden werden müssen, für eine Rekrutierung förderlich, da sie dem politischen Berufsmodell ähneln. Als dritte Variable beschreibt Herzog, mit Bezug auf Max Weber (vgl. Weber 1971), die Abkömmlichkeit für die politische Karriere vom privaten Beruf; er betont die Bedeutung sich immer politisch zu betätigen und dies nicht als Freizeitbeschäftigung anzusehen. Abgesehen von diesen als ursächlich betrachteten Faktoren, kann auch die Funktion (s. o.) bestimmter Positionen als ausschlaggebende Dimension für Rekrutierung untersucht werden. (vgl. Herzog 1975, S.19 ff.; vgl. Herzog 1982, S.76 ff.)

Nicht nur die erwähnten Mängel dieser Theorie, sondern auch die Vielschichtigkeit des Begriffes „soziale Herkunft“ erschweren ihre empirische Verwendung, so werden traditioneller Weise die Kategorien Alter, Konfession, Geschlecht etc. ohne Begründung ihrer Aussagekraft herangezogen (vgl. Herzog 1975, S. 14, S.23). Meiner Meinung nach stellt es eine Herausforderung dar, den stratifikationstheoretischen Ansatz zu verwenden, denn hierfür müsste der/die ForscherIn begründen können, weshalb welche Indizien für soziale Schichtung herangezogen werden und welche Aussagekraft ihnen inne wohnt. Trotz der beschriebenen Schwierigkeiten ist meines Erachtens die Stratifikation eine interessante, jedoch nicht ausreichende Variable im Rekrutierungsprozess; so wird sich diese Dimension in Kombination mit anderen Erklärungsansätzen in einigen der folgenden Fallbeispiele wieder finden. Insbesondere erscheint die Ebene des Geschlechts als Herkunftsmerkmal für Elitenrekrutierung interessant zu sein; wobei eben bei der Untersuchung von unterproportional vertretenen Politikerinnen andere Variablen wie beispielsweise Ausbildung, Karriereweg und dergleichen untersucht werden müssten um ihren Erfolg zu erklären.

3.2 Der persönlichkeits-theoretische Ansatz

Ein traditionsreicher Ansatz zum Verständnis von Elitenrekrutierung ist der persönlichkeits-theoretische, welcher psychischen Faktoren, wie Charaktermerkmale, „*belief systems*“, persönliche Bedürfnisse etc., die hauptsächliche Bedeutung für Selektion zuschreibt. (vgl. Herzog 1982, S.81)

Für aktuelle Forschungen dient die von Harold Lasswell (vgl. Lasswell 1960) begründete Theorie, wonach Menschen, welche sich für Macht leicht begeistern lassen, größere Chancen haben in politische Spitzenpositionen zu gelangen. Derartige „*power centered personalities*“ entstehen gemäß Lasswell aufgrund von Entwicklungen während des Heranwachens eines Individuums. Die Theorie, dass Persönlichkeitsmerkmale in kausalem Zusammenhang mit politischen Karrieren stehen, ist jedoch mit einigen Unstimmigkeiten konfrontiert. So bleibt unklar ob eine bestimmte Charaktereigenschaft ursächlich für politischen Erfolg ist oder ob sie lediglich an die Umstände angepasste Merkmale darstellen. Auch das Auftreten entgegen gesetzter Eigenschaften innerhalb „*Politischer Eliten*“ kann nur schwer mit Hilfe dieses Ansatzes erklärt werden. Die hierarchische Ordnung politisch machtvoller Positionen und die Tatsache, dass gleiche Stellungen oft unterschiedlich ausgefüllt werden können, stehen im Widerspruch zu der Annahme eines bestimmten Persönlichkeitstyps. Es ergibt sich aus Lasswells Theorie eine weitere kritische Frage, denn ist ein Charakter, der derartig eindimen-

sional auf Macht ausgerichtet ist, überhaupt im Stande sich in die Komplexität der modernen politischen Strukturen zu integrieren? Lasswell revidierte deshalb geradezu seine Theorie und beschrieb den Charakter eines/einer erfolgreichen Politikers/Politikerin als flexibel und pragmatisch. (vgl. Herzog 1982, S.81 ff.)

Neben den von Dietrich Herzog (ebd.) besprochenen Problemen dieses Ansatzes, sehe ich eine große Schwierigkeit in der Erhebung der interessierenden Persönlichkeitsmerkmale. Denn wie sollen bestimmte Eigenschaften empirisch erhoben werden? Der/Die PolitikerIn wird kaum brauchbare Informationen über seine/ihre eigene Psyche vermitteln und die aus einem Interview oder ähnlichem selbstständig festgestellten Merkmale dienen nicht der empirischen Verwendung. Wie also soll der/die ForscherIn Rückschlüsse auf relevante Anzeichen tätigen, wenn diese nicht befriedigend erhoben werden können? Der persönlichkeits-theoretische Ansatz wird aufgrund der besprochenen Mängel, aber vor allem weil unserer Forschungsgruppe die Erhebung derartiger Daten nicht möglich ist, in dieser Arbeit kaum Verwendung finden.

3.3 Der organisationstheoretische Ansatz

Der organisationstheoretische Ansatz erkennt die Struktur der politischen Organisationen, also der Parteien, als ausschlaggebende Konstante innerhalb des Rekrutierungsprozesses an. Insbesondere in einem Land wie Österreich, in dem eine so genannte Parteiendemokratie herrscht, ist die zentrale Rolle der Parteien in der Elitenrekrutierung unbestritten und sollte als zugrunde liegende Variable niemals ignoriert werden. (vgl. Herzog 1982, S.86)

Der Aufbau parteiinterner Personalentscheidungen stellt in dieser Theorie die primäre Bedeutung für den Aufstieg von Individuen dar. Bereits Michels (s. o.) betonte die Relevanz der Organisationsstruktur für die Personalauswahl, jedoch blieb sein Konzept noch relativ oberflächlich, da für ihn die dichotome Unterscheidung zwischen Oligarchie und Masse im Vordergrund stand. Die moderne Elitenforschung hingegen konzentriert sich auf die Vielschichtigkeit und Differenzierung innerhalb parteilicher Organisationsstrukturen. Durch das Entstehen von Massenparteien kam die Notwendigkeit zur komplexen Strukturierung auf, welche die Rekrutierungsfunktion der Parteien erheblich verstärkt hat. Durch den hierarchischen Aufbau verstärkte sich die Möglichkeit der Beeinflussung personaler Entscheidungen durch die Parteispitze und erhöhte die langzeitige Bindung an eine bestimmte Partei. Zwar erscheint die Erklärungskraft der Organisationsstruktur weitreichend, jedoch dürfen andere Variablen nicht außer Acht gelassen werden. So wird auch innerhalb dieses Ansatzes die Rele-

vanz der sozialen Herkunft, der jeweiligen Berufsgruppe und der Persönlichkeit nicht ignoriert. (vgl. Herzog 1975, S. 62 f.; vgl. Herzog 1982, S.86 ff.)

Der organisationstheoretische Ansatz besitzt eine starke Aufklärungskapazität und erscheint mir insbesondere in organisatorisch stark ausgebauten Parteiensystemen, wie in Österreich, brauchbar für die Untersuchung politischer Elitenrekrutierung. Dennoch können bestimmte Phänomene wie Parteiwechsler und *cross-over* PolitikerInnen nur mit der Erweiterung um andere Dimensionen erklärt werden. Im Fallbeispiel der SPÖ wird in dieser Forschungsarbeit auf den organisationstheoretischen Ansatz zurückgegriffen, wobei die Untersuchung der Organisationsstruktur und nicht ihre Auswirkung auf die Rekrutierung einzelner PolitikerInnen im Vordergrund steht.

3.4 Der karrieretheoretische Ansatz

Der karrieretheoretische Ansatz verfolgt im Gegensatz zu den sich auf einzelne Dimensionen beziehenden Strängen

„das Ziel, die Rekrutierung von Führungspersonal als einen kollektiven soziopolitischen Prozeß insgesamt zu erfassen“ (Herzog 1982, S.89).

Hierfür werden unterschiedliche, aufeinander folgende Phasen im Leben eines Individuums untersucht, da der Prozess der Elitenbildung für ein longitudinal ablaufendes Schema gehalten wird. Dazu parallel werden die Strukturen, welche für den Auswahlprozess eine Rolle spielen analysiert. Hierzu zählen beispielsweise Organisationen, Institutionen und auch Formalitäten, welche Karrierechancen beeinflussen können. Dietrich Herzog hat dieses Modell erarbeitet, welches von vier Phasen zur Elitenbildung ausgeht:

„(1) Die Sozialisationsphase, (2) die Phase der politischen Rekrutierung, womit angesichts der dominierenden Rekrutierungsfunktion der Parteien und der Bedeutung der Parteimitgliedschaft im politischen System der Bundesrepublik speziell der Parteibeitritt gemeint ist, (3) die Phase der politischen Karriere und (4) die Phase der Elitenrekrutierung im engeren Sinne, d.h. die Rekrutierung von Personen aus „Vorpositionen“ in die (jeweils untersuchten) Spitzenpositionen.“ (Herzog 1975, S.48)

Mit der Sozialisationsphase ist vor allem die Prägung der Personen durch Familie, Schule, Jugendgruppen etc. während der Kindheit und Jugend im Bezug auf Chancen und politisches Verhalten gemeint. Als dritte Phase wird die politische Karriere (s. u.) bezeichnet, welche nach dem Parteibeitritt jenen Wendepunkt beschreibt an dem der private Beruf für die politische Tätigkeit aufgegeben wird. In dieser Zeit formt sich maßgeblich das politische Verhalten durch Erwachsenensozialisation und es steigt die professionelle Qualifikation für die Politik.

Hierbei beginnt die politische Professionalisierung, welche die steigende Arbeitsintensivität und die Verminderung der Bindung an den privaten Beruf im Laufe der Karriere beschreibt. Die letzte Phase, jene der Elitenrekrutierung, ist zwar in diesem Modell der letzte Schritt einer politischen Karriere, jedoch könnte noch der Ausstieg untersucht werden. Obwohl eine Untersuchung des Elitenabganges, wohin es sie nach dem ausscheiden zieht und weshalb sie ihre politische Karriere nicht fortsetzen, zu neuen Erkenntnissen über Verbindungen zwischen Politik und Wirtschaft etc. verhelfen könnte, wurde diese Phase nicht mehr mit einbezogen. Als Methode für die praktische Anwendung dieses Phasenmodells dient die Konstruktion möglicher longitudinaler Aufstiegswege durch den Vergleich individueller Biographien. (vgl. Herzog 1982, S.89 ff.; vgl. Herzog 1975, S.46 ff.)

In der folgenden Skizze dieses Analysemodells werden die einzelnen Phasen mit ihren Merkmalen und die parallel dazu wirkenden Strukturen dargestellt:

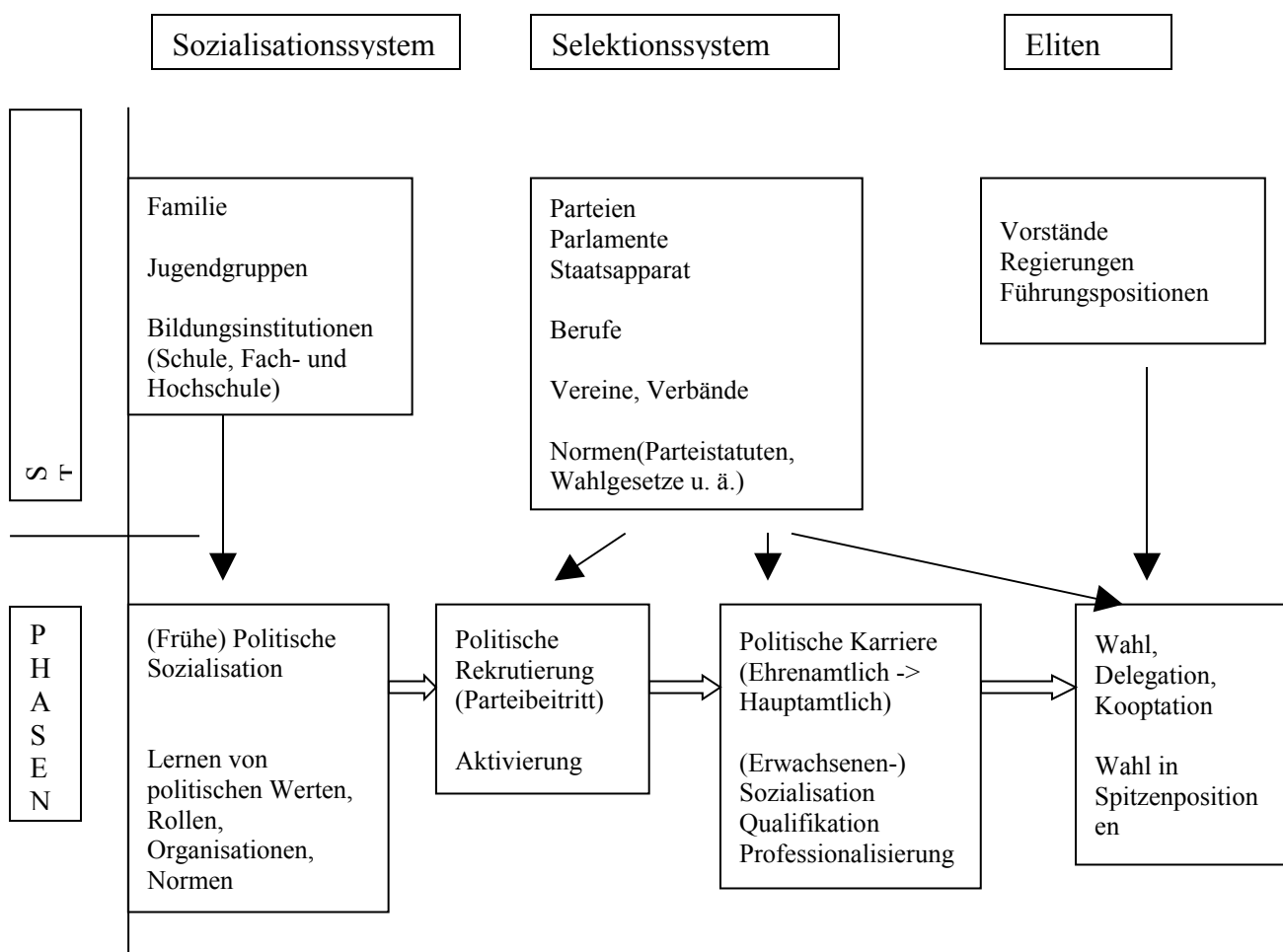


Schaubild I: Prozessmodell der politischen Elitenauswahl aus Herzog 1975, S.47

Der karrieretheoretische Ansatz ist meiner Meinung nach eine aussagekräftige Theorie, jedoch erscheint mir seine Komplexität eine empirische Erforschung zu erschweren. Auch wenn die Analysesubjekte auf eine geringe Zahl eingeschränkt werden, ist die Datenerhebung dennoch außerordentlich aufwendig und es bleibt unklar, ob am Ende überhaupt aussagekräftige Parallelen zwischen den Lebensläufen entdeckt werden können. Für unsere Fallbeispiele können daher lediglich bestimmte Aspekte dieses Ansatzes verwendet werden.

4 Karrieremuster politischer Eliten

4.1 Der Begriff „Karriere“

In der Umgangssprache wird unter Karriere
„eine erfolgreiche Berufslaufbahn, insbesondere dann, wenn der soziale Aufstieg mit einem schnellen und außergewöhnlichen Zugewinn an Einkommen, Macht oder Prestige verbunden ist“(Herzog 1975, S.39-40)

verstanden. Um nun wissenschaftlich mit diesem Begriff arbeiten zu können, muss jener wertfreier und ausführlicher definiert werden. (vgl. Herzog 1975, S.39 f.)

Innerhalb der Elitenforschung besteht Einigkeit darüber, dass Organisationsstrukturen durch Karrieremuster wiedergegeben werden, da Karrieren über Positionen in Organisationen verlaufen. Abgesehen von dieser Feststellung hat sich jedoch die politologisch-soziologische Forschung wenig mit Karriere als analytisches Instrument beschäftigt, daher bezieht sich Herzog (1975, S.39 ff.) in seinen Ausführungen, welche hier als Grundlage dienen, auf die soziologisch-psychologische Berufsforschung. Zunächst bestimmt den Begriff „Karriere“ der Ablauf beruflicher Positionssequenzen, hierbei interessiert die jeweilige Position im Zusammenhang mit der gesamten Berufslaufbahn. Hinzu kommt die subjektive Ebene der persönlichen Karriereperspektive, hierzu zählen beispielsweise Motivation, Anpassung, die Ausfüllung der Rolle etc., diese beiden Dimensionen sind konstitutiv für Karriere als analytisches Instrument. Weiters sollte der Gedanke einer Dynamik der Rolle hervorgehoben werden; hierunter soll die einzelne Berufsposition als Sequenz, verbunden mit der vorangegangenen Rolle und den später möglichen Rollen, verstanden werden. In diesem Kontext können jene Positionssequenzen, welche für aussagekräftiger als einzelne Positionen gehalten werden, als *carrièrisation* bezeichnet werden. Auf subjektiver Ebene beeinflusst die *carrièrisation* die Motivation zum Beruf, nicht mehr nur Einkommen und Prestige sind relevant für die Berufswahl, sondern die mit

dem Beruf verbundenen Aufstiegschancen. Innerhalb dieser Positionssequenzen bilden sich weiters bestimmte Verhaltensmuster, welche sich gemäß der Karrierestruktur, befinden sich diese beispielsweise bereits in der Endstufe oder in einer aufstiegsträchtigen Position, formieren. Neben diesen berufsspezifischen Karrieremustern, wurde auch das Konzept einer Berufsphaseneinteilung propagiert. Demnach durchlebt ein Individuum fünf Phasen, wobei zwei davon dem eigentlichen Beruf vorgelagert sind. Diese Theorie schafft es, dass Berufswahl und –ausübung nicht mehr getrennt untersucht werden, sondern als Prozess der Sozialisation eines Individuums wahrgenommen werden. Dietrich Herzog hat eine Definition von Karriere erarbeitet, welche diese Aspekte mit einschließt.

„Als Karriere wird eine Sequenz von Positionen verstanden, die ein Individuum sukzessiv durchläuft. Diese Positionen sind gewöhnlich (aber nicht notwendig) in einer hierarchischen Rangordnung im Hinblick auf Einfluß, Prestige und/oder Einkommen gestaffelt. In ihrer „subjektiven“ Dimension stellt eine solche Positionssequenz eine Abfolge von persönlichen Entscheidungen, Verhaltensorientierungen, Anpassungen und Erwartungen unter den jeweiligen sozialen und politischen Strukturbedingungen dar, in denen die einzelnen Positionen ihren Platz haben. Mit der fortlaufenden Übernahme von Positionen ist gewöhnlich ein Lernprozeß verbunden, der auch als „Qualifikationsprozeß“ verstanden werden kann. Verlaufssoziologisch gleichsam vorgelagert, also nicht zur eigentlichen Karriere gehörend, ist eine Phase der (politischen) Sozialisation, in der das Individuum vor Eintritt in die Positionssequenz (politische) Werte lernt, erste Kenntnisse über Positionen und Aufstiegschancen gewinnt und möglicherweise bestimmte Karrieremotivationen entwickelt.“ (Herzog 1975, S.44)

(vgl. Herzog 1975, S.39-44)

4.2 Karrieremuster

Das besprochene Konzept der Karriere muss, auch für die methodische Bearbeitbarkeit, auf bestimmte Karrieremuster eingeschränkt werden, denn gesellschaftliche und institutionelle Strukturen lassen meist nur bestimmte Karrieremöglichkeiten zu – dies kann auch als *structural opportunities* bezeichnet werden. In erster Linie sind es die Parteien die diese Möglichkeiten bedingen, innerhalb dieser Strukturen kommt es immer wieder auch zu Ausnahmen, wie Blitzkarrieren oder Parteiwechslern, jedoch entsprechen diese nicht den typischen Karrieren. Insofern bestehen, sowohl aufgrund des gesellschaftlich-politischen Systems als auch aufgrund des Reizes erfolgreiche Muster zu wiederholen, nur einige, wenige Variationen

politischer Karrieren, welche dazu verhelfen zur „Politischen Elite“ aufzusteigen. Die am häufigsten auftretenden Muster – *patterns* – sollen hier kurz besprochen werden. (vgl. Herzog 1975, S.44 f.)

Die Parteien stellen in Österreich, aufgrund ihrer ausgeprägten Stabilität und Institutionalisierung, den Rahmen für etwaige politische Karrieren. Somit kann der Beginn einer politischen Karriere mit der Übernahme von wichtigen politischen Positionen festgesetzt werden. Herzog beschreibt drei zentrale Karrieremuster, welche seinen Untersuchungen nach am Häufigsten in der deutschen Bundesrepublik auftreten und aufgrund des ähnlichen politischen Systems meiner Meinung nach ebenfalls auf Österreich übertragbar sind. Dies sind die politische Standardkarriere, die rein politische Karriere und die *cross-over* Karriere. (vgl. Herzog 1975)

Die politische Standardkarriere wäre demnach derartig strukturiert, dass der/die PolitikerIn vor der politischen Professionalisierung, also bevor die politische Beschäftigung zum Hauptberuf wird, längere Zeit den jeweilig angelernten Beruf ausübt. Bei PolitikerInnen mit diesem Karriereverlauf ist eine Dominanz einiger privat ausgeführter Berufe augenscheinlich; des Öfteren verfolgen Beamte, Juristen, Verbandsfunktionäre, Manager etc. diese Laufbahn (s. o. „Der stratifikationstheoretische Ansatz“). Neben dieser nach den Ergebnissen Herzogs am Häufigsten vorkommenden Berufslaufbahn, machen auch einige PolitikerInnen eine rein politische Karriere durch, um an die Spitze zu kommen. Hierbei wird der private Beruf vor dem Wechsel in die Politik überhaupt nicht oder lediglich kurz ausgeführt. Diese zwei Formen haben gemeinsam, dass sie die stark differenzierte Organisationsstruktur der Parteien zum Ausdruck bringen. Durch diese Struktur nimmt die Steuerung von Führungsauswahl von oben her zu, so kommt es auch zu einer geringen personellen Fluktuation. Durch diese niedrige Anzahl von raschen Aufstiegen oder Abstiegen entsteht eine starke Bindung des/der jeweiligen Politikers/Politikerin zur Partei, denn nur innerhalb dieser Organisationsstruktur besteht die Möglichkeit der Fortsetzung der *carrièreisation*. Die klassische Parteilaufbahn erscheint daher so, dass das Individuum lange Zeit, ungeachtet möglicher jahrelanger Wartezeiten, im politischen Auswahlprozess verbleibt. Die Alternative zu dieser Langwierigkeit ist oft nur das Ausscheiden aus der politischen Karriere. Im Gegensatz zu diesen klassischen politischen Werdegängen steht die *cross-over* Karriere. Diese wird von einem Quereinsteiger, welcher von einer meist hohen beruflichen Position direkt in eine politische Spitzenposition einsteigt, durchlaufen. Diesen Personen wird meist aufgrund der Beeinflussung durch die außerpolitische Umwelt der Auswahlprozess erleichtert und sie müssen nicht die üblichen innerparteilichen Wege beschreiten. Diesem Karrieremuster widmet sich ein kompletter Beitrag unserer

Forschungsarbeit, in dem auch die Motivation sowohl des/der *cross-over* Politikers/Politikerin als auch der Partei erläutert wird. (vgl. Herzog 1975, S.62 ff., S.94 ff., S.218 ff.; vgl. Ali 2003, S.32-34)

Neben Herzogs Analysen existiert noch eine weit gefächerte Literatur zum Thema der politischen Professionalisierung³, welche sich jeweils mehr oder weniger dem institutionellen oder auch dem kandidatenzentrierten Aspekt widmet. Erwähnenswert erscheinen in diesem Zusammenhang noch die Studien von Norris und Lovenduski (vgl. Norris/Lovenduski 1995), welche für das britische Unterhaus ein Analysemodell bestehend aus vier Ebenen zur politischen Karriere erstellten. Die erste Ebene stellt das politische System dar, welches die *structural opportunities* bestimmt, daraufhin wird die Rekrutierung, welche durch die parteiinternen Auswahlprozesse charakterisiert ist, untersucht. Die dritte Ebene ist jene der Kandidatenanzahl, die sich für ein Amt aufstellen lassen wollen und die letzte Ebene bilden die Ansprüche derjenigen, die den Zutritt zur politischen Elite bewilligen können – also Wähler, Parteimitglieder etc. Ihr Konzept erscheint besonders interessant aufgrund der Erweiterung um die Frage nach der Rekrutierung von Frauen, welche auch in einem Abschnitt unserer Forschungsarbeit explizit behandelt wird. (vgl. Norris/Lovenduski 1995; vgl. Ali 2003, S.31)

Literatur

Ali, A. S., Karrierewege und Rekrutierungsmuster bei Regierungsmitgliedern auf Bundesebene von 1949-2002, Dissertation, Halle-Wittenberg 2003.
[<http://nbn-resolving.de/urn/resolver.pl?urn=nbn%3Ade%3Aagbv%3A3-000006869>]
zuletzt abgerufen am 15.Juni 2006

Beyme, Klaus von, Die politische Klasse im Parteienstaat, Frankfurt am Main 1993.

Herzog, Dietrich, Politische Karrieren, Opladen 1975.

Herzog, Dietrich, Politische Führungsgruppen, Darmstadt 1982.

Kreisky, Eva, Einführungstext zum Forschungsseminar, aus: Spezialvorlesung aus politischer Theorie und Ideengeschichte SoSe 1995, in: Verkehrte Demokratieentwicklung im Neoliberalismus: Revival der Eliten, Wien 2006.

Lasswell, Harold D./Lerner, D. (Hg.), World Revolutionary Elites, Cambridge/Mass. 1965.

Mathews, Donald R., The Social Background of Political Decision-Makers, Garden City 1954.

³ Anmerkung: In der Dissertation von Ali (2003, S.28 ff.) werden zahlreiche Forschungen ausgesprochen kurz angeschnitten, dies bietet zwar keinen großen Informationsgewinn, hilft jedoch sich zu orientieren.

Michels, Robert, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, 4.Aufl., Stuttgart 1989, S.46-55.

Mosca, Gaetano, Die herrschende Klasse. Grundlagen der politischen Wissenschaft (übersetzt von Franz Borkenau), 4.Aufl., München 1947, S.321-347.

Norris, Pippa/Lovenduski, Joni, Political Recruitment. Gender, Race, and Class in the British Parliament, Cambridge 1995.

Pareto, Vilfredo, Ausgewählte Schriften, hg. von Carlo Mongardini, ohne Ortsangabe 1976, S.255-286.

Stammer, Otto/Weingart, Peter, Politische Soziologie, in: Claessens, D., Grundfragen der Soziologie, Band 14, München 1972, S.130-161.

Weber, Max, Gesammelte politische Schriften, hg. von Johannes Winckelmann, Tübingen 1971, S.320-369.

Weibliche Eliten?

Eingereicht von:

Veronika Schwediauer

Matrikelnummer: 0008525

Studienkennzahl: A 092 300

1. Einleitung

1.1 Thematische Eingrenzung und Aufbau der Seminararbeit

Thema dieser Arbeit ist die Rekrutierung bzw. die Nicht-Rekrutierung von Frauen in die politische Elite Österreichs sowie typische weibliche Karriere- und Rekrutierungswege und ihre Transformation seit 1945. Der Fokus richtet sich auf die Berufung von Ministerinnen in der Zweiten Republik. Diese Auswahl erschien mir sinnvoll, da ein MinisterInnenamt eindeutig eine politische Elitenposition darstellt und die Datensätze von insgesamt 24 berufenen österreichischen Ministerinnen empirisch bearbeitbar ist. Aus der Analyse und dem Vergleich der 24 Lebenswege können Aussagen über typische Rekrutierungswege und deren Transformation herausgearbeitet werden. Die Lebensdaten der Ministerinnen sollen zuerst in einer großen Tabelle aufgelistet, später zusammengefasst und zu Typisierungen gebündelt werden.

Nur die partizipierenden, rekrutierten Frauen in der Politik zu analysieren, wäre allerdings zu kurz gegriffen. Um (informelle) Ausschlüsse von Frauen und die Männlichkeit der Politik deutlich zu machen, werde ich mich in einem theoretischen Teil exklusiven Mechanismen widmen, die für Frauen wirksam sind. Schließmechanismen, die Frauen von der Politik fern halten, sind nicht immer intendiert und haben vielfältige gesellschaftliche Zusammenhänge.

Der Aufbau der Seminararbeit ist dadurch schon teilweise vorweggenommen. *Im ersten Teil* werden die theoretischen Grundlagen von Ausschlüssen von Frauen geklärt. Dabei werden zwei Forschungsfragen leitend sein:

- 1.) Warum partizipieren Frauen formell weniger an der Politik (als Männer)?
- 2.) Warum werden Frauen, die formelle Partizipationsformen praktizieren, weniger in politische Spitzenpositionen rekrutiert (als Männer)?

Im zweiten Teil werden die historischen Grundlagen von Inklusion und Exklusion von Frauen in der österreichischen Politik aufgearbeitet. In kurzer Form werden das Verhältnis von Parteien und Frauen in Österreich, die Frauenbewegungen und die Entwicklung der Partizipation bzw. Repräsentation von österreichischen Politikerinnen aufgezeigt.

Der dritte Teil stellt eine Zusammenfassung und Analyse der gewonnenen Daten des biographischen Vergleichs dar. In diesem Bereich wird folgender Forschungsfrage nachgegangen:

- 3.) Wie sehen typische Karriere- und Rekrutierungsmuster von Frauen in die politische Elite bzw. in Ministerinnenämter in Österreich aus? Wie ist deren Transformation in der Zweiten Republik zu beurteilen?

1.2 Forschungsstand

Mit der Frage nach der Präsenz bzw. Nicht-Präsenz von Frauen in der politischen Elite Österreichs werden mehrere Forschungsgebiete gestreift: Repräsentations- und Partizipations-, Elite- und Parteienforschung.

Der Forschungsstand der Eliteforschung ist in Österreich derzeit enttäuschend. Wissenschaftliche Studien wurden vermehrt in den 1970er Jahren herausgegeben, seither herrscht eine große Lücke auf diesem Wissensgebiet.

Ähnliches muss für die Parteienforschung konstatiert werden, insbesondere was Rekrutierungsorgane, -wege und -institutionen in den verschiedenen Parteien betrifft, ist aktuelle Literatur rar.

Ergiebig sind, im Gegensatz zur malestream-Wissenschaft, feministische Studien. Der Aufwind, den sie in den letzten Jahrzehnten erfahren, macht sie zu fruchtbaren Quellen, vor allem was die theoretische Grundlegung der Seminararbeit betrifft.

2. Theoretische Grundlegung – der Ausschluss von Frauen aus der Politik

Die Exklusion von Frauen aus politisch elitären Positionen kann in zwei Fragestellungen aufgliedert betrachtet werden:

- 1.) Warum beteiligen sich Frauen formell⁴ weniger an der Politik (als Männer)? (**Partizipationsproblem**)
- 2.) Warum werden Frauen, die sich politisch engagieren, weniger in politische Spitzenpositionen rekrutiert (als ihre männlichen Gegenspieler)? (**Repräsentationsproblem**)

Auf beiden Ebenen kommen gesamtgesellschaftliche und individuelle Benachteiligungsstrukturen für Frauen in unterschiedlichem Ausmaß zum tragen. Strukturen gesellschaftlicher und individueller Art sind untrennbar miteinander verbunden und wirken gegenseitig aufeinander ein (Da die Gesellschaft das Individuum formt und umgekehrt). Die Trennung in individuelle und gesellschaftliche Barrieren scheint mir für eine theoretische Betrachtung sinnvoll, um den Blick für die Wirkungszusammenhänge von Benachteiligungsstrukturen zu schärfen, die quer durch die Gesellschaft laufen und auf vielfältige Zusammenhänge Einfluss haben. Sozialisationsprozesse beispielsweise sind Ausflüsse aktueller gesellschaftlicher Vorstellungen, die indi-

⁴ Der Ausdruck der formellen Partizipation wird hier eingefügt, um informelle Partizipationsformen (wie Demonstrationen, Aktivitäten in Bürgerbewegungen etc.) auszuschließen, da diese nicht Fokus dieser Arbeit sind.

viduell weiter getragen werden und sich durch die individuelle Tradierung wieder gesellschaftlich manifestieren.

Unter gesellschaftlichen Schließmechanismen werden Frauen benachteiligende gesellschaftliche Charakteristika wie geschlechtliche Arbeitsteilung, spezifisch weibliches Rollenverständnis usw. subsumiert (die sich individuell auswirken). Individuelle geschlechtsspezifische Barrieren hingegen stellen auf die individuelle Komponente bei Nicht-Partizipation oder Nicht-Rekrutierung in der Politik ab. Einerseits sind damit beschränkende, sich selbst behindernde Selbstwahrnehmungen von Frauen gemeint, die sich als Politikerin nicht denken können, da Politik ein „typisch männlicher“ Aufgabenbereich ist, und sich deshalb nicht politisch betätigen. Andererseits sind Behinderungen durch AkteurInnen inkludiert, die Frauen aufgrund ihres Geschlechts nicht zur politischen Betätigung ermuntern oder (als RekrutiererInnen) nicht für eine politische Position anwerben.

Bei Fragestellung 1, die das Problem der Partizipation behandelt, sind sowohl gesellschaftliche wie individuelle Hemmschwellen aktiv. Die individuelle Komponente drückt sich hier vor allem als (meistens unbewusste) beschränkte Rollenwahrnehmung von Frauen selbst aus und/oder als mangelnde Unterstützung durch Familie und Freunde.

Bei Fragestellung 2, dem „Repräsentationsproblem“, äußern sich individuelle Schließmechanismen vor allem als Nicht-Rekrutierung durch politische Rekrutierungsorgane. Innerhalb der gesellschaftlichen Barrieren eröffnet sich zusätzlich ein weites Feld von Hemmnissen, die aus dem spezifisch politischen Raum erwachsen (wie Männerbünde etc.)

Auf unsere Fragestellungen bezogen ergeben sich daher Barrieren von individueller, gesellschaftlicher und politischer Art. Individuelle Hemmnisse sind auf beiden Frage-Ebenen wirksam. Ihnen wird kein eigenes Kapitel gewidmet, sie sollten aber immer mitgedacht werden. Gesellschaftliche Schließmechanismen sind ebenso auf beiden Ebenen aktiv, während Exklusionsmechanismen des politischen Feldes nur für (partei-)politisch partizipierende Politikerinnen (Fragestellung 2) relevant sind.

In den folgenden Abschnitten werden gesellschaftliche und politische Hemmschwellen getrennt geschildert. Diese Darstellung hat den Vorteil, den Spießrutenlauf von Frauen auf dem Weg zu einer politischen Spitzenposition zu verbildlichen. Zuerst müssen gesellschaftliche Hürden genommen werden, auf die unzählige Stolpersteine des politischen Feldes folgen.

2.1 Die Wirksamkeit exklusiver Mechanismen

Durch immer noch gängige unterschiedliche Erziehungsstile für Mädchen und Jungen werden vielen Frauen schon im Kindesalter Rollenvorstellungen und Grenzen der jeweiligen Geschlechter eingeimpft. Strikt abgesteckte Geschlechterbilder können aber nicht nur in Frauenköpfen eine Hürde auf dem Weg zur politischen Spitzenposition sein, sondern sich auch als mangelnde Unterstützung im Freundes- und Familienkreis oder als mangelnde Rekrutierung von politischen AkteurInnen ausdrücken. Ein weiterer Stolperstein wird zukünftigen Politikerinnen durch die noch immer weithin gültige Arbeitstrennung in den Weg gelegt. Durch die Verantwortung für Familie und Beruf fehlt politisch interessierten Frauen häufig die Zeit für politisches Engagement. Zudem werden sie durch einen, verglichen mit männlichen Karrieren, mangelnden beruflichen Aufstieg in ihren politischen Karrierechancen gehemmt, da dieser für eine politische Laufbahn von großer Bedeutung ist. In der Politik setzt sich dieser Hürdenlauf, nun als Männlichkeit des Staates/ der Politik, in Form von Männerbünden, männlich dominierten Parteien, Außenseiterpositionen von Frauen usw. fort.

In den folgenden analysierten Bereichen muss zusätzlich die Kategorie Alter jeweils mit einberechnet werden. Sozialisationsprozesse, geschlechtliche Arbeitsteilung und Bildungs- und Berufsstruktur unterlagen im Laufe der Zweiten Republik beträchtlichen Veränderungen. Insbesondere für Frauen hat sich die Situation maßgeblich verändert. Während nach dem Zweiten Weltkrieg traditionelle Geschlechterbilder noch unumstößlich herrschten, werden heute viele junge Mädchen mit einer geschlechtergerechten oder zumindest einer geschlechterkritischen Erziehung groß. Jungen Frauen stehen heute, im Vergleich zu damals, mehr Möglichkeiten offen. Das betrifft sowohl Bildungs- und Karrierewege als auch die Positionierung in der Familie (und im Haushalt) und die Stellung in der Politik.

2.1.1 Gesellschaftliche Barrieren für Frauen oder gesellschaftlicher Maskulinismus

Der Maskulinismus (der Öffentlichkeit/ des Staates) ist eine Auswirkung der gesellschaftlichen Grundstrukturen, wie sie mit der Verbürgerlichung und Kapitalisierung der Gesellschaft etabliert wurden (Kreisky 1997, 167). Durch die moderne Arbeitsteilung wurde eine grobe Trennung in öffentliche und private Sphäre vollzogen und die Aufgabenbereiche entlang der Geschlechterlinien aufgeteilt. Eine männlich geprägte Öffentlichkeit (maskuline Öffentlichkeit) und damit, sozusagen als Unterart, ein maskuliner Staat waren Produkte dieser Entwicklung. Maskulinismus ist also nicht als ein spezifisches Problem des staatlich-politischen Raums, sondern als gesamtgesellschaftliches Programm zu begreifen, das auf allen gesell-

schaftlichen Ebenen wirkt und sozusagen die Grundursache des Problems der Benachteiligung von Frauen ist. Er wurde von historisch-gesellschaftlichen Grundstrukturen hervorgebracht und setzte sich in gesellschaftlich-geschlechtlichen Vorstellungen, Leit- und Vorbildern fest, die erneut in „männliche“ und „weibliche“ Handlungsfelder umgewandelt wurden (z.B. durch den Prozess der Sozialisation/ der Erziehung). Prozesshaft wird er dadurch immer wieder neu erzeugt. Mit der dadurch evozierten maskulinistischen historischen Tradition kann nicht plötzlich gebrochen werden (außer durch einen völligen gesellschaftlichen Umsturz), sie erfährt aber eine langsame **Aufweichung**, indem Frauen den öffentlichen (und den staatlich-politischen) Raum erobern (können). Die Grundproblematik besteht aber in veränderter Form fort, da nicht mehr erlaubte formelle **Ausschlüsse** durch informelle exklusive Mechanismen ersetzt wurden. Frauen dürfen und können heute in politische Spitzenpositionen aufsteigen, es ist ihnen aber häufig aufgrund der Stolpersteine dorthin nicht möglich, da z.B. männlich dominierte Parteigremien den Aufstieg von Frauen oftmals behindern. Maskulinität ist dementsprechend als Strukturprinzip vielfältiger gesellschaftlicher Zusammenhänge zu fassen, an dessen Grenzen Frauen, die aus ihren geschlechtsspezifisch vorgefertigten Gesellschaftsbereichen ausbrechen wollen, stoßen.

a. Sozialisationsprozesse

Verschiedene Theoriestränge in der Partizipationsforschung machen die unterschiedliche Sozialisation von Mädchen und Jungen für die niedrige politische Beteiligung von Frauen verantwortlich. Obwohl die Bedeutung der Sozialisation für die Ausformung eines Menschen nicht abgeschlagen werden kann, ist mit einigen Aussagen innerhalb dieser Forschung Vorsicht geboten. Plakative Aussagen wie Frauen seien aufgrund ihrer geschlechtsspezifischen Erziehung weniger politisch interessiert und würden sich vor Feinden und Konflikten fürchten, während sie Männern erst den gewissen Kick verschaffen würden (Lukoschat/ Foster/ Schaeffer-Hegel 1998, 41), lässt eine essentialistische Festschreibung von Unterschieden zwischen Männern und Frauen befürchten. Mit Aussagen muss deshalb behutsam umgegangen werden. Ohne Zweifel handelt es sich bei der Sozialisation aber um einen Prozess, durch den herrschende Geschlechterrollen vermittelt werden und der für die Ausformung eines Menschen und sein ganzes späteres Denken und Handeln bedeutend ist. Dementsprechend muss eine unterschiedliche Selbstwahrnehmung von Frauen und Männern durchaus für die niedrigere Partizipation von Frauen verantwortlich gemacht werden.

b. Bildungs-, Berufs- und Karrierewege

In Schulen sind Unterschiede zwischen den Geschlechtern heute kaum noch feststellbar (Yvon-Prager 1996, 112). Ganz im Gegenteil sind Mädchen als Schülerinnen und auch noch als Studentinnen ihren männlichen Kollegen zahlenmäßig überlegen. Spätestens auf den Bildungswegen nach dem ersten Studienabschluss dünnt sich der zahlenmäßige Anteil von Frauen aber spürbar aus. Die Verhältnisse an den österreichischen Universitäten können das verdeutlichen: Betrug der Frauenanteil bei den ersten Studienabschlüssen im Studienjahr 2000/2001 rund 50 %, befanden sich unter den Zweitabschlüssen (also Aufbaustudien und Dissertationsstudium) nur noch 37 % Studentinnen (vgl. Hochschulbericht 2002).

Bei der Berufsstruktur sind Benachteiligungen von Frauen noch offensichtlicher. Berufstätige Frauen werden in den Aufstiegschancen gegenüber Männern benachteiligt. Resultat ist eine mangelhafte berufliche Karriere, die für eine parteiinterne Karriere/ Rekrutierung aber ausschlaggebend wäre. Zusätzlich müssen berufstätige Frauen häufig auch Familie und Haushalt versorgen, wodurch ihnen die Zeit, um sich politisch zu betätigen, schlicht fehlt. Nicht berufstätige Frauen werden demgegenüber von politischen Rekrutierungsmustern völlig ausgeschlossen, da (z.B. organisatorische) Fähigkeiten, die in der Arbeitswelt erworben werden, oft als unerlässlich für eine politische Karriere gelten.

Zusätzlich muss angenommen werden, dass die Anforderungen an Frauen in Bezug auf ihre mitgebrachten Ressourcen wie Ausbildung und Qualifikation höher liegen als jene an Männer. In dem maskulinistischen Gesellschaftsbild, das nur eine langsame Aufweichung erfährt, waren Frauen als öffentliche Repräsentantinnen ursprünglich nicht vorgesehen. Deshalb gehe ich davon aus, dass Frauen häufig ein Vielfaches der Leistung (von Männern) erbringen müssen, um sich eine gleichwertige Position zu erkämpfen.

c. Geschlechtliche Arbeitsteilung

Mit der Kapitalisierung und Industrialisierung und, allgemeiner, der Modernisierung der Wirtschafts- und Lebensstrukturen ging eine geschlechtliche Arbeitsteilung einher, die Frauen die Hausarbeit und Männern die außer-häusliche Berufsarbeit zuteilte. Heute kann man von einer Arbeitsteilung aber kaum mehr sprechen, vielmehr sollte von einer „geschlechtlichen Mehrfachbelastung“ die Rede sein. Obwohl die meisten Frauen einem Beruf nachgehen (vgl. AK Frauenbericht 1995-2005), wird die Arbeit in der häuslichen Sphäre (also Hausarbeit, Kindererziehung etc.) weiterhin dem weiblichen Geschlecht zugeordnet. Durch die dadurch erzeugte Doppel- bzw. Mehrfachbelastung fehlt vielen Frauen die Zeit, um sich politisch zu engagieren. Birgit Haller (1999, 52) hat dagegen zu recht eingewendet, dass Frauen bei informellen

Partizipationsformen ähnlich stark engagiert sind wie Männer. Allerdings sind informelle Praktiken zeitlich weniger aufwändig als politische Ämter und Positionen. Informelle Partizipationsformen können im Zeitbudget mehrfach belasteter Mütter und Frauen Platz finden, zeitaufwändige politische Ämter jedoch nicht.

Gleichzeitig werden Hausfrauen, wie im oberen Abschnitt bereits ausgeführt wurde, aufgrund ihrer mangelnden Berufserfahrung von politischen Positionen häufig völlig ausgeschlossen.

2.2 Spezifisch politische Barrieren oder staatlicher/ politischer Maskulinismus

Die Maskulinität des Staates und der Politik ist, in Abwandlung der Systematik von Birgit Sauer (2004, 118), im Staat auf zwei Ebenen zu verorten: Erstens auf positioneller/ nominaler Ebene, auf der Männer rein zahlenmäßig überwiegen. Zweitens auf einer institutionellen-symbolischen Ebene, was bedeutet, dass Männlichkeit in politischen/ staatlichen Institutionen und bei Symbolen, die Riten, Werte usw. umfassen, dominiert. Der Staat ist also keineswegs, wie im Common Sense vielfach angenommen wird, geschlechtsneutral, sondern hat die hierarchische Geschlechterordnung geschaffen und stützt sie. Der Staat an sich, und das ist eine sehr wichtiges Statement, das wir Birgit Sauer (2004, 112 und 121) zu verdanken haben, ist aber nicht frauenfeindlich, er ist als Institution selbst neutral und kann auch frauenfreundlich sein.

a. Frauen in der Politik – „Integrierte Außenseiterinnen“

Die Bezeichnung „*outsiders within*“ verwendete Sandra Harding ursprünglich für die Beschreibung der Situation von Frauen im Wissenschaftsbetrieb, für die Politik ist sie aber gleichermaßen stimmig (Holland-Cunz 2004, 139). Frauen nehmen nach wie vor eine Randposition in der Politik ein. Birgit Sauer (2004, 119) hat diesen Tatbestand unter dem Begriff „Maskulinität auf institutionell-symbolischer Ebene“ zusammengefasst: Die untersten Ränge sind feminisiert, der Oberbau ist männlich dominiert. Diejenigen Frauen, die in politische Spitzenpositionen berufen werden, besetzen meist nur „frauenspezifische“ Ressorts, die weitgehend machtlos sind.

b. Konzepte zur Sichtbarmachung der AußenseiterInnenposition

Um den Tatbestand der schwachen Position von Frauen in der Politik theoretisch zu fassen, wurden mehrere Konzepte und Thesen entwickelt, von denen das Männerbündkonzept von Eva Kreisky (1995) am greifbarsten ist und die politische Praxis am besten einzufangen scheint. Kreisky hat, in Fortführung der Arbeiten von Nicolaus Sombart (1988), aufgezeigt, dass das Netz der Politik die Freundschaft ist. Sie hat, analog zu Sombart, Freundschaft als

politische Kategorie in ihr Konzept eingeführt. Männerbünde bestehen aus persönlichen Beziehungen und Freundschaften (zwischen männlichen Politikern vor allem), die an Stammtischen, Sport-Events und anderen Zusammenkünften ausgelebt und verfestigt werden und sich in gegenseitigen Loyalitätsbekundungen (wie Ämtervergabe etc.) entladen. Damit werden nicht nur Männerbünde wie diverse Studentenverbindungen von Parteien (wie die Burschenschaften) konzeptuell miteinbezogen, sondern auch solche Bünde, die nicht intendiert und informell sind (vgl. Kreisky 1995, 94f, 109). Auch etliche typische Karrierewege sind, meiner Meinung nach, (zumindest in manchen Parteien) männerbündisch strukturiert. Gerade das Beispiel der Burschenschaften scheint dies zu belegen.

Die Vergabe von Ämtern und Positionen erfolgt innerhalb der Mitgliedschaft dieser Elitenetzwerke, wodurch Frauen als Nicht-Mitglieder von vielen (partei-)politischen Positionen ausgeschlossen werden. Interessant ist der Schluss, den Gwen Moore und Deborah White (2001, 149 zitiert nach Hardmeier 2004, 164) im Zuge einer international vergleichenden Elitestudie gezogen haben: *„Auch wenn die Spitzenpositionen in der überwältigenden Mehrzahl von Männern besetzt sind und die Elitenetzwerke primär aus Männern bestehen, so scheinen die wenigen Frauen, die Spitzenpositionen erreicht haben, in diesen Netzwerken doch relativ integriert zu sein.“*

Der „Beitritt“ zu einem Elitenetzwerk verschafft, durch den Zugewinn eines Bündels von Beziehungen, Bekanntschaften und Loyalitäten, Macht. Macht ist die zentrale Kategorie in der Auseinandersetzung um politische Ämter und Positionen. Frauen sind in der Politik machtlos. Und dafür gibt es zahlreiche Gründe.

Traditionelle Geschlechterbilder sind ein Grundproblem, das sich durch gesellschaftliche und politische Strukturen zieht. Frauen als mächtige RepräsentantInnen existieren in diesen Bildern nicht – als solche werden sie deshalb meistens auch nicht rekrutiert. Vor allem in Parteistrukturen in kleinen Gemeinden, die als Sprungbrett und Startpunkt einer politischen Karriere fungieren können, sind patriarchale Vorstellungen stark präsent. Machtzugewinn durch Ämterkumulation wird Frauen in solchen Ortschaften (durch die Parteien) versagt, wodurch sie eine Hausmacht, die für eine politische Karriere im Bund benötigt wird, nicht aufbauen können. Dadurch können weiter führende Karrieren schon zu Beginn erstickt werden. Ein weiteres Problem an Karriere- und Rekrutierungswegen für Frauen sind deren oft männlich strukturierte Charaktere, wie bei Männerbünden beispielsweise. Die Frauenorganisationen der Parteien, die Frauen als Akteurinnen in der Politik genügend Rückendeckung geben könnten, fehlt es dazu an Stärke. Sie leiden selbst an Machtlosigkeit.

Selbst als Regierungsmitglieder werden Frauen an den Rand gedrängt. Ihnen werden nebensächliche, „frauentypische“ Ressorts zugeschanzt oder zusätzliche Ministerien für sie geschaffen. Dabei scheint auch die Auseinandersetzung um Macht mit ihren männlichen Kollegen eine Rolle zu spielen oder wie Sigrid Löffler (zitiert in Dyk 1995, 344) sich ausdrückte: *„Ist es unumgänglich, einer Frau ein SP-Ministeramt zuzusprechen, so erhält sie zwecks Wahrung des männlichen Machtbestandes keines von den etablierten Sachressorts für Männer, sondern ein eigenes für sie neu erfundenes Zusatzministerium.“*

c. Die Parteien als gatekeeper

Im Parteienstaat Österreich nehmen Parteien die Funktion eines Verbindungsstücks zwischen (partei-)politischer Betätigung und Repräsentation ein, da sie als Rekrutierungsorgane für politische Positionen essentiell sind. Parteien fungieren als „gatekeeper“ (Hardmeier 2004, 157), sie entscheiden, welche PolitikerInnen in höhere Positionen gehievt werden sollen. Hinsichtlich der Repräsentation von Frauen ist negative, aber auch positive (im Sinne von Quoten z.B.) Diskriminierung möglich. Parteistrukturen müssen also nicht Hindernisse auf dem Weg zu einer politischen Karriere sein, sie könnten Frauen auch zu einer besseren Positionierung in der Politik verhelfen. De facto findet sich der überwiegende Teil der Barrieren für Frauen aber innerhalb der Parteien (Foster/ Lukoschat/ Schaeffer-Hegel 1998, 124). Neben Faktoren, die in obigem Abschnitt bereits erläutert worden sind, wie herrschende patriarchale Vorstellungen, männerbündische Strukturen etc. möchte ich die Schwäche der Frauenorganisationen hier noch einmal ansprechen. Ein machtvolleres Frauennetzwerk wäre imstande, Politikerinnen den Rücken zu stärken und zu bedeutenden Positionen zu verhelfen. Gleichzeitig wäre für einen derart starken Verband der Zusammenhalt unter den Frauen quer zu ihren lokalen Loyalitäten notwendig (vgl. ebda. 134).

3. Partizipation und Exklusion von Frauen in Österreich

Seit 80 Jahren ist in Österreich die Gleichheit der Geschlechter formal festgeschrieben. Materiell wurde dieser Grundsatz aber bis heute keineswegs erfüllt. Frauen traten in Österreich, wie in vielen anderen Ländern, zu männlich geformten politischen Institutionen und Regeln, zur männlich bestimmten Politik, hinzu⁵.

Erstes weibliches Regierungsmitglied in Österreich war Helene Postranecky von der KPÖ. Sie nahm die Position der „Unterstaatssekretärin“ in der Provisorischen Regierung Renner nach 1945 ein, was der heutigen Stelle einer Staatssekretärin entspricht. Ein Bundesministerium wurde einer Frau erst 1966 überantwortet, als Grete Rehor (ÖVP) das Ressort „Soziale Verwaltung“ übernahm.

Obwohl in Österreich seither keine Regierung mehr ohne Frauen angelobt wurde und der Frauenanteil in der Regierung kontinuierlich steigt, ist die Gemächlichkeit dieser Entwicklung zu beklagen. Nach der Zäsur 1966 ließ ein Quantitätsschub lange auf sich warten. Erst 1990 mit der Regierung Vranitzky III konnten erstmals fünf Ministerinnen verzeichnet werden, während bis dahin jeweils nur ein bis zwei Politikerinnen als Mitglieder in eine Regierung berufen wurden⁶.

In einem Gesamtvergleich der an Frauen und Männer vergebenen Ministerien seit 1945 sind qualitative Repräsentationsdefizite der berufenen Ministerinnen auffällig. In der Zweiten Republik wurden (in unterschiedlicher Zusammensetzung) vor allem die Ressorts Soziales, Bildung, Frauen, Jugend, Familie, Gesundheit, Umwelt, Unterricht/ Wissenschaft, Kunst und Kultur und Konsumentenschutz an Politikerinnen verteilt (wie aus der Übersicht auf der folgenden ablesbar ist). Seit der Beteiligung von Frauen an österreichischen Regierungen wurden an Frauen hauptsächlich frauenspezifische Ressorts vergeben und/ oder Zusatzministerien für sie geschaffen. Dadurch wurden Frauen, auch als Ministerinnen, an die Ränder der Macht gedrängt, da mächtige Ressorts wie Finanzen/ Wirtschaft/ Inneres etc. weiterhin nur an männliche Politiker vergeben wurden. Die geschlechtliche Repräsentationshierarchie ist also nicht nur vertikal, sondern auch horizontal aktiv. Die unteren Ränge in den Verwaltungsapparaten sind feminisiert, während die oberen Etagen maskulin bestimmt sind (vertikale Repräsentationshierarchie). Von den Spitzenpositionen werden an die wenigen Frauen weitgehend machtlose Ämter verteilt, die Männer behalten die potenten Ressorts (horizontale Repräsentationshierarchie).

⁵ Zur Fremdheit der Frauen in der Politik ausführlicher: Schöler-Macher, Bärbel (1994): Die Fremdheit der Politik: Erfahrungen von Frauen in Parteien und Parlamenten, Weinheim

⁶ Siehe dazu die Tabelle „Frauenanteile österreichischer Regierungen in der Zweiten Republik“ auf Seite 23.

Tabelle 1 „Ressortverteilung an österreichische Ministerinnen“

Soziales	Grete Rehor	ÖVP	BM f. Soziale Verwaltung
	Eleonora Hostasch	SPÖ	BM f. Arbeit, Gesundheit und Soziales
	Dr. Elisabeth Sickl	FPÖ	BM f. Soziale Sicherheit und Generationen
	Ursula Haubner	BZÖ	BM f. Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz
Unterricht/ Kultur	Dr. Hertha Firnberg	SPÖ	BM f. Wissenschaft und Forschung
	Dr. Hilde Hawlicek	SPÖ	BM f. Unterricht, Kunst und Sport
	Elisabeth Gehrler	ÖVP	BM f. Unterricht und kulturelle Angelegenheiten
Gesundheit/ Umwelt	Dr. Ingrid Leodolter	SPÖ	BM f. Umwelt u. Gesundheitsschutz
	Dr. Christa Krammer	SPÖ	BM f. Gesundheit, Sport u. Konsumentenschutz
	Maria Rauch-Kallat	ÖVP	BM f. Gesundheit und Frauen
Familie/ Ju- gend	Elfriede Karl	SPÖ	BM f. Familie Jugend u. Konsumentenschutz
	Gertrude Fröhlich-Sandner	SPÖ	
	Dr. Marilies Flemming	ÖVP	
	Dkfm. Ruth Feldgrill-Zankel	ÖVP	BM f. Umwelt, Jugend und Familie
	Maria Rauch-Kallat	ÖVP	
	Dr. Sonja Moser	ÖVP	
Frauen	Johanna Dohnal	SPÖ	BM f. Frauenangelegenheiten BM f. Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz
	Dr. Helga Konrad	SPÖ	
	Barbara Prammer	SPÖ	
Äußeres	Dr. Benita Ferrero-Waldner	ÖVP	BM f. Auswärtige Angelegenheiten
	Dr. Ursula Plassnik	ÖVP	
Vize-kanzlerin	Dr. Susanne Riess-Passer	FPÖ	Vizekanzlerin und BM für öffentliche Leistung und Sport
Verkehr	Dr. Monika Forstinger	FPÖ	BM f. Verkehr, Innovation und Technologie
Inneres	Liese Prokop	ÖVP	BM f. Inneres
Justiz	Mag. Karin Gastinger	BZÖ	BM f. Justiz

Erst in den Regierungen Schüssel I und II, die 2000 und 2003 angelobt wurden, wurden Politikerinnen erstmals in andere als die oben aufgezählten, „frauentypischen“ Ressorts berufen. Susanne Riess-Passer (FPÖ) wurde im Jahr 2000 erste Vize-Kanzlerin der Zweiten Republik. 2003 wurden die mächtigen Ressorts Inneres (Liese Prokop, ÖVP) und Justiz (Mag. Karin Gastinger, BZÖ) erstmals an zwei Frauen vergeben. Trotz dieses kleinen qualitativen Schubes verbleibt eine Vielzahl von Elitepositionen mit hohem politischem Stellenwert, die ausschließlich von Männern eingenommen wurden. Innerhalb der Regierungspositionen sind es vor allem die mächtigen Ressorts Wirtschaft, Finanzen und Verteidigung und das Bundeskanzleramt, die Frauen bisher vorenthalten wurden.

Der Ausschluss von Frauen von Ämtern mit hohem politischem Stellenwert muss in der Politik allgemein konstatiert werden. Hohe politische Funktionen wie u.a. das BundespräsidentInnenamt oder das Amt der Ersten NationalratspräsidentIn wurden von Frauen bisher nicht aus-

gefüllt. Im Nationalrat wurde ein Frauenanteil von über 10 % erst 1986 erreicht (Pelinka/ Rosenberger 2003, 214). Diese Steigerung der weiblichen ParlamentarierInnen ist vor allem den Grünen (bzw. der Grünen Alternative) zuzurechnen, die 1986 erstmals ins Parlament einzogen und für die Repräsentanz der grünen Abgeordneten Geschlechterparität festlegten (Dyk 1995, 341f). Mit den Grünen hielt auch die erste Klubofrau (Freda Meissner-Blau) in der Geschichte der Zweiten Republik Einzug ins Parlament. Im selben Jahr wurde mit Marga Hubinek zum ersten Mal eine Frau zur Zweiten Nationalratspräsidentin gewählt (Pelinka/ Rosenberger 2003, 211).

Seit 1986 ist der Frauenanteil im Nationalrat stetig gestiegen. In der XXII. Gesetzgebungsperiode von 2002 bis 2006 lag der weibliche Anteil bei 33,9 % (Homepage des österreichischen Parlaments 2006b). Im Bundesrat ist eine weniger kontinuierliche Entwicklung zu verzeichnen. Der Frauenanteil hat mit 25,8 % in der letzten Legislaturperiode zwar eine Höchstmarke erreicht, seit 1975 ist der Anstieg des Frauenanteils aber sprunghafter verlaufen. Höhepunkte und Tiefstände wechseln sich stärker ab (Homepage des österreichischen Parlaments 2006a).

Die Geschlechterverteilung der Parteifunktionen hingegen variiert von Partei zu Partei. Am einen Ende der Skala sind FPÖ und BZÖ zu positionieren. Die FPÖ (bzw. der VdU) war lange Zeit eine reine Männerpartei, erst seit Mitte der 1980er Jahre steigt der Frauenanteil stetig an (Yvon-Prager 1996, 37). Am anderen Ende sind die Grünen (und vormals das LIF) zu finden, die in ihren Statuten Geschlechterparität festgeschrieben haben. Dazwischen befinden sich ÖVP und SPÖ. In beiden Parteien wurden zwar Frauenquoten festgelegt, anders als bei den Grünen werden diese aber nicht eingehalten. Die Quoten-Vereinbarung entspricht vielmehr einer Soll-Bestimmung, im Fall ihrer Nicht-Einhaltung sind keinerlei Sanktionen vorgesehen (ebda., 34). Dementsprechend können die Grünen derzeit die höchsten Frauenanteile vorweisen. Auch in den höchsten parteipolitischen Funktionen werden die Ämter geschlechtergerecht verteilt, während in SPÖ, ÖVP, BZÖ und FPÖ Männer die Bundesparteipositionen dominieren (Steininger 2000, 7).

Die Frauenbewegungen in den verschiedenen Parteien können Politikerinnen auf dem Weg zur Verbesserung ihrer Lage kaum unterstützen. Durch ihre Integrierung in die Parteien haben sie ihre Schlagkraft verloren (Dyk 1995, 343). Ein Engagement in den Frauenorganisationen bzw. der Einsatz für Frauenpolitik erweist sich für viele politisch tätige Frauen als Sackgasse: Arbeit für Frauenpolitik bzw. in Frauenorganisation ist mit wenig Prestige verbunden und kann nicht zum Ausbau der Machtposition verhelfen. Dementsprechend müssen sich Politikerinnen zusätzlich in anderen Gebieten profilieren, um vorwärts zu kommen. Die Frauenagenda wird für sie zur zusätzlichen Belastung (Yvon-Prager 1996, 40).

4. Empirischer Teil

Um die Verbindung von Theorie und gelebter Praxis in Österreich herzustellen bzw. zu halten, verglich ich in der unternommenen Untersuchung die Lebensläufe (bzw. spezifischer die Rekrutierungs- und Karrierewege) aller österreichischen Ministerinnen der Zweiten Republik vor ihrer Rekrutierung in ein MinisterInnenamt. Die Informationen zu den jeweiligen Biographien bezog ich vor allem aus dem Munzinger Online Archiv (bzw. dem Internationalen Biographischen Archiv), aber auch aus Internet-, Buch- und Zeitschriftenbeiträgen.

Leider ist es trotz eingehender Recherche möglich, dass die eine oder andere Information innerhalb der 24 Biographien fehlt oder mangelhaft ist. Für eine perfekte Ausarbeitung würde der Rahmen der festgesteckten Arbeits- und Zeitgrenzen für eine Seminararbeit aber mehrfach gesprengt. Obwohl ich mir dieser Problematik von Anfang an durchaus bewusst war, entschied ich mich dennoch für eine Durchführung einer vergleichenden biographischen Analyse. Die Ergebnisse können, trotz einiger Unschärfen, von Interesse sein, insbesondere deshalb, weil aktuelle vergleichende Studien über österreichische Politikerinnen nicht vorhanden sind. Ein zweites ‚leider‘ ist der Tatsache geschuldet, dass eine spiegelbildliche biographische Untersuchung von männlichen Politikern in elitären Positionen nicht durchgeführt werden kann. Erst eine solche Geschlechter vergleichende Perspektive auf politische Elitepositionen könnte Auskunft über etwaige geschlechtsspezifische Unterschiede im Hinblick auf Beginn, Dauer und Verlauf der Karriere und typische Rekrutierungsmuster geben.

4.1 Theoretische Herangehensweise

Von den vier in der theoretischen Einführung⁷ beschriebenen Forschungsansätzen in der Eliteforschung (persönlichkeits-, stratifikations-, karriere- und organisationstheoretische Ansätze), waren insbesondere die drei Letztgenannten von Interesse, da über die Bedeutung der Persönlichkeit innerhalb einer Untersuchung, die auf fremd erhobenen Daten aufbaut, keine Aussage getroffen werden kann.

Jeder der drei Forschungsansätze für sich allein genommen weist Mängel auf und kann die Fragestellung nach Rekrutierungs- und Karrierewegen nur unzureichend beantworten. Der stratifikationstheoretische Ansatz beispielsweise fokussiert Fragen der sozialen Herkunft, während er die Bedeutung der Karriere (in politischen Organisationen z.B.) völlig außer Acht

⁷ Siehe dazu den Beitrag „Theoretische Konzeptualisierung“ von Karima Aziz.

lässt und die Existenz von SpitzenpolitikerInnen aus „unteren“ Schichten nicht ausreichend erklären kann. Die organisationstheoretische Richtung hingegen fragt „nur“ nach dem Karrierehergang in den Parteien. Ein Theoriemix erscheint deshalb am sinnvollsten, da sowohl sozialstrukturelle Komponenten (wie Bildung, Familie, soziale Herkunft), als auch organisations- und karrierespezifische Aspekte (Karrierewege in „zivilen“, politischen und/ oder parteipolitischen Zusammenhängen) für die Rekrutierung als MinisterIn von Bedeutung sind. Jeder der Forschungsansätze trug so zur Herausbildung von Kriterien bei, auf die die jeweiligen biographischen Daten aufgeteilt wurden. Abschließend versuchte ich außerdem die jeweiligen Biographien zu typisieren und in ein Raster von klassischen Karriere- und Rekrutierungswegen einzuteilen.

4.2 Die Durchführung

Die Übersicht 1 enthält die umfangreichen biographischen Analysen, die in der Übersicht 2 zur besseren Übersichtlichkeit noch einmal zusammengefasst wurden. In der Übersicht 3 wurden die weiblichen Regierungsmitglieder der jeweiligen Regierungskabinette der Zweiten Republik nominell aufgeschlüsselt, während in Übersicht 4 die Frauen- und Männeranteile der einzelnen Regierungen statistisch dargestellt wurden⁸. Die Übersicht 5 fasst die Ergebnisse in einem Raster zusammen, das für eine bessere Übersichtlichkeit zum Erkennen von typischen Karriere- und Rekrutierungswegen dienen soll⁹.

4.3 Die Ergebnisse der qualitativen Analyse – Rekrutierungs- und Karrierewege österreichischer Ministerinnen und ihre Transformation

4.3.1 Einleitung

Die Untersuchung umfasst den Zeitraum von 1945 bis 2006, also die Regierungen von Renner bis Schüssel II. Obwohl die Position der StaatssekretärInnen eigentlich nicht Thema dieser Arbeit ist, wurde sie im empirischen Teil teilweise in die Untersuchungen miteinbezogen. Dadurch kann der statistische Frauenanteil bei den Regierungsmitgliedern insgesamt gezeigt werden, zu denen StaatssekretärInnen in Österreich faktisch gezählt werden. Außerdem erlaubt diese Vorgangsweise der Frage nachzugehen, ob Frauen in Regierungsposten niedriger Stufe (als Staatssekretärinnen) häufiger rekrutiert werden.

⁸ Die Frauenanteile österreichischer Regierungen in der Zweiten Republik sind in Tabelle 2 auf Seite 23 dargestellt.

⁹ In die Seminararbeit wurden nur einige der Tabellen integriert, da insbesondere Tabelle 1 sehr umfangreich ist. Auf Wunsch können aber alle Dateien per Email geliefert werden.

4.3.2 Sozialstruktur

a. Geschlecht

Helen Postranecky (KPÖ) war als erste Frau Mitglied einer österreichischen Regierung, sie wurde 1945 als Staatssekretärin im Kabinett Renner angelobt. Von 1945 bis 1966 war keine einzige Frau in den jeweiligen Bundesregierungen vertreten, erst 1966 wurde mit diesem Tabu mit der Rekrutierung von Grete Rehor (ÖVP) als erster österreichischer Ministerin im Kabinett Klaus II gebrochen. Da die erste Frau erst 1966 rekrutiert wurde, setzt auch die eigentliche empirische Untersuchung (über Rekrutierungs- und Karrierewege) mit diesem Zeitpunkt ein. Von 1966 bis 2006 waren 24 Frauen als Ministerinnen vertreten, von denen 10 Mitglieder der SPÖ waren, 9 der ÖVP zugehörten, 3 FPÖ-Mitglieder sind und 2 dem BZÖ angehören. An diese 24 Ministerinnen wurden im gesamten Zeitraum 42 MinisterInnenposten vergeben; das sind nur rund 10 % der Summe der besetzten ministeriellen Funktionen seit 1945. Bei den StaatssekretärInnen ist die gesamte weibliche Vertretung mit 14 % etwas besser. Betrachtet man den Frauenanteil der jeweiligen Regierungen, ist das Kabinett Schüssel II bei der Vergabe von MinisterInnenposten an Frauen sowohl nominell (mit 7 Frauen) als auch prozentuell (mit rund 44 %) an der Spitze. Bei der Vertretung der Staatssekretärinnen macht das Kabinett Kreisky IV nominell (mit 10 Frauen) das Rennen, prozentuell (50 %) ist es aber gleichauf mit Kreisky I und Vranitzky V. Wird der Frauenanteil aller Regierungsmitglieder berechnet, sind Vranitzky IV und Schüssel II nominelle Spitzenreiter (8 Frauen), prozentuell gesehen ist der Frauenanteil im Kabinett Schüssel II am höchsten (mit 32 %).

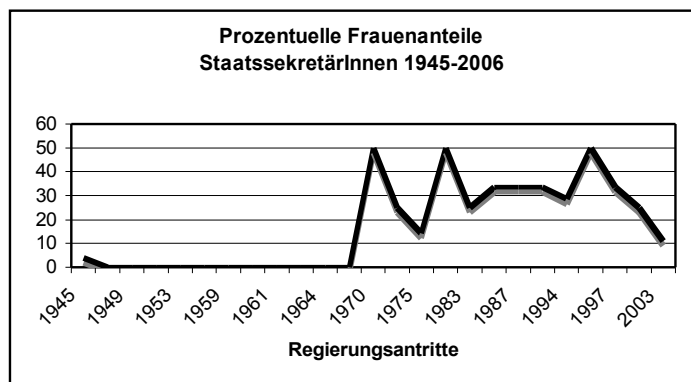
Tabelle 2 „Frauenanteile österreichischer Regierungen in der Zweiten Republik“

Regierung	Regierungs-antritt	MinisterInnen insges.	Frauenanteil nominell	Männeranteil %	Frauenanteil %	SSekr. insges.	Frauenanteil nominell	Männeranteil %	Frauenanteil %	Reg.mitglieder insges.	Frauenanteil nominell	Männeranteil %	Frauenanteil %
Renner	1945	15	0	100	0	26	1	96,2	3,8	41	1	97,6	2,4
Figl I	1945	20	0	100	0	4	0	100	0	24	0	100	0
Figl II	1949	15	0	100	0	4	0	100	0	19	0	100	0
Figl III	1952	11	0	100	0	4	0	100	0	15	0	100	0
Raab I	1953	16	0	100	0	5	0	100	0	21	0	100	0
Raab II	1956	14	0	100	0	7	0	100	0	21	0	100	0
Raab III	1959	14	0	100	0	5	0	100	0	19	0	100	0
Raab IV	1960	12	0	100	0	4	0	100	0	16	0	100	0
Gorbach I	1961	12	0	100	0	4	0	100	0	16	0	100	0
Gorbach II	1963	12	0	100	0	7	0	100	0	19	0	100	0

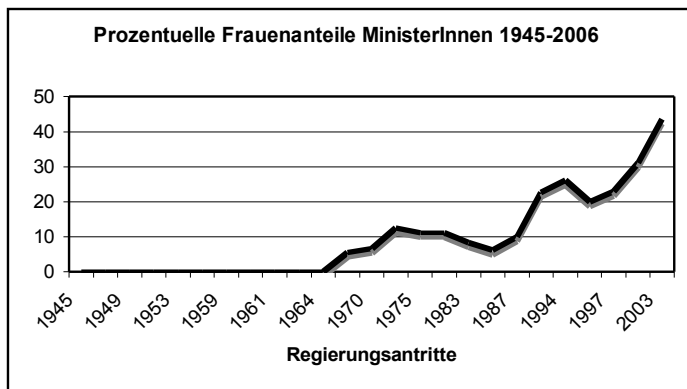
Klaus I	1964	13	0	100	0	6	0	100	0	19	0	100	0
Klaus II	1966	18	1	94,4	5,6	10	0	100	0	28	1	96,4	3,6
Kreisky I	1970	15	1	93,3	6,7	2	1	50	50	17	2	88,2	11,8
Kreisky II	1971	16	2	87,5	12,5	4	1	75	25	20	3	85	15
Kreisky III	1975	18	2	88,9	11,1	7	1	85,7	14,3	25	3	88	12
Kreisky IV	1979	18	2	88,9	11,1	10	5	50	50	28	7	75	25
Sinowatz	1983	24	2	91,7	8,3	8	2	75	25	32	4	87,5	12,5
Vranitzky I	1986	16	1	93,8	6,3	6	2	66,7	33,3	22	3	86,4	13,6
Vranitzky II	1987	20	2	90	10	3	1	66,7	33,3	23	3	87	13
Vranitzky III	1990	22	5	77,3	22,7	6	2	66,7	33,3	28	7	75	25
Vranitzky IV	1994	23	6	73,9	26,1	7	2	71,4	28,6	30	8	73,3	26,7
Vranitzky V	1996	15	3	80	20	2	1	50	50	17	4	76,5	23,5
Klima	1997	13	3	76,9	23,1	3	1	66,7	33,3	16	4	75	25
Schüssel I	2000	16	5	68,8	31,3	4	1	75	25	20	6	70	30
Schüssel II	2003	16	7	56,3	43,8	9	1	88,9	11,1	25	8	68	32
INSGES.		404	42	89,6	10,4	157	22	86	14	561	64	88,6	11,4

Bei einem Vergleich der prozentuellen Frauenanteile bei StaatssekretärInnen und MinisterInnen, die auf der folgenden Seite graphisch dargestellt sind, fällt auf, dass mit der Zulassung von Frauen in die Regierungssphäre ab Ende der 1960er/ Anfang der 1970er Jahre der Zugang für Frauen zu den unteren Rängen der Regierung leichter gewesen sein muss als zu den Spitzenpositionen. Während die Frauenanteile bei den StaatssekretärInnen stark anstieg und seither nicht mehr unter die 10 %-Marke gefallen ist, erfolgte die Zunahme von Ministerinnen nur langsam.

Grafik 1 „Prozentuelle Frauenanteile StaatssekretärInnen 1945-2006“



Grafik 2 „Prozentuelle Frauenanteile MinisterInnen 1945-2006“



Die Kabinette von 1966 bis 1990 wiesen jeweils einen ministeriellen Frauenanteil um die 10 % auf; erst 1990 wurde ein Anteil über 20 % zum ersten Mal erreicht. Mit dem Kabinett Schüssel I wurde die 30 %-Marke überschritten, vier Jahre später mit der zweiten Bundesregierung unter Schüssel bereits die 40 %-Schwelle. Für die Zukunft zeichnet sich ein vorsichtiger Trend der Zunahme von Ministerinnen ab – als Prognose ist das aber nicht zu verstehen, da plötzliche Phasen der Remaskulinisierung einsetzen können. Interessant ist, dass mit dem bisherigen prozentuellen Höhepunkt an Ministerinnen ein Tiefpunkt an Staatssekretärinnen von 11 % einher gegangen ist: Unter 20 % ist der weibliche StaatssekretärInnen-Anteil seit der Beteiligung von Frauen an der Regierung nur einmal gefallen und das Anfang der 1970er Jahre.

Resümierend müssen die letzten Jahrzehnte der österreichischen Bundesregierungen als quantitativer Erfolg für Regierungsvertreterinnen gewertet werden. Auch qualitativ haben sich Verbesserungen eingestellt: Frauen arbeiten zunehmend nicht nur in sogenannten „Frauenressorts“, sondern dringen in typische Männerbastionen ein. Jahrzehntelang wurden Frauen Ministerien zugeteilt, die sich (in unterschiedlicher Zusammensetzung) mit den Materien Soziales, Gesundheit, Umwelt, Kultur, Unterricht, Frauen, Konsumentenschutz und Familie beschäftigen. Erst seit dem Regierungsantritt von Bundeskanzler Schüssel im Jahr 2000 konnten Frauen das Außen-, Innen- und Justizministerium, sowie den Sessel der Vizekanzlerin erobern. Der qualitative Unterschied der verschiedenen aufgezählten Ressorts besteht (mit Ausnahmen) in einem Machtgefälle. Ministerinnen in „frauentypischen“ Ministerien waren in den letzten Jahrzehnten häufig mit mangelnden Durchsetzungsvermögen (qua verminderter Machtbasis) belastet. Die vier zuletzt genannten Funktionen hingegen sind Beispiele machtvoller Ressorts, die in den letzten Jahrzehnten überwiegend in Männerhand gewesen sind und auch jetzt noch sind. Das Aufbrechen dieser geschlechterbasierten Machtaufteilung hat zwar

schon leise eingesetzt, wird aber (so vermute ich jedenfalls für Österreich) nur langsam vor sich gehen – Eine Bundeskanzlerin wird wohl noch einige Jahre auf sich warten lassen.

b. Soziale Herkunft, familiäre Verhältnisse und Bildungshergänge

Obwohl sozial-ökonomische Verhältnisse und (politische) Sozialisation für eine PolitikerInnen-Werdung eine große Bedeutung spielen, werde ich sie in meiner Bewertung auslassen, da dafür tiefen-strukturelle Informationen benötigt würden, die nur im persönlichen Gespräch mit den Betroffenen selbst erhoben werden könnten.

Bei der Auflistung der Geburtsstädte und -orte der untersuchten Biographien ist auffällig, dass 11 von 24 Personen aus Wien stammen, 5 weitere in einer Landeshauptstadt aufgewachsen sind und nur 8 Frauen in Städten oder Orten geboren worden sind. Eine schlüssige Erklärung dieser Daten wäre, dass Personen aus Bundes- oder Landeshauptstädten durch die bereits in der Stadt angesiedelten politischen Institutionen im Zugang zur politischen Arena begünstigt sind.

Der Bildungsgrad der untersuchten Politikerinnen ist, verglichen mit der Bildungsstruktur der Durchschnittsbevölkerung, relativ hoch: Nur bei drei Frauen ist der höchste erreichte formale Abschluss eine Lehre oder Fachschule, 21 der 24 Ministerinnen beendeten die Schule mit Matura (also rund 88 %). Von den Maturantinnen absolvierten 15 Frauen (rund 63 %) zusätzlich eine akademische Ausbildung, wovon zwei Ministerinnen das Diplomstudium und 13 Ministerinnen, also 54 % der Gesamtmenge, das Doktoratsstudium abschlossen.

Die Ergebnisse der Untersuchung der familiären Verhältnisse sind geeignet gängige gesellschaftliche Normvorstellungen und durchschnittliche Lebenserfahrungen widerzuspiegeln. Rund 92 % gingen zumindest einmal die Ehe ein, nur zwei Politikerinnen sind ledig geblieben. 9 der Politikerinnen haben keine Kinder, ebenfalls 9 Politikerinnen haben 2 Kinder, nur drei haben ein Kind, 2 Ministerinnen haben drei Kinder und eine Frau hat vier Kinder.

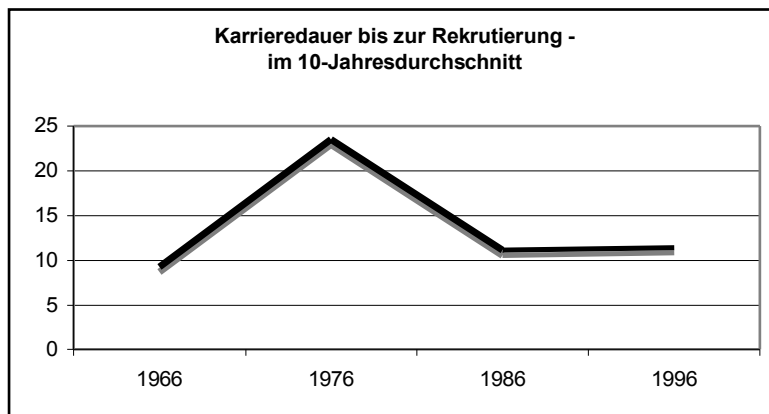
Interessant bei der Untersuchung der eben dargestellten Kriterien ist, dass (anders als erwartet) eine Differenzierung nach Parteien nicht möglich ist: So sind die Daten bei der Einteilung Stadt/ Land gleichmäßig auf die verschiedenen Parteien verteilt, ebenso wie die Ergebnisse bei Ehen und Kinder. Das Klischee, dass SPÖ-AnhängerInnen aus der Stadt und ÖVP-PolitikerInnen vom Land (plakativ zusammengefasst) stammen, hat sich nicht bestätigt. Ebenso wenig konnte aus der Untersuchung ein konservativeres gelebtes Familienbild der ÖVP-Politikerinnen heraus gelesen werden, da die Ergebnisse auch in Bezug auf Ehen und Kinder bei allen Regierungsparteien ähnlich sind. Außerdem muss dem von Müller/ Philipp/ Steininger (1988, 147) diagnostizierten SPÖ-AkademikerInnen-Mangel im Vergleich mit anderen Partei-

en zumindest für diese Analyse widersprochen werden, da auch hinsichtlich der höchsten erreichten Ausbildungsgrade der Ministerinnen keinerlei Unterschiede feststellbar sind.

4.3.3 Karrierestruktur

a. Karrieredauer

Grafik 3 „Karrieredauer bis zur Rekrutierung – im 10-Jahresdurchschnitt“

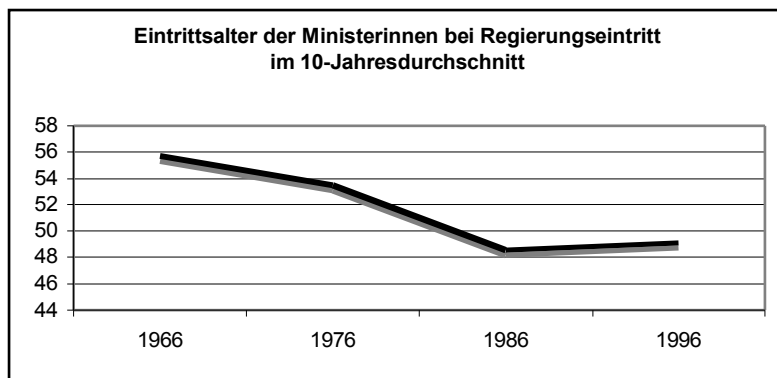


Die Ministerinnen der Zweiten Republik waren bei Antritt in ihr Ministerinnenamt durchschnittlich 50,1 Jahre alt und ihr politischer Aufstieg hatte im Schnitt 12 Jahre gedauert. Eine Verringerung der Karrieredauer hat, entgegen meiner ursprünglichen Annahme, nicht stattgefunden. Im Gegenteil - vielmehr hat es den Anschein, dass in der Periode von 1976-1986 die Karrieredauer der Ministerinnen überdurchschnittlich angeschwollen ist. In den zwei darauf folgenden Dekaden haben sich die Werte aber bei rund 11 Jahren eingependelt – im Vergleich zu 9,3 Jahren für das erste Jahrzehnt weiblicher Regierungsbeteiligung von 1966 bis 1976.

b. Altersstruktur

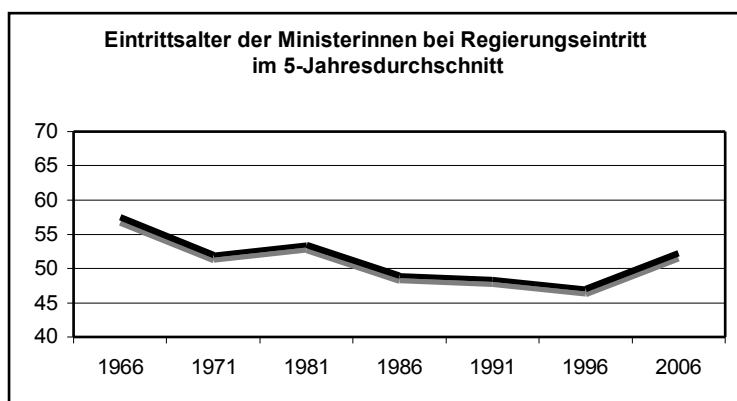
Das durchschnittliche Eintrittsalter ist bei ÖVP (51,4 Jahre) und SPÖ (50,5 Jahre) ungefähr gleich. FPÖ-/ BZÖ-Ministerinnen weisen mit 46,8 Jahren einen niedrigeren Altersdurchschnitt auf. In der folgenden Tabelle, in der das durchschnittliche Eintrittsalter in den MinisterInnenposten im Zehn-Jahres-Durchschnitt dargestellt wird, ist eine Verjüngung der Ministerinnen in den letzten Jahrzehnten sichtbar. Dieser Trend wird sich in der Zukunft fortsetzen.

Grafik 4 „Eintrittsalter der Ministerinnen bei Regierungseintritt im 10-Jahresdurchschnitt“



In der zweiten, unten folgenden, Tabelle, in der das Eintrittsalter der Ministerinnen im 5-Jahresdurchschnitt dargestellt wird, ist ein leichtes Ansteigen der Alterskurve für die jüngste Vergangenheit sichtbar. Diese Anhebung ist dadurch zu erklären, dass in den Regierungsperioden Schlüssel I und II - gemessen am Durchschnittsalter - relativ „alte“ und „junge“ Politikerinnen als Ministerinnen angelobt wurden. Alle Regierungsmitglieder, die im Alter von unter 40 Jahren Ministerinnen wurden, sind in den letzten beiden Kabinetten eingesetzt worden. Gleichzeitig sind die anderen für die letzten beiden Bundesregierungen rekrutierten Frauen knapp 60, genau 60 oder über 60 Jahre alt gewesen.

Grafik 5 „Eintrittsalter der Ministerinnen bei Regierungseintritt im 5-Jahresdurchschnitt“



c. Karrierewege und Rekrutierungsmuster und ihre Transformation

Für die Klassifikation der Karrierestationen der 24 Politikerinnen vor ihrer Rekrutierung zur Ministerin habe ich nicht die in der Eliteforschung klassische Einteilung in Standard-Karriere, politische Karriere und Quereinstieg/ Cross Over vorgenommen, da mir diese nicht sinnvoll erscheint. Vielmehr habe ich ein eigenes Analyseraster entwickelt, das mir für österreichische Verhältnisse realitätsnaher und erkenntnisreicher erscheint. Das dreiteilige Klassifikationsmuster gliedert sich in „Ochsentour“ (OT), „Cross Over“ (CO) und die Mischform „Ochsentour/ Cross Over“ (OT/ CO). Die Ochsentour beschreibt den für Österreich typischen Karrie-

relauf der Ämterersitzung und –kumulation, während der Quereinstieg für die plötzliche Rekrutierung in ein ministerielles Amt ohne vorherige politische Erfahrung als Technokratin steht. Die Mischform OT/ CO habe ich für ein relativ neues politisches Phänomen in der politischen Arena eingeführt. Politikerinnen werden als Ministerinnen lukriert, obwohl sie erst *eine* politische Funktion ausgeübt haben. Benita Ferrero-Waldner vollführte beispielsweise einen solchen Karrieresprung; nach ihrer ersten politischen Tätigkeit als Staatssekretärin wurde sie als Außenministerin rekrutiert. Zu beachten ist, dass dieses Analyseraster zwar hilfreich für das Verständnis von Karrierewegen sein kann, in ihrer Reinform ist eine Kategorie in den individuellen Lebensläufen aber kaum auffindbar, etwaige mögliche Unschärfen sollten also mitbedacht werden.

Die Ochsentour bis zu einem politischen Spitzenamt beginnt klassischerweise in einem vorpolitischen Raum, in den Jugend- und Studentenorganisationen, den Verbänden, Gewerkschaften und Kammern der Parteien sowie parteinahen Institutionen, worunter zum Beispiel parteinahe Zeitungen und Kinderorganisationen und die eigentliche politische Arbeit als Pressereferentin einer Partei etc. fällt. Einige Karriereläufe überspringen die Stufe Null des vorpolitischen Raums und steigen sofort in die Politik ein, wo sie, bei den unteren Rängen beginnend, die politische und/ oder parteipolitische Institutionenleiter, die von der Gemeinde- über die Länderebene bis zur nationalen Arena reicht, aufsteigen.

Folgende Tabelle soll einen Überblick über Karrieremuster und ihre parteispezifische Auslastung geben. Die Unterkategorisierungen wurden aus dem empirischen Material heraus gearbeitet, wodurch sich auch die Existenz der Mischkategorie „Verbände & Jugend-/ Studentenorganisationen“ erklärt.

Tabelle 3 „Typisierung von weiblichen Karrieremustern“

OT/CO	Stufe	Kategorie	SPÖ	ÖVP	FPÖ/ BZÖ	GESAMT
H	Stufe 0	Verbände ¹⁰	2	1		3
		Jugend-/ Studentenorganisationen	2	1		3
		Verbände & Jugend-/ Studentenorganisationen	3			3
		Parteinahen Institutionen	1	1	1	3
	Stufe 1	(Partei-)polit. Institutionenleiter ¹¹	1	3	1	5
OT/CO	Stufe 2			3	2	5

¹⁰ Diese Kategorie beinhaltet Bünde, Gewerkschaften und Kammern.

¹¹ Zur (partei-)politischen Institutionenleiter werden auch Funktionen in den verschiedenen Frauenbewegungen der Parteien gezählt.

0	Stufe 3		1		1		2
---	---------	--	---	--	---	--	---

Die Ergebnisse lassen vermuten, dass die Ochsentour in der Sozialdemokratischen Partei am längsten ist, da der Großteil der SPÖ-Ministerinnen ihre (vor)politische Karriere bereits auf Stufe Null begonnen hat. Der Schwerpunkt der ÖVP liegt auf Stufe Eins und Zwei, jener von FPÖ/ BZÖ auf Stufe Zwei „Ochsentour/ Cross Over“. Das Rekrutierungsmuster „Ochsentour/ Cross Over“ ist ein relativ junges Phänomen, das vor allem in den Regierungen Schüssel I und II praktiziert wurde.

Diese Aufschlüsselung lässt vermuten, dass in jeder Partei andere Rekrutierungsmuster typisch sind. Dadurch hängt die Entwicklung der Rekrutierungswege in der österreichischen Politik von der Zusammensetzung der Regierungsparteien ab. Eine Prognose für die zukünftige Entwicklung von Rekrutierungswegen wird dadurch erschwert.

Insgesamt gesehen ist die Ochsentour (der Stufe 0 und der Stufe 1) Spitzenreiter der Karrierewege, 17 Frauen der 24 untersuchten Politikerinnen wurden auf diese Weise für ihr Amt gewonnen. Das Mischverhältnis „Quereinstieg/ Ochsentour“ hat fünf Ministerinnen hervorgebracht. Das Muster des reinen Quereintritts war nie ein vorherrschendes, nur zwei Personen rückten so in das MinisterInnenamt ein.

5. Resümee

Die beiden Forschungsfragen, warum weniger Frauen formelle Partizipation betreiben und warum weniger Frauen in der Politik für politische Positionen rekrutiert werden (als Männer) wurde in dieser Seminararbeit vor allem im theoretischen Kapitel über exklusive Mechanismen beantwortet. Vielfältige Schließmechanismen versuchen Frauen in ihre traditionellen Aufgabenbereiche abzudrängen, behindern sie dabei, in die Politik als männlichem Feld einzudringen und hemmen ihren politischen Aufstieg.

Die Frage nach typischen Rekrutierungs- und Karrierewegen und ihrer Transformation in der Zweiten Republik von Ministerinnen wurde vor allem durch selbst zusammengestellte empirische Daten und Vergleiche erarbeitet. Überraschendes Ergebnis dieser Analyse war die Erkenntnis, dass die Regierungen Schüssel I und II in der Repräsentation von Frauen in der Regierung Spitzenreiter waren. Umso mehr belegt diese Tatsache, dass ein Zusammenhang zwischen einem hohen Frauenanteil und einer starken Frauenpolitik nicht besteht. Gerade in der

schwarz-blauen/ orangen Regierung wurde Frauenpolitik vor allem als Familienpolitik betrieben und ein emanzipatives Rollenbild von Frauen keineswegs propagiert. Daran zeigt sich, dass Frauen nicht Befürworterinnen eines emanzipatorischen Frauenbildes sein müssen, obwohl sie selbst als Politikerinnen zahlreiche geschlechtsspezifische Hürden auf dem Weg zur politischen Spitzenposition nehmen mussten und, als Frauen, in nebensächliche Ressorts abgedrängt wurden und werden.

Für die Zukunft ist ein vorsichtiger Trend der Zunahme von Frauen in ministerielle Ämter zu prognostizieren – ein Prozess, der, meiner Meinung nach, viel zu langsam voranschreitet. Eine weitere Entwicklung ist die langsame Übernahme von männlich dominierten, prestigeträchtigen Ressorts wie das Außen-, Justiz- oder Innenministerium von Frauen. Allerdings muss auch hier eingewendet werden, dass dieses Phänomen erst relativ jung ist, zu langsam fortschreitet und viele Ministerien wie Wirtschaft oder Verteidigung noch nie an Politikerinnen vergeben wurden. Trauriges Resümee ist, dass Frauen im Falle einer Rekrutierung frauenspezifische, nicht zentrale Ressorts wie Gesundheit, Familie oder Frauen usw. übernehmen. Am Ende der Arbeit angelangt, bleibt das Gefühl, mit dieser Analyse nur an der Oberfläche gekratzt zu haben. Sowohl theoretisch, exklusive Mechanismen für Frauen betreffend, als auch bezüglich der Typisierung von Rekrutierungswegen könnte noch vieles erarbeitet werden.

Literatur

Angelo, Silvia/ Moritz, Ingrid/ Pirklbauer, Sybille/ Schlager, Christa/ Woltran, Iris/ Zuckerstätter, Sepp (2006): AK Frauenbericht 1995-2005. Arbeit – Chancen – Geld, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, http://wien.arbeiterkammer.at/pictures/d37/Frauen_Bericht.pdf (8.10.2006)

Becker, Ruth (Hg.) (2004): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie, Wiesbaden (Geschlecht und Gesellschaft; 35)

Böhnisch, Tomke (1999): Gattinnen. Die Frauen der Elite, Münster

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (2002): Hochschulbericht 2002, hergestellt und produziert von Sachartschenko, Peter/ Spreitzer, Susanne, Wien, Band 1, http://www.bmbwk.gv.at/medienpool/8330/hb_2002_bd1.pdf (8.10.2006)

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur: Bundesministerin Elisabeth Gehrler, <http://www.bmbwk.gv.at/ministerium/ministerin/portraet.xml> (2.5.2006)

Bundesministerium für Gesundheit und Frauen (2004): Lebenslauf Maria Rauch-Kallat, <http://www.bmgf.gv.at/cms/site/ministerium.htm?channel=CH0110&doc=CMS1051694831186> (13.7.2006)

Bundesministerium für Justiz: Die Justizministerin. Bundesministerin Mag. Karin Gastinger, <http://www.bmj.gv.at/justizminister/content.php?nav=8&PHPSESSID=82c7d3f145c4b4ef46b3becab54427c9> (24.7.2006)

Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz: Lebenslauf Bundesministerin Ursula Haubner, <http://www.bmsg.gv.at/cms/site/detail.htm?channel=CH0116&doc=CMS1058433419286> (24.6.2006)

Dachs, Herbert/ Gerlich, Peter/ Müller, Wolfgang C. (1995): Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik, Wien

Dyk, Irene (1995): Frauen in der ÖVP. In: Kriechbaumer, Robert (Hg.): Volkspartei - Anspruch und Realität. Zur Geschichte der ÖVP seit 1945, Wien [u.a.], (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg; 2), S. 337-366

Foster, Helga/ Lukoschat, Helga/ Schaeffer-Hegel, Barbara (Hg.) (1998): Die ganze Demokratie. Zur Professionalisierung von Frauen für die Politik, Pfaffenweiler (Feministische Theorie und Politik; 12)

Haller, Birgit (1999): Politische Partizipation von Frauen. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 28/ 1, Wien, S. 49-62

Hanusch-Linse, Kristin (Interviewerin) (2004): „Ich bin sicher anders“. MANZ im Gespräch mit der neuen Bundesministerin für Justiz Mag. Karin Miklautsch. In: MANZ Intern, S. 8f, http://netzwerk.manz.at/network/fileadmin/user_upload/Interview_Miklautsch.pdf (3.8.2006)

Hartmann, Michael (2004): Eliten in Deutschland. Rekrutierungswege und Karrierepfade. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 10, S. 17-24

Heitra, Michael (2002): Frau - Gesellschaft – Politik. Eine Analyse über den geringen Anteil von Frauen in der politischen Öffentlichkeit, Wien

Herzog, Dietrich (1982): Politische Führungsgruppen. Probleme und Ergebnisse der modernen Elitenforschung, Darmstadt (Erträge der Forschung; 169)

Historisches 1 bis 8 (2002). In: Österreich Journal, 2/ 6, S. 27-34, http://www.oe-journal.at/Aktuelles/Magazin/002_061202A4_S27-34A4.pdf (15.7.2006)

Hoecker, Beate (1998): Handbuch politische Partizipation von Frauen in Europa, Opladen

Homepage der ÖVP (1995): ÖVP-Grundsatzprogramm, beschlossen am 30. ordentlichen Parteitag der Österreichischen Volkspartei am 22. April 1995 in Wien, <http://www.oevp.at/download/000298.pdf> (Stand 6.10.2006)

Homepage der ÖVP: Benita Ferrero-Waldner, <http://www.oevp.at/ferrero-waldner/artikel.aspx?where=008448> (25.4.2006)

Homepage des Bundeskanzleramts Österreich: Kanzler und Regierungen seit 1945, <http://www.austria.gv.at/site/3355/default.aspx> (17.6.2006)

Homepage des österreichischen Parlaments (2005): Die österreichischen Bundesregierungen seit 1920, 3.6.2005, http://www.parlinkom.gv.at/portal/page?_pageid=907,82091&_dad=portal&_schema=PORTAL (14.7.2006)

Homepage des österreichischen Parlaments (2006a): Entwicklung des Frauenanteils im Bundesrat, 23.2.2006, http://www.parlinkom.gv.at/portal/page?_pageid=907,860140&_dad=portal&_schema=PORTAL (Stand 6.10.2006)

Homepage des österreichischen Parlaments (2006b): Entwicklung des Frauenanteils im Nationalrat, 3.10.2006, http://www.parlinkom.gv.at/portal/page?_pageid=907,860158&_dad=portal&_schema=PORTAL (Stand 6.10.2006)

Homepage des österreichischen Parlaments, <http://www.parlament.gv.at/> (Juni, Juli 2006)

Homepage von Barbara Prammer: Porträt, <http://www.barbara-prammer.at/> (14.7.2006)

Homepage von Johanna Dohnal: Biografie, <http://www.johanna-dohnal.at/online/page.php?P=18704> (24.5.2006)

Kreisky, Eva (1992): Der Staat als "Männerbund". Der Versuch einer feministischen Staats-sicht. In: Biester, Elke/ Geißel, Brigitte/ Lang, Sabine/ Sauer, Birgit/ Schäfer, Petra/ Young, Brigitte (Hg.): Staat aus feministischer Sicht, Dokumentation des Workshops der ad-hoc-Gruppe "Politik und Geschlecht" in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) anlässlich des 18. Wissenschaftlichen Kongresses der DVPW, Berlin, S. 53-62

Kreisky, Eva (1995): Der Stoff, aus dem die Staaten sind. Zur männerbündischen Fundierung politischer Ordnung. In: Becker-Schmidt, Regina/ Knapp, Gudrun-Axeli (Hg.): Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften, Frankfurt a. M./ New York, S. 85-124

Kreisky, Eva (1997): Diskreter Maskulismus. Über geschlechtsneutralen Schein politischer Idole, politischer Ideale und politischer Institutionen. In: Kreisky, Eva/ Sauer, Birgit (Hg.): Das geheime Glossar der Politikwissenschaft. Geschlechtskritische Inspektion der Kategorien einer Disziplin, Frankfurt a. M./ New York (Politik der Geschlechterverhältnisse; 8), S. 161-213

Macha, Hildegard (2004): Rekrutierung von weiblichen Eliten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 10, S. 25-33

Müller, Wolfgang C./ Philipp, Wilfried/ Steininger, Barbara (1988): Sozialstruktur und Karrieren österreichischer Regierungsmitglieder (1945-1987). In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1987, S. 143-163, Wien

Munzinger-Archiv online, <https://univpn.univie.ac.at/http/0/www.munzinger.com/lpBin/lpExt.dll?f=templates&fn=/magazin.html> (Stand Mai, Juni 2006)

Österreichischer Amtskalender. Das Lexikon der Behörden und Institutionen 2005/ 06 (=2005), 73/ 129, Wien

Pelinka, Anton (1970): Elitenbildung in den österreichischen Großparteien. In: Wort und Wahrheit, 25, S. 534-541

Pelinka, Anton/ Rosenberger, Sieglinde (2003): Gender und das politische System. In: Österreichische Politik. Grundlagen-Strukturen-Trends, 2. Auflage, Wien, S. 207-222

Rosenberger, Sieglinde/ Sauer, Birgit (Hg.) (2004): Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte – Verknüpfungen - Perspektiven, Wien

- Hardmeier, Sibylle (2004): Repräsentation. In: Rosenberger, Sieglinde/ Sauer, Birgit (Hg.): Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte – Verknüpfungen - Perspektiven, Wien, S. 149-169
- Holland-Cunz, Barbara (2004): Demokratie – StaatsbürgerInnenenschaft – Partizipation. In: Rosenberger, Sieglinde/ Sauer, Birgit (Hg.): Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte – Verknüpfungen - Perspektiven, Wien, S. 127-148
- Sauer, Birgit (2004): Staat – Institutionen – Governance. In: Rosenberger, Sieglinde/ Sauer, Birgit (Hg.): Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte – Verknüpfungen - Perspektiven, Wien, S. 107-125

Rösslhuber, Maria und Appelt, Birgit (2001): Hauptsache Frauen: Politikerinnen in der Zweiten Republik, Graz/ Wien/ Köln

Sauer, Birgit (2003): Staat, Demokratie und Geschlecht – aktuelle Debatten, Aug. 2003, https://univpn.univie.ac.at/http/0/web.fu-berlin.de/gpo/pdf/birgit_sauer/birgit_sauer.pdf (Stand 20.6.2006)

Schaeffer-Hegel, Barbara (1999): Frauen mit Macht. Zum Wandel der politischen Kultur durch die Präsenz von Frauen in Führungspositionen. In: Männle, Ursula (Hg.): Die gestaltende Rolle der Frau im 21. Jahrhundert, München (Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen; 10)

Schaffer, Nicole/ Genetti, Evi/ Bukowska, Sylwia (Red.) (2004): Hinter den Kulissen. Frauen und Männer an der Universität Wien, hg. v. Referat Frauenförderung und Gleichstellung der Universität Wien, Wien

Schulz, Günther (Hg.) (2000): Frauen auf dem Weg zur Elite, München

Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft (1994): Frauen und Politik, Wien/ Bern/ Stuttgart (SVPW-Jahrbuch; 34)

Seifert, Thomas (1998): Sprungbretter zur Macht. Kaderschmieden in Österreich, Wien

Steininger, Barbara (1991): Frauen in der österreichischen Politik - eine empirische Analyse 1945-1991. In: Österreichisches Jahrbuch für Politik, S. 643-666

Steininger, Barbara (1995): Grete Rehor. In: Dachs, Herbert/ Gerlich, Peter/ Müller, Wolfgang C. (Hg.): Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik, S. 479-484

Steininger, Barbara (1995): Hertha Firnberg. In: Dachs, Herbert/ Gerlich, Peter/ Müller, Wolfgang C. (Hg.): Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik, S.134-140

Steininger, Barbara (2000): Feminisierung der Demokratie? Frauen und politische Partizipation. In: Pelinka, Anton/ Plasser, Fritz/ Meixner, Wolfgang (Hg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien, Wien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung; 22), S. 141-167, http://www.schule.at/dl/feminisierung_demokratie.pdf (Stand 20.5.2006)

Stimmer, Gernot (1997): Eliten in Österreich 1848-1970, Band II, Wien/ Köln/ Graz (Studien zu Politik und Verwaltung; 57)

Stranzinger, Dagmar (1995): Marilies Flemming. In: Dachs, Herbert/ Gerlich, Peter/ Müller, Wolfgang C. (Hg.): Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik, S. 147-1521

Yvon-Prager, Tessa (1996): Keine Karriere ohne Barrieren. Theorie und Praxis politischer Partizipation von Frauen, Diss., Wien

Zach, Angelika: Individuelle Geschichten sind verwoben mit der Geschichte der Gesellschaft ...oder: "[Das Private ist politisch](#)". Sozialdemokratische Frauenpolitikerinnen: 20 Lebensgeschichten, Renner Institut, <http://www.rennerinstitut.at/frauenakademie/sozdemokratinnen/sozialdemokratinnen.htm> (3.5.2006)

Rekrutierung und Karrieremuster politischer Eliten am Beispiel der SPÖ

Eingereicht von:

Sonja Kruspel

Matrikelnummer: 9907363

Studienkennzahl: A 300

1. Einleitung

Der Begriff Rekrutierung bezeichnet die Art und Weise, wie Personen in bestimmte Rollen oder Positionen gelangen.

Dieser Vorgang kann sowohl eine vertikale als auch eine horizontale Dimension haben, je nachdem ob es sich um einen Aufstieg in eine Führungsgruppe oder um ein Überwechseln von einer Führungsgruppe in eine andere (cross-over) handelt.

Einerseits wird dieser Vorgang durch die jeweiligen Regeln einer Organisation oder eines Systems gesteuert (Rekrutierung durch Wahl, Kooptation, Anstellung, Rotation), andererseits interessieren aber auch die soziologischen und psychologischen Bedingungen der Rekrutierung (soziale Herkunft, Sozialisation, Karrieremuster, innerorganisatorische Auswahlprozesse, individuelle psychische Prädispositionen und Motivationen). (Nohlen 1985, 860)

Der Prozeß der Führungsrekrutierung ist in allen organisatorisch differenzierten Systemen der Gegenwart hochgradig „karrierisiert“.

Typischerweise erfolgt der politische Aufstieg im Zuge längerer, kontinuierlicher Laufbahnen, die gewöhnlich in Führungspositionen auf lokaler Ebene beginnen und schrittweise in Spitzenpositionen führen.

Sprunghafte Karrieren sind ebenso selten wie das „cross-over“, d.h. das unmittelbare Überwechseln von Personen aus privatberuflichen oder verbandlichen Spitzenpositionen in politische Führungsringe. (ebd., 417)

Da sowohl die Funktionsfähigkeit als auch die Legitimation politischer Systeme bzw. einzelner Organisationen nicht nur von ihrer Machtstruktur, sondern auch von der Art und Weise der personellen Besetzung und Erneuerung ihrer Führungsgruppen abhängen, werde ich versuchen unter dem „strukturell-organisatorischem“ Aspekt, die Vorgehensweise bzgl. der Personalrekrutierung der SPÖ aufzuzeigen.

Ausgehend vom „organisationstheoretischen“ Ansatz nach Herzog werde ich eingangs die verschiedenen Organisationen die der SPÖ traditionell als Rekrutierungssysteme dienen bzw. durchaus Einfluß auf die politische Sozialisation ihrer Elite haben betrachten.

Weiters beschäftige ich mich dann mit innerparteilichen Organisationsprozessen wie Kandidatennominierung und dem System der Vorwahlen in der SPÖ.

2. Die sozialistischen Elitengruppen

In diesem Kapitel beschäftige ich mich mit den Organisationen die traditionell der SPÖ als Rekrutierungssysteme dienen bzw. durchaus Einfluß auf die politische Sozialisation ihrer Elite haben.

Nach 1945 erfolgte auch in der SPÖ die spiegelbildliche Restauration des bereits in der Ersten Republik ausgebildeten Elitenrekrutierungssystems, allerdings mit gravierenden Modifizierungen.

Der in der Ersten Republik noch dominierende Sozialisationsaspekt im Sinne einer alle Lebensphasen bis zum Eintritt in die Partei umfassenden „Sozialistischen Lebensform“ wurde zunehmend ersetzt durch das strategische Kalkül einer der Ausdifferenzierung der modernen Industriegesellschaft entsprechenden gruppen- und berufsspezifischen Kaderausbildung und Elitenrekrutierung.

Gegenüber der unmittelbar nach der Neugründung der SPÖ forcierten Idee eines einheitlichen, alle bis 1934 bestehenden sozialdemokratischen Jugendgruppierungen umfassenden sozialistischen Jugendverbandes in Gestalt der „Sozialistischen Jugend Österreichs“ (SJÖ), setzte rasch ein Prozeß der Differenzierung ein, der hauptsächlich getragen wurde von den rekrutierungspolitischen Erwägungen einer modernen Massenpartei. (Stimmer 1997, 957)

2.1 Die Österreichischen Kinderfreunde bzw. die Roten Falken

Gegründet im Juni 1945 im parteipolitischen Interesse „einer stärkeren Kontinuität der Familien-, Schul- und Erziehungspolitik“.

Die Ziele der „Kinderfreunde“ sind wie folgt beschrieben:

„Ihre Aufgabe sieht sie in der Erziehung zum sozial fühlenden, gesellschaftlich denkenden und sittlich handelnden Menschen, politisches Ziel ist die Erziehung zum demokratischen Sozialismus.“

Wie aus dieser Zielvorgabe zu erkennen ist, wurden die Kinderfreunde mit dem Ziel ins Leben gerufen, eine Sozialisationsinstanz für Kinder zu etablieren, die diese zu einem sozialistischen Weltbild führen soll, denn gerade das Weltbild, das man im Kindesalter vermittelt bekommt, spielt sicher auch für die politische Willensbildung im Erwachsenenalter eine große Bedeutung.

Die „Roten Falken“ entstanden aus den „Kinderfreunden“ heraus.

Sie wurden hauptsächlich als Organisation für die 10 bis 14-jährigen gegründet, und zwar in kritischer und eigenwilliger Anlehnung an die Pfadfinder.

Das bedeutet, daß großteils die Organisationsform der Pfadfinder kopiert wird, jedoch mit einem sozialistischen ideologischen Hintergrund.

Die „Roten Falken“ gelten als eine sehr klassenbewußte und kämpferische sozialistische Organisation.

Die „Arbeiterzeitung“ bezeichnete sie einmal als die „Kadetten des Sozialismus“.

Die Überlegung, daß durch gezielte Erziehungsmaßnahmen, organisierte Freizeitaktivitäten, usw. der Nachwuchs ideologisch gebildet und in weiterer Form als sozialisierter Mensch an die Partei gebunden werden soll, besitzt, meiner Meinung nach, für alle politisch orientierten Kinder- und Jugendorganisationen eine gewisse Gültigkeit.

Dies ist auch der Grund, warum ich diese Kinderorganisationen im Rahmen meiner Arbeit thematisiere.

Eben nicht aus der Annahme heraus, daß man aus einer Kinderorganisation heraus direkt eine Karriere in einer politischen Partei machen kann, sondern weil Kinderorganisationen, besonders im sozialistischen Bereich, einen enormen Einfluß auf die politische Sozialisation haben.

2.2 Die Sozialistische Jugend Österreichs (SJÖ)

Konstituiert im April 1945 als parteipolitisches Pendant zu der von der KPÖ gegründeten Freien Jugend Österreichs als formell parteiübergreifende Staatsjugend.

Die sozialistische Jugend Österreichs (SJÖ) entwickelte sich zu einer Massenorganisation, zu deren Aufgabe auch die Rekrutierungsarbeit zur Bildung eines Kaders zählte.

Auf dem ersten ordentlichen Verbandstag im Dezember 1946 fand die Umwandlung der SJÖ von einer jugendpflegerisch-erziehenden zu einer bewußt politischen Organisation der sozialistischen Jugendbewegung statt.

Die Ziele der sozialistischen Jugendorganisationen kann man durchaus als ideologiebetonter und an der Politik orientierter charakterisieren, als bei anderen Jugendorganisationen.

Solche Ziele sind etwa die Verbesserung der sozialen Lage von Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern, verstärkte Bildungsarbeit, usw..

Im Gegensatz zu anderen Parteijugendorganisationen wurden sozialistische Parteijugendorganisationen oft ohne Unterstützung und Förderung durch die Mutterpartei gegründet, was es ihnen erleichterte als gesellschaftsverändernde Instanz aufzutreten.

Dies drückt sich auch darin aus, daß die SJÖ ein distanzierteres Verhältnis zum politischen Establishment und v.a. auch zur Mutterpartei hat wie z.B. die Junge ÖVP oder der Ring Freiheitlicher Jugend.

Das liegt vielleicht auch an der Tatsache, daß Mitglieder der SJÖ nicht automatisch Parteimitglieder der SPÖ sein müssen.

2.3 Die Junge Generation in der SPÖ (JG)

Gegründet 1956 im Zuge des Nationalratswahlkampfes.

Mit der Konstituierung einer eigenen, für die Lebensphase zwischen der Mitgliedschaft in Jugendorganisation und Partei zuständigen Organisation erfolgte eine weitere Fragmentierung der sozialistischen Jugendverbände.

Initiiert vom ehemaligen Obmann der SJÖ als Alternative zu deren zunehmender Rechtstendenz, entwickelte sich die JG jedoch zu einer weiteren absolut parteikonformen Jugendservicestelle der SPÖ, deren Mitglieder auch eingeschriebene Parteimitglieder sein müssen.

Obwohl die JG für die SJÖ keine unmittelbare Konkurrenz, aufgrund der unterschiedlichen Altersstruktur ihrer Mitglieder, darstellt, gibt es doch immer wieder Konflikte zwischen diesen Organisationen, die eventuell darin begründet sein könnten, daß sich die Junge Generation zunehmend als besseres Karrieresprungbrett erwiesen hat.

2.4 Die Österreichische Gewerkschaftsjugend (ÖGJ)

Gegründet 1945 als teils in Form von Fachgewerkschafts-, teils als Bundesjugendgruppen organisierte, ursprünglich parteiübergreifende, ab 1948 rein sozialistische gewerkschaftliche Jugendorganisation.

Das heißt, die ÖGJ ist nicht direkt Teilorganisation der SPÖ, steht aber weltanschaulich und politisch in einem starken Naheverhältnis zu ihr.

Dies läßt sich z.B. gut daran erkennen, daß die Gewerkschaftsjugend als loyaler der SPÖ gegenüber gilt, als die SJÖ.

Die Aufgabe der ÖGJ ist es die arbeitende Jugend im gewerkschaftlichen Sinne zu betreuen, und dabei mit all jenen Jugend- und Studentenorganisationen zusammen zu arbeiten, welche die gleichen Ziele verfolgen wie sie selbst.

Die ÖGJ will aber nicht nur bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen mitgestalten und mitentscheiden, sondern auch auf die individuelle Entwicklung der Jungarbeitnehmer Einfluß nehmen.

Ein kurzer Blick auf die Arbeitsrichtlinien der ÖGJ läßt nämlich darauf schließen, daß die Bedeutung dieser Organisation über die Vertretungsaufgaben im Arbeitnehmerbereich hinausgeht, und daß die ÖGJ einen wesentlichen Einfluß auf die politische Sozialisation ihrer Mitglieder ausübt.

2.5 Der Verband Sozialistischer Studenten Österreichs (VSSTÖ)

Im Juli 1946 konstituierte sich der VSSTÖ als Studentenorganisation der SPÖ.

Schon Pelinka stellte fest, daß fast alle sozialistischen Akademiker aus dem VSSTÖ kommen. Offenbar hat der VSSTÖ eine große Bedeutung als Sozialisations- und Rekrutierungsinstanz für sozialistische Akademiker, was mich zu der Annahme verleitet, daß die Organisationsdichte in dieser sozialdemokratischen Bewegung im Verhältnis zu anderen Parteien verhältnismäßig groß ist.

Welche Bedeutung der VSSTÖ personell für die SPÖ hatte und hat ist anhand einiger prominenter Namen wie z.B. Broda, Firnberg, Pittermann, Kreisky, usw. deutlich erkennbar.

2.6 Der Bund Sozialistischer Akademiker, Intellektueller und Künstler (BSA)

Mit dieser, 1946 gegründeten akademischen Organisation, die in der Ersten Republik nicht existierte dokumentiert sich am deutlichsten das gewandelte Elitenverständnis der nunmehr staatstragenden SPÖ in Richtung einer kontinuierlichen, nicht nur parteiinternen, funktionalen Elitenrekrutierung.

Diese, sich klar an den Gegenmodellen der Altherrenschaften der Korporationsverbände orientierende, Form sozialistischer Ämterpatronage wurde trotz der mit dieser Funktion in Widerspruch stehenden formellen Zielerklärung:

„Demokratische Freiheit, soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit durch gesellschaftliche Solidarität und freie Entfaltungsmöglichkeit der Persönlichkeit durch Chancengleichheit und Mitbestimmung“ auch parteiintern nicht in Abrede gestellt.

Der BSA ist eine Dachorganisation für eine Vielzahl von Fachverbänden, der durchaus auch politischen Einfluß besitzt.

Bis in die 50-er Jahre hinein gab es seitens der SPÖ ein starkes Mißtrauen gegenüber dem BSA, weil man befürchtete, daß man im Rahmen dieser akademischen Dachorganisation eine politische Elite heranziehen will, welche außerhalb der Partei stehen könnte.

Erst als feststand, daß der BSA ein in die Partei integrierter Verband ist, der nur Beraterfunktionen wahrnimmt, und daß die politische Entscheidungsgewalt allein beim Parteiapparat liegt, normalisierten sich die Beziehungen.

Welchen politischen Einfluß der BSA tatsächlich wahrnimmt kommt im folgenden Zitat recht deutlich zum Ausdruck.

„ Der BSA wird nicht wirksam bei Besetzungen von Parteifunktionen und Mandaten und hat daher scheinbar keinen Einfluß. Aber eine große Anzahl von Spitzenfunktionären der Partei in allen Bundesländern gehören dem BSA an und fühlen sich ihm verbunden, sodaß Funktionäre

dieser Organisation jederzeit ihre Anliegen in direktem Weg an die Partei mit Erfolg herantragen können.“ (Peel 1991, 8ff)

2.7 Bildungseinrichtungen der Partei bzw. der Gewerkschaft

Abschließend möchte ich auch einige Bildungseinrichtungen der Partei bzw. der Gewerkschaft für nichtakademischen Funktionärsnachwuchs als Sozialisations- bzw. Rekrutierungsinstanz der SPÖ nicht unerwähnt lassen.

- Dr. Karl-Renner-Institut

Gegründet 1972 als politische Akademie der österreichischen Sozialdemokratie als Folge des Bundesgesetzes über die „Förderung staatsbürgerlicher Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien und der Publizistik“ und der damit verbundenen staatlichen Finanzierung der Bildungsarbeit der Parteien, mit dem Ziel die SPÖ Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen optimal für gegenwärtige und zukünftige Aufgaben zu qualifizieren.

- Zentrale Parteischule

Die Ausbildung die hier, ebenfalls nur für Mitglieder der SPÖ, angeboten wird erfolgt in einem Zeitumfang von 1,5 Jahren, wobei v.a. auf geschichtliche Entwicklung, Ideologie der SPÖ, usw. Wert gelegt wird.

- Akademie der Jugend

Hier werden v.a. Mitglieder der mittleren Führungsebene der SPÖ, wie auch Funktionäre der Bundes- und Landesebene mittels verschiedener Projekte auf zukünftige Aufgaben vorbereitet.

- Sozialakademie der Gewerkschaft

Dies ist eine Bildungseinrichtung von Arbeiterkammer und Österreichischem Gewerkschaftsbund, die auch nur Funktionären der SPÖ zugänglich ist.

3. Kandidatennominierung in der SPÖ

Zu den wesentlichsten Funktionen einer Partei zählt unbestritten die Rekrutierung von politischem Personal. Wobei unter Rekrutierung die Aufstellung von Kandidaten für öffentliche

Funktionen, welche durch öffentliche Wahlen vergeben werden zu verstehen ist. (Pelinka, Plasser 1988, 600)

So gesehen üben Parteien eine „Schleusenwärterfunktion“ aus; d.h. sie sind in liberal-demokratischen Systemen jene Organisationen, die den Zugang zu staatlich-politischen Ämtern regeln.

Bei der Rekrutierung von Eliten gelangen unterschiedliche Muster und Strategien zur Anwendung.

Vielfach kombinieren Parteien diese Muster, wobei die gewählten Strategien von mehreren Faktoren abhängen.

Dabei kann laut Mattina zwischen drei Logiken unterschieden werden:

- der selbstreferentiellen Selektion,
- dem Prinzip der Repräsentativität
- sowie dem Appell an jene Schichten, die sich aufgrund ihrer sozialen Stellung einer Rekrutierung gegenüber am aufgeschlossensten zeigen.

Die selbstreferentielle Selektion ist Ausdruck innerparteilicher Notwendigkeiten.

Die Funktionäre und der Apparat erwarten sich für ihre Treue zur Partei eine Gratifikation in Form einer Kandidatur.

Über die Logik der Repräsentativität – d.h., die Zusammensetzung der Kandidaten orientiert sich an jener der potentiellen Wählerschaft – soll die Gesamtattraktivität einer Liste für die Wähler erhöht werden.

Um attraktive, kompetitive Listen erstellen zu können, rekrutieren Parteien darüber hinaus „opinion leaders“, denen z.B. in einer medienorientierten Gesellschaft auch ein besonders hohes Interesse gilt. (Nick 1995, 67)

Stirnemann unterscheidet in Anlehnung an Naßmacher, Pelinka und Fischer drei Rekrutierungsstrategien, die auch bei der SPÖ zu finden sind:

- das Senioritätsprinzip nach Naßmacher

Nach diesem Selektionsmuster ist in Parteien zum Eintritt in die formell oberste Schicht der politischen Elite eine Probezeit zu absolvieren.

Junge Kandidaten werden überwiegend auf den aussichtslosen und ältere Kandidaten auf den sicheren Plätzen der Parteilisten aufgestellt, und so wird durch Nachrücken ein Mandat „ersessen“.

Zwar wird dieses Prinzip als üblich für ausgebildete Apparatparteien angesehen, doch gelegentlich wird es z.B. zugunsten von Frauenvertreterinnen, auch durchbrochen.

Die Durchbrechung des Senioritätsprinzips eröffnet somit den Initiativen im Rahmen der innerparteilichen Demokratie als auch dem informellen Einfluß des Parteivorstandes eine Möglichkeit, die Kandidatenaufstellung zu beeinflussen, wenn bisherige Abgeordnete ausscheiden.

- technokratische Karrieremuster nach Pelinka

Er geht von Naßmachers Senioritäts- und Ersitzungsprinzip aus, spricht diesem aber die darin enthaltene Automatikvorstellung ab.

Pelinka spricht vorsichtiger von einem „cursus honorum“, den aufstiegsorientierte Kandidaten zu durchlaufen haben.

D.h. Kandidaten dienen sich über Funktionen in Parteien, Verbänden und Vorfeldorganisationen, oft auch auf mehreren Ebenen, nach oben.

Weitere technokratische Aufstiegsmuster in der SPÖ sind die Kandidatenselektion aus den Quellen der Vertrauenspersonen, der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre und der Experten, v.a. solcher, „die in den Bürokratien der Ministerien und Verbände verankert sind“.

Noch ein technokratisches Karrieremuster läßt sich in der Bedeutung jener Gruppen orten, die aufgrund ihrer politischen Sozialisation rekrutiert werden.

Pelinka erwähnt z.B. den VSSTÖ, dem fast alle sozialistischen Nationalratsabgeordneten, die eine Hochschule besucht haben, angehörten.

- die Permanenz der Mandate nach Fischer

Fischer formulierte den Ansatz Naßmachers einschränkend um, indem er statt eines allgemeinen Senioritätsprinzips ein Prinzip der Permanenz der Mandate statuiert.

So gesehen, hat jeder der bereits dem Nationalrat angehört, eine überaus große Chance auch bei der nächsten Wahl wieder an sicherer Stelle aufgestellt und damit gewählt zu werden, wenn er nicht:

- die Altersgrenze erreicht,
- in eine andere Funktion berufen wird, oder
- aus echten persönlichen oder gesundheitlichen Gründen auf eine Wiederkandidatur verzichtet. (Stirnemann 1988, 617 – 623)

Die spezifischen Rahmenbedingungen in Österreich, insbesondere die starke gesellschaftliche Verankerung der Parteien, die jahrzehntelange Persistenz der Lagerkulturen sowie die Sozialpartnerschaft bildeten den Kontext, in dem diese Prinzipien vorherrschend wurden.

Stirnemann resümierte demzufolge, daß „mit der Erstellung der Kandidatenliste auch zugleich die Zusammensetzung des Nationalrates zu weit über 90 Prozent“ feststeht.

Die Zeiten stabiler und kalkulierbarer Wahlergebnisse scheinen nun aber in Österreich unwiderruflich vorüber, da die dafür verantwortlichen gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen erodieren.

Dies hat selbstverständlich Auswirkungen auf die Rekrutierungsstrategien der Parteien.

Dabei gilt es zwei Eckpunkte zu beachten, die sich zwar nicht zwangsläufig widersprechen, die aber in der politischen Praxis rasch zu Konflikten führen können.

Und zwar zum einen die Orientierung an Grundsätzen eines demokratischen Nominierungsprozesses im Sinne der innerparteilichen Demokratie, zum anderen die Orientierung an wählerattraktiven Kandidaten und Kandidatenpräsentationen, um die späteren Wahlchancen zu erhöhen.

So gesehen sind die entscheidenden Determinanten der Kandidatenrekrutierung und der Kandidatennominierung zweifelsfrei das zu erwartende Wahlergebnis wie auch das vorherrschende Wahlrecht. (Nick 1995, 68)

4. Vorwahlen in der SPÖ

Im Organisationsstatut der SPÖ finden sich die grundsätzlichen Vorgaben über die Nominierung von Kandidaten.

Prinzipiell müssen sich Bewerber um öffentliche Ämter Vorwahlen stellen, bei denen die Parteimitglieder wahlberechtigt sind.

Im Bundesorganisationsstatut ist das Nominierungsrecht ebenso geregelt wie der Modus vorgegeben.

Diese ziemlich eindeutige Vorgabe des Nominierungsmodus, deutet sehr stark darauf hin, daß es der Bundespartei ein großes Anliegen ist, den Rekrutierungsprozeß auch formal zu kontrollieren.

Parteigremien führen dann die Kandidatennominierung durch, auf welche die wahlberechtigten Mitglieder durch Reihung Einfluß nehmen können.

Ein Verbindlichkeitsquorum von 50% Wahlbeteiligung ist vorgesehen.

Wird dieses nicht erreicht, dann wird das Verfahren lediglich als Konsultation betrachtet.

Die Form der Durchführung obliegt dem jeweiligen Organisationsbereich, welche die Möglichkeit haben eigene Regelungen und Statuten zu erstellen.

Weiters schreibt das Bundesorganisationsstatut eine Frauenquote von 40% auf den Kandidatenlisten vor.

In der Regel spielt sich der Kandidatennominierungsprozeß in der SPÖ vorwiegend binnenorientiert ab, und ist daher kaum auf Veränderungen ausgerichtet.

Wie schon erwähnt sieht das Statut sieht dafür ein mehrstufiges Modell vor:

- Die zuständigen Gremien erstellen eine Vorschlagsliste, die einer Vorwahl zu unterziehen ist.
- Das selbe Organ beschließt die Liste unter Berücksichtigung der Vorwahlergebnisse endgültig, wobei sie nur dann an diese gebunden ist, wenn das Verbindlichkeitsquorum bei der Beteiligung erreicht wird.
- Die Letztentscheidung verbleibt beim Bundesparteirat und dem Bundesparteivorstand. Dem Bundesparteivorstand obliegt auch die Erstellung des Bundeswahlvorschlages, wobei grundsätzlich mit den Landesparteiorganisationen Einvernehmen zu erzielen ist. Zu definitiven Wahlvorschlägen werden die Kandidaten erst auf Antrag des Bundesparteivorstandes durch Beschluß des Bundesparteirates.

Statutarisch festgelegtes Nominierungsverfahren in der SPÖ

Wahlebene	Regionalwahlkreise
Wahlberechtigte	in der Regel nur Parteimitglieder
Passives Wahlrecht	in der Regel nur Parteimitglieder, Ausnahmefall: Sympathisanten aufgrund besonderer Beschlüsse
Organisationsebene	zu Wahlkreisorganisationen zusammengefaßte Bezirksorganisationen, von den Bezirken beschickte Wahlkreiskonferenzen
Verfahren	Verbindlichkeitsquorum von 50%, Frauenquote von 40% 20% der Sitze für zentrale Notwendigkeiten

Die ausgeprägte Kontrolle des Rekrutierungsprozesses die sich bereits in der statutarischen Festlegung der Aufgaben und der Beschickung der Wahlkreisorganisationen zeigt, läßt insgesamt den Eindruck des Vorherrschens von hierarchischen und formalisierten Strukturen entstehen.

D.h. der Ablauf der Kandidatennominierung in der SPÖ läßt vermuten, daß sowohl das Permanenz- als auch das Senioritätsprinzip den gesamten Rekrutierungsprozeß bestimmen. (ebd., 71-82)

5. Schlussbemerkungen

„Wer zu den politischen Funktionseliten aufsteigen will, muß eine politische Karriere durch und über eine Partei vorantreiben.“ (Stirnemann 1988, 620)

Die politischen Parteien sind die zentralen Mechanismen der gesellschaftlichen Integration und der Strukturierung politischer Prozesse, darunter auch der Personalrekrutierung und politischen Qualifikation geworden.

Sie haben jene Funktionen der politischen Rekrutierung übernommen, die früher die Großfamilien der Oberklassen, die Bildungseinrichtungen, die Berufskorporationen der Stände oder auch die Kirchen ausfüllten. (Herzog 1982, 96)

Die Rekrutierung von Kandidaten für die verfassungsmäßigen Spitzenpositionen wird zusammen mit der Interessensartikulation und dem Interessensausgleich als eine der drei wichtigsten Funktionen der Parteien im System der modernen Parteiendemokratie angesehen.

Unbestritten ist, daß es die politischen Parteien sind, welche die Kandidaten für alle Verfassungsorgane auswählen.

Dies gilt für alle politischen Vertretungskörperschaften auf nationaler, regionaler und kommunaler, wenn auch schon in einem etwas eingeschränkteren Ausmaß, Ebene. (Stirnemann 1988, 599)

Ausschlaggebend für den personellen Auswahlprozeß ist die innere Struktur der Partei, die Mitarbeit in der Partei, die innerparteiliche Organisationswirklichkeit sowie die Art der partei-internen Personalentscheidungsprozesse.

D.h. auch der Grad der Teilnahme der Mitglieder, z.B. anhand von Vorwahlen, an solchen Entscheidungen wird als wichtig angesehen.

Außerdem ist es nicht unerheblich für die Aufstiegschancen von Parteimitgliedern, aus welcher sozialen Schicht, welcher Vorfeldorganisation, welcher Berufsgruppe, usw. sie kommen und welche persönlichen Eigenschaften sie mitbringen.

Ebenso spielen Proporzgesichtspunkte verschiedener innerparteilicher Gruppen und Flügel bzgl. der Kandidatenauswahl eine wichtige Rolle.

Diese Strukturmuster der politischen Führungsrekrutierung haben zweifellos wichtige Folgen sowohl für das Verhalten der politischen Eliten als auch für die Funktionsweise des politischen Systems insgesamt.

Daher ist, meiner Meinung nach, für die SPÖ immer noch feststellbar, daß das vorherrschende Wahlrecht und das zu erwartende Wahlergebnis eindeutig die ausschlaggebenden Determinanten bzgl. Kandidatennominierung und Kandidatenrekrutierung sind.

Denn schließlich wird die Mehrheit der Parlamentsmandate in Österreich nicht bei der allgemeinen Wahl vergeben, sondern de facto in den vorgelagerten Nominierungsprozessen.

Deshalb gibt es auch in der SPÖ, trotz der Wahlrechtsreform von 1992, eine starke Tendenz vermehrt wähler- und medienorientierte Verfahren der Kandidatennominierung zu bevorzugen.

Das bedeutet, daß trotz der medialen Resonanz, trotz der teilweise unbestreitbar vorhandenen demokratischen Konkurrenz um Listenplätze und trotz der propagierten Öffnung der Rekrutierungsmechanismen die SPÖ keineswegs ihr Rekrutierungsmonopol aufgegeben hat. (Nick 1995, 115)

Literatur

Herzog, Dietrich, Politische Führungsgruppen, Probleme und Ergebnisse der modernen Elitenforschung, Darmstadt 1982

Nick, Rainer, Die Wahl vor der Wahl: Kandidatennominierung und Vorwahlen, in: Müller, Wolfgang C., Plasser, Fritz, Ulram, Peter A. (Hg.), Wählerverhalten und Parteienwettbewerb, Analysen zur Nationalratswahl 1994, Schriftenreihe des Zentrums für angewandte Politikforschung, Band 8, Wien 1995

Nohlen, Dieter, Schultze, Rainer-Olaf, Pipers Wörterbuch zur Politik, Politikwissenschaft, Theorien – Methoden – Begriffe, Band 1, München 1985

Peel, Jürgen, Die Bedeutung von Jugendorganisationen als Rekrutierungsressourcen und als Instanzen der politischen Sozialisation für die österreichischen Nationalratsabgeordneten, Diplomarbeit, Wien 1991

Stimmer, Gernot, Eliten in Österreich: 1848 – 1970, Wien 1997

Stirnemann, Alfred, Rekrutierung und Rekrutierungsstrategien, in: Pelinka, Anton, Plasser, Fritz (Hg.), Das österreichische Parteiensystem, Studien zu Politik und Verwaltung, Band 22, Wien 1988

Rekrutierung der Mitglieder der Regierung am Beispiel der Innen- und AußenministerInnen

Eingereicht von:

Irene Messinger

Matrikelnummer 9203780

Studienkennzahl: A 092 300

1. Einleitung

Als Regierungsmitglieder und in ihrem Amt als MinisterInnen werden Innen- bzw. AußenministerIn zur politischen Elite gezählt. Ihre Position ist eine besonders einflussreiche, weshalb diese Position ausgewählt wurde, um die Rekrutierung von Regierungsmitgliedern zu analysieren. Es handelt sich in dem für die gemeinsame Forschungsarbeit ausgewählten nationalen und zeitlichen Rahmen, Österreich seit der zweiten Republik, um 14 Innen- und 15 AußenministerInnen, die einer Lebenslaufforschung unterzogen werden.

Ziel der Forschungsarbeit ist es, stratifikationspezifische, karriereorientierte und organisationstheoretische Erklärungsansätze auf die Entwicklung der Rekrutierungs- und Karrieremuster der Innen- und AußenministerInnen anzuwenden und historische Kontinuitäten und Brüche der parteipolitischen Eliterekrutierung in Österreich aufzuzeigen.

Die ersten beiden Kapitel wenden sich konkret den Personen der Innen- bzw. AußenministerInnen zu und analysieren herkunftsbezogene Faktoren, Alter bei Amtsantritt, Ausbildung sowie parteipolitische Netzwerke und ihre bisherigen Aufgaben. Das dritte Kapitel vergleicht die Rekrutierung und Karrieremuster der Innen- und AußenministerInnen miteinander sowie mit jenen anderer Mitglieder der Bundesregierungen. Die Karrieremuster und Netzwerke der politischen Regierungselite werden anhand von Beispielen ausgewählter Schul- und Studentenverbände dargestellt und durch die Karrieremuster in Partei, Bürokratie und politischen Funktionen ergänzt, um die Verwobenheit zwischen personalen und strukturell – organisatorischen Aspekten in der Ausbildung und den Zugangsmöglichkeiten zu politischen Eliten zu verdeutlichen. Der Schwerpunkt liegt diesbezüglich auf den Netzwerken der konservativen Kräfte, da die Organisationen der SPÖ bereits in der Arbeit von Sonja Kruspel behandelt wurden. Hinsichtlich der geschlechtsspezifischen Ausschlussfaktoren wird auf den Beitrag von Veronika Schwediauer verwiesen.

Ein abschließender Exkurs fragt vor dem Hintergrund des Nationalsozialismus nach möglichen Auswirkungen und Zusammenhängen auf die Rekrutierung bestimmter Personen anhand ausgewählter Innen- und Außenminister.

1.1 Methodische Vorgehensweise

Für die Analyse politischer Karriereverläufe in Richtung Regierung, die im Amt als Außen- oder Innenminister gipfeln, werden von den vier in der Einleitung von Karima Aziz beschrie-

benen Ansätzen drei herangezogen. Der stratifikationsspezifische und der karriereorientierte Erklärungsansatz wird detaillierter bearbeitet, der organisationstheoretische fließt vor allem im Kapitel zu Netzwerken und Karrieremustern ein.

Die Arbeit grenzt sich vom persönlichkeitsorientierten Ansatz ab, da diese Forschung im Rahmen einer Seminararbeit einerseits nicht machbar wäre, andererseits Zweifel an der Theorie der machtzentrierten Charakter- bzw. Persönlichkeitsmerkmale als Schlüssel zu politischen Karrieren seitens der Autorin bestehen. Das Zusammenspiel der drei gewählten Erklärungsansätze soll ermöglichen, die Daten in vielfältiger Hinsicht auszuwerten und zu analysieren und Karriere- und Rekrutierungsmuster in ihrer Transformation herauszuarbeiten.

Methodisch werden dazu Anleihen aus der Lebenslaufforschung genommen, bei der es sich im Gegensatz zur Biographieforschung um eine quantitativ orientierte Methode handelt. Mittels der Darstellung der wichtigsten biographischen Daten der zu untersuchenden MinisterInnen soll versucht werden, die individuellen mit gesellschaftlichen Entwicklungen zu verknüpfen. Obwohl die in Lamneks Beitrag angeführten Forschungsarbeiten auf sozial benachteiligte Gruppen abzielen, scheint diese Methode auch für die Analyse der politischen Elite interessant zu sein.

Die Daten wurden mittels Internetrecherche über die Datenbank des Parlaments sowie mittels vertiefender Literaturrecherche erhoben und in ein eigens erstelltes Raster eingetragen, das einerseits auf die soziale Herkunft abzielt, andererseits den beruflichen Werdegang und (partei-)politische Netzwerke nachzeichnet, die entsprechend codiert wurden. Der zeitliche Verlauf wurde individuell als auch in einer Gesamtschau nach auffälligen Gemeinsamkeiten und Tendenzen untersucht.

Zur Überprüfung des stratifikationsspezifischen Ansatzes, dass Herkunft und ökonomisches, soziales und kulturelles Kapital (Bourdieu) die Karrierechancen bestimmen, werden die in diesem Rahmen erforschbaren Daten der Innen- und AußenministerInnen hinsichtlich Geschlecht, Geburtsorts, familiärer Herkunft, Ausbildung und Alter beim Eintritt in den MinisterInnenposten erfasst und ausgewertet. Herzog kritisiert diesbezüglich, dass die Vielschichtigkeit des Begriffes „soziale Herkunft“ sowie die nur teilweise vorhandenen Daten darüber ihre empirische Verwendung erschweren und die Kategorien Alter, Konfession, Geschlecht ohne Begründung ihrer Aussagekraft herangezogen werden (Herzog 1975: 23). Für die Forschungsarbeit werden dazu vertiefend die Berufe der Väter bzw. der Eltern

einbezogen sowie die Schul- und Berufsausbildung hinsichtlich der Dauer des Studiums genauer betrachtet.

Zum karriereorientierten Erklärungsansatz nach Herzog werden folgende Daten erfasst: (parteilpolitische) Netzwerke und Funktionen in diesen, erlernte und ausgeübte Berufe und welche davon in Zusammenhang mit ihrer parteipolitischen Ausrichtung standen. Dadurch soll eine Einteilung in die von Herzog getroffenen Karrieremuster (Standard, Cross-over, Politisch) möglich werden. Die jeweils regierenden Parteien sowie deren Netzwerke stellen für die Entscheidung der Besetzung des jeweiligen MinisterInnenpostens eine große Rolle, diese werden daher in die Analyse einbezogen und sind Teil der organisationstheoretischen Betrachtung.

Den Abschluss bildet ein Exkurs zum historischen Kontext hinsichtlich des Nationalsozialismus. Hierbei soll erforscht werden, ob das Interesse an den Stimmen des dritten Lagers Auswirkungen auf die Aufstellung gewisser Innen- und Außenminister hatte und wie deren Netzwerke funktionierten.

2. Rekrutierung der InnenministerInnen

Das Innenministerium war 1923-38 dem Bundeskanzleramt eingegliedert, ab 1945 wurde es "Staatsamt für Inneres" benannt, seit 1959 existiert es als „Bundesministerium für Inneres“.

Das Innenministerium wurde seit 1945 fast ausschließlich von Angehörigen der SPÖ geleitet, nur unter der Regierung Klaus und der jetzigen Bundesregierung finden sich ÖVP - InnenministerInnen. Nach Ernst Strassers überraschendem Rücktritt am 10. Dezember 2004 ist Liese Prokop als erste Frau in der Position als Bundesministerin für Inneres.

Anlässlich der Angelobung der neuen Innenministerin Prokop betonte Schüssel in ihrer Antrittsrede die große Bedeutung des Innenministeriums: "Das Innenministerium ist eines der zentralen und sensibelsten Ressorts. Es muss daher von einer Persönlichkeit mit Augenmaß, Charakterstärke, Entscheidungskraft und Krisenfestigkeit geleitet werden." (Bundeskanzleramt, 22.12.2004)

2.1. Geschlecht / Alter

Es handelt sich bei den InnenministerInnen bis auf die amtierende Innenministerin Prokop um Männer, die bei Eintritt in das Amt des Innenministers im Durchschnitt das 50. Lebensjahr knapp überschritten hatten (50,7 Jahre). Die ersten beiden Innenminister waren bei Amtsantritt gleich alt (58 Jahre), der dritte war 53. Der weitaus jüngste Innenminister war der darauf folgende Czettel mit 41 Jahren. Die späteren Innenminister waren alle rund 50 Jahre alt. Mit einem Eintrittsalter von 63 Jahren ist Prokop die spätberufenste Person als Leitung des Innenministeriums.

2.2. Herkunft und Ausbildung

Die ersten vier SP Innenminister seit 1945 (Oskar Helmer, Josef Afritsch, Franz Olah und Hans Czettel) der Regierungen Figl, Raab und Klaus, kamen aus einfachen Verhältnissen. Der Beruf der Väter veranschaulicht das Milieu, in dem die ersten Innenminister aufwuchsen: Jagdhilfe im Dienst bei Adelligen (Helmer), Tischler (Afritsch), Installateur und Berufssoldat (Olah), Metallarbeiter, Müllabfuhr (Czettel). Die späteren Innenminister haben eine Berufsausbildung durch eine Lehre (Buchdrucker, Gärtner, Klaviermacher, Schlosser) und haben nicht maturiert. Bei den InnenministerInnen danach handelt es sich meist um eine Herkunftsfamilie mit bürgerlichem Hintergrund, Lanc war eine Ausnahme, seine Eltern kamen aus verarmten kleinbürgerlichen Verhältnissen. Der soziale Aufstieg durch eine politische Karriere bei den Innenministern bis Czettel war trotz ungünstiger Bedingungen der Herkunftsfamilie, die über geringes ökonomisches, soziales und kulturelles Kapital verfügte, durch parteipolitische Netzwerke möglich.

Bei den InnenministerInnen insgesamt fällt eine regionale Ungleichgewichtung auf: Von den 14 InnenministerInnen sind von den elf in Bundeshauptstädten geborene und bis auf Olah dort aufgewachsenen Personen acht aus Wien, während nur drei aus dem ländlichen Bereich (Helmer, Hetzenauer, Strasser) kommen. Es werden also nicht nur soziale sondern auch räumlichen Distanzen wirksam.

Neun InnenministerInnen haben maturiert, sechs haben einen Lehrberuf erlernt. Hetzenauer, aus einer Tiroler Eisenbahnerfamilie, nach einer Lehre als Schlosser mit Externistenmatura, leitete 1966 einen Trendwende ein, seither haben alle InnenministerInnen Matura und damit Zugang zum Studium. Daraus lässt sich ableiten, dass die Herkunftsfamilien der Innenminis-

ter seit den späten 60er Jahren kulturelles Kapital akkumuliert hatten und dieses ihren Söhnen in Form eines Zugangs zum Studium weitergaben.

Acht der InnenministerInnen haben studiert, davon haben sechs ihr Studium beendet, die StudienabbrecherInnen waren Blecha (Psychologie, Ethnologie und Soziologie) und Prokop (Biologie und Sport). Der erste Jurist als Innenminister war Hetzenauer, mit Löschnak (ab Regierung Vranitzky) begann die Ära jener Innenminister, die Juristen waren. Der akademische Titel der InnenministerInnen beruht immer auf einem Jus-Studium, das bis auf zwei Ausnahmen (Strasser: Salzburg, Hetzenauer: Tirol) in Wien abgeschlossen wurde. Hier zeigt sich die Verflechtung des institutionalisierten Kulturkapitals in Form des Studiennabschlusses mit dem Vorteil, nicht in der Peripherie sozialisiert worden zu sein.

Bei der Promotion zum Dr.jur. war die Hälfte zwischen 23 und 25 Jahre alt (Löschnak, Eitem, Strasser). Somit kann ein Trend in Richtung raschen Studienabschlusses festgestellt werden, der auf eine schulische Normbiographie und damit wie bereits aufgezeigt, auf akkumuliertes kulturelles und soziales Kapital der Herkunftsfamilie rückschließen lässt. Es ist anzunehmen, dass soziales Kapital der Familie weitergegeben wurde und von den Söhnen profitabel genutzt wurde.

2.3 Parteipolitische Netzwerke und politische Aufgaben

Die ersten drei Innenminister hatten sehr früh Zugang zu sozialistischen Ideen, Afritsch bekam durch seinen Vater, Redakteur des "Arbeiterwillen" und Gründer der „Kinderfreunde“, eine sozialistische Orientierung, Helmer und Olah engagierten sich in sozialistischen Jugendbewegungen. Diese Netzwerke ermöglichten Helmer Sekretär des Wahlkreises Wiener Neustadt zu werden, Olah wurde 19-jährig politischer Vertrauensmann der SP Hernals. Die Jugendorganisationen waren damit ein erster Schritt zu weiteren parteipolitischen Aufgaben. Rösch, Lanc und Blecha waren ebenfalls in Jugendbewegungen aktiv. Blechas Karriere begann 1952 als Verbandsobmann der Sozialistischen Mittelschüler (VSM), 1954 Verbandsobmann der Sozialistischen Studenten Österreichs (VSStÖ) und später Bundesvorsitzender der Jungen Generation in der SPÖ. 1955 bis 1959 war er Stellvertretender Vorsitzender der Österreichischen Hochschülerschaft an der Universität Wien.

Blecha ist ein gutes Beispiel für einen langjährigen Aufstieg in der Partei, eine „politische Karriere“ wie bei Herzog beschrieben.

In SP-nahen Firmen und in der ArbeitnehmerInnenvertretung sind viele der zukünftigen Innenminister zu finden: Von den ersten vier Innenministern sind drei bei solchen Unternehmen beschäftigt: Helmer, der 1935 bis 45 bei der Versicherung Generali im Vorstand für NÖ ist, Olah, seit 1955 Vize- und 1959 bis 1963 Präsident des ÖGB, Czettel der vom Betriebsrat in einer Maschinenfabrik bis zum Obmann des Zentralbetriebsrates 1961 aufsteigt. Der erste ÖVP Innenminister Hetzenauer war 1935-1938 Sekretär der Christlichen Gewerkschaften in Tirol, 1945 war er an der Gründung des ÖAAB beteiligt.

Auch in der nächsten Ära von SP Innenministern sind diese Verbindungen zu erkennen: Blecha arbeitet während seines Studiums als Werbeleiter des Verlagskonzerns des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Einem ist 1980-1991 Angestellter der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.

Diese Verknüpfungen zeigen die anhaltende Bedeutung parteipolitischer Netzwerke und gewerkschaftlicher Strukturen bei der Rekrutierung neuer politischer Eliten in SPÖ Kreisen.

Von allen InnenministerInnen waren sechs in der Landesregierung aktiv, je zur Hälfte in Wien (Afritsch, Czettel, Lanc) und Niederösterreich (Helmer, Rösch, Prokop). Helmer wurde 1919 mit 24 Jahren jüngstes Mitglied im niederösterreichischen Landtag, Afritsch war ab 1945 Wiener Gemeinderat und Stadtrat für allgemeine Verwaltung, Czettel 1955 – 1966 im Wiener Gemeinderat, Lanc 1960-66 Abgeordneter zum Wiener Landtag und Mitglied des Wiener Gemeinderats, Rösch war 1959-66 Abgeordneter zum Niederösterreichischen Landtag und 1966-70 Mitglied der Niederösterreichischen Landesregierung, auch Prokop hatte diese beiden Positionen davor inne (NÖ Landtag 1969–1981, NÖ Landesregierung 1981–1992), danach war sie Landeshauptmann-Stellvertreterin von Niederösterreich bis sie als Innenministerin nominiert wurde.

Verantwortung für Bundespolitik als Abgeordnete zum Nationalrat übernahmen sieben spätere Innenminister (Afritsch, Olah, Czettel, Hetzenauer, Soronic, Lanc, Löschnak).

Bundesminister waren vor ihrer Position als Innenminister Lanc (1973-77 Bundesminister für Verkehr) und Löschnak (1985-87 Bundesminister ohne Portfeuille im Bundeskanzleramt, 1987-89 Bundesminister für Gesundheit und öffentlichen Dienst).

Die Position als Staatssekretär hatten ebenfalls sieben Innenminister inne, davon war nur Helmer beim damaligen Staatsamt für Inneres Staatssekretär, die anderen sechs waren in anderen

Ministerien: Hetzenauer im Bundesministerium für Justiz, Soronic im Bundesministerium für soziale Verwaltung, nachdem er 3 Jahre im Innenministerium als Staatssekretär tätig war, Rösch im Bundesministerium für Landesverteidigung. Die aufeinander folgenden Innenminister der Jahre 1998 bis 2000, Löschnak, Einem und Schlögl waren alle vor einem Ministerposten Staatssekretär im Bundeskanzleramt, letzterer allerdings nur 1-2 Jahre, während Löschnak diese Position acht Jahre inne hatte. Diese Position scheint in das letzte Jahrzehnt der großen Koalition eine gute Vorbereitung oder Voraussetzung für den Posten als Innenminister gewesen zu sein.

Bei den InnenministerInnen dominieren Mischformen zwischen Standard- und politischer Karriere. Erst seit der Regierung Sinowatz sind fast ausschließlich politische Karrieren zu beobachten. Propkop kann als Übergang zwischen Cross-over und politischer Karriere gesehen werden. Der Trend geht daher bis auf diese Ausnahme zu politischer Karriere.

3. Rekrutierung der AußenministerInnen

Nach 1945 wurden die auswärtigen Angelegenheiten vom Bundeskanzleramt wahrgenommen, 1959 wurde ein eigenes Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten errichtet (Traxl o.J.).

Von den AußenministerInnen der zweiten Republik gehörten acht der ÖVP, vier der SPÖ an, drei waren parteilos. Bis 1970 gehörten bis auf Kreisky unter der Regierung Klaus alle Außenminister der ÖVP an, darauf folgt die Phase der parteilosen Minister bis 1983. Die folgenden vier Jahre unter der Regierung Sinowatz und Vranitzky bekleideten drei SP Angehörige den Posten des Außenministers. Mit Mock beginnt 1987 die bis heute aufrechte Tradition der ÖVP AußenministerInnen.

Das Außenministerium unterscheidet sich von anderen Ministerien durch seinen Aufbau: Zusätzlich zu den einzelnen Sektionen gibt es ein „Generalsekretariat“, aber auch durch die Rekrutierung seiner Mitglieder, die ein „examen préalable“, einer Art concours, ein Modell aus dem französischen Raum, zur Aufnahme in den auswärtigen Dienst bestehen müssen (Liegj; Müller 1999: 98).

3.1 Geschlecht / Alter

Die Rolle der AußenministerInnen nahmen bis 2000 ausschließlich Männer ein, die beiden Außenministerinnen in der Regierung Schüssel sind Ferrero-Waldner bis 2004 und Plassnik.

Das Alter beim Eintritt in das Amt der/des AußenministerInnen beträgt durchschnittlich 51,4 Jahre. Der erste Außenminister der 2. Republik war mit 36 Jahren auch der jüngste. Sonst sind alle MinisterInnen bei Amtseintritt rund 50 Jahre alt, den Durchschnitt hebt nur Bielka, der erst mit 68 Jahren Außenminister wurde.

3.2. Herkunft / Ausbildung

Die ersten drei Außenminister waren bürgerlicher Herkunft (Figl: alteingesessene Bauernfamilie; Kreisky: Großvater Industrieller, Vater Generaldirektor der Österreichischen Wollindustrie und Zensor der Österreichischen Nationalbank, Toncic-Sorinj: Diplomatenfamilie in der 3. Generation) Dies ändert sich erst mit Waldheim, der in bescheidenen katholischen Verhältnissen und Kirschschräger, der unter ungünstigen Bedingungen als Waise aufwuchs. Über die beiden folgenden parteilosen Minister Bielka und Pahr sind wenig Daten zu finden, daher kann über ihren familiären Hintergrund nichts genaues gesagt werden. Da sie jedoch beide ein Jus Studium abschliessen konnten und sehr bald Karriere machten, kann von günstigen Bedingungen ausgegangen werden.

Seit Lanc (1983) sind Personen mit (klein-)bürgerlichem Hintergrund Außenminister (Lanc: Vater: Zuschneider, Mutter: Schneiderin; Gratz: Vater Bankbeamter; Jankowitsch; Mocks Ziehvater: Molkerei und Fuhrwerksunternehmen) Eine Wende zeichnet sich mit Schüssel ab (Vater Journalist, Mutter Handarbeitslehrerin), Ferrero-Waldner kommt aus gutbürgerlichen Verhältnissen, ihr Vater ist Dentist in Salzburg, Plassnik stammt aus einer sozialdemokratisch geprägten Lehrerfamilie.

Die 15 AußenministerInnen sind bis auf vier Ausnahmen (Figl, Waldheim, Kirschschräger, Mock) in einer Bundeshauptstadt geboren (Gratz in Innsbruck, Ferrero-Waldner in Salzburg und Plassnik in Klagenfurt und die verbleibenden acht in Wien). Einige der Außenminister wuchsen in sehr katholischem familiärem Umfeld auf, dafür sind Figl, Waldheim, Mock und Schüssel bekannt, also bis auf einen jene PolitikerInnen, die im ländlichen Bereich geboren wurden und aufwuchsen.

Alle Außenminister bis auf Gruber haben Matura. Davon haben dreizehn studiert, bis auf eine Ausnahme (Figl schloss sein Studium der Agrarwissenschaften 25-jährig ab) entschieden sie sich in ihrer Studienwahl für Jus. Die letzten AußenministerInnen beginnend mit Kreisky (1959) waren bis auf Lanc durchgehend JuristInnen.

Auch hier zeigt sich die Bedeutung des sozialen und kulturellen Kapitals der Herkunftsfamilie, das durch einen akademischen Titel in Form des in diesem Umfeld als hochwertig angesehenen Studiums, Jus, zu institutionalisiertem Kulturkapital wird, das Voraussetzung für das Amt als Außenminister zu sein scheint.

Die Studiendauer nimmt zunehmend ab: Während die ersten Außenminister ihr Studium in etwa zwischen dem 25. und 27. Lebensjahr beendeten, sind die letzten vier AußenministerInnen viel früher damit fertig: Mock und Schüssel schlossen es mit 23 Jahren ab, die Außenministerinnen Ferrero-Waldner und Plassnik studierten in der Mindeststudiendauer und waren daher 22 Jahre alt, der Druck hinsichtlich einer kurzen Studiendauer steigt. Es ist daher ein klarer Trend zu bürgerlicher Herkunft und sehr früh abgeschlossenen Jusstudiums zu erkennen.

Die Transformation von 1945 bis heute zeigt deutlich auf, dass der Aufstieg über parteipolitische Netzwerke in jüngster Zeit nicht mehr vorkommt und die Möglichkeiten ohne akademischer Ausbildung auf eine Karriere als Regierungsmitglied in Form eines Ministerpostens nicht mehr so gegeben sind wie bei den ersten Ministern.

Weiters sind vor allem in den letzten Jahren Zusatzqualifikationen internationalen Eliteuniversitäten gefragt: Mock studierte an der John Hopkins University in Bologna, Plassnik war Post-Graduate-Studentin am Collège d'Europe in Brügge.

Sieben AußenministerInnen haben Erfahrung in internationalen Organisationen und im diplomatischen Dienst im Ausland gesammelt. Ein Drittel der AußenministerInnen hat davor bereits für das Außenministerium gearbeitet (Da die Funktion innerhalb der Institution des Außenministeriums im Vordergrund steht, findet sich eine detaillierte Auflistung im nächsten Kapitel).

Fünf der AußenministerInnen waren bereits auf Bundesebene in Politik eingebunden, darunter finden sich drei Minister und nur zwei Staatssekretäre (Figl und Kreisky). Einen Ministerposten füllten davor folgende Personen aus: Lanc war 1973-77 Bundesminister für Verkehr und

1977-83 Innenminister, Mock war 1969-70 Bundesminister für Unterricht bis Gratz, der 1970-71 Bundesminister für Unterricht und Kunst war.

Figl war Staatssekretär der Provisorischen Regierung Renner, Kreisky war 1953 bis 1959 Staatssekretär im Außenministerium.

3.3 Parteipolitische Netzwerke und politische Aufgaben

Viele der AußenministerInnen hatten davor bereits für das Außenministerium gearbeitet: Kreisky 1953 – 1959 als Staatssekretär im Außenministerium, Waldheim als Sekretär von Außenminister Karl Gruber und 1951-1955 Leiter der Personabteilung, 1960 Leitung der Westabteilung der politischen Sektion des BMA und ab 1962 politischer Direktor des Außenressorts, Kirchschräger ab 1954 als Rechtsexperte im Außenministerium und ab 1963 Kabinettschef des Außenministers, Mock 1962-1966 Beamter und Gesandter des Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Jankowitsch war seit 1958 im Außenministerium beschäftigt und auch Plassnik war ab 1981 in verschiedener Funktion für das Außenministerium tätig. Bei der Besetzung der Leitung des Außenministeriums wird anscheinend Wert darauf gelegt, bereits Erfahrung in diesem Ministerium in anderen Aufgabenbereichen gesammelt und sich dabei bewährt zu haben.

Von 1970 bis 1983 waren drei parteilose Außenminister an der Macht. Bis 1987 gab es neun parteilose Minister, diese hatten unter anderem die Aufgabe, „eine parteipolitisch gewissermaßen „staatspolitische Linie“ (zu) signalisieren, insbesondere in der Außenpolitik“ (Müller/Philipp/Steininger 1988: 151) Auch Stimmer beschreibt sie als überparteilich verstandene Ressorts mit aus Gründen der politischen Repräsentation betont atypischer Sozialisation (Stimmer 1997: 1046). Sie konnten keine parteipolitischen Netzwerke aus ihrer Kindheit oder dem Studierendendasein für ihren Aufstieg nutzen.

Bis auf Gratz waren alle SP Außenminister in Jugendorganisationen aktiv: Kreisky war in seinem 15. Lebensjahr, also ab 1926 in der Sozialistischen Arbeiterjugend, Lanc seit seinem 16. Lebensjahr ab 1946 aktiv, Jankowitsch wurde 18-jährig im Jahr 1951 für sechs Jahre Funktionär und Vorsitzender des VSStÖ. Die politische Sozialisation erfolgte bei den SP AußenministerInnen sehr früh.

Doch auch die ÖVP-Minister waren bereits in jungen Jahren politisch engagiert: Zwei AußenministerInnen waren bei der Gründung von Gruppen des konservativen Mittelschülerkartell-

verbands (MKV) aktiv: Figl gründete als Gymnasiast die MKV-Verbindung Nibelungia St. Pölten, Waldheim beteiligte sich im Stiftsgymnasium in Klosterneuburg beim MKV und wurde "Gründungsfuchs" der „Katholischen Studentenverbindung Comagena Tulln“.

Die Mitgliedschaft in Studentenverbindungen hatten bei den Außenministern ebenfalls Bedeutung: Gruber war im CV Austria, Figl trat während des Studiums dem K.A.V. Norica Wien bei, Waldheim ist seit 1992 Ehrenmitglied der K.H.V. Welfia Klosterneuburg, beide sind heute im ÖCV vertreten. Auch Mock ist Mitglied bei Norica (Hartmann 2006). Die einzigen CV Staatssekretäre des Außenministeriums gab es mit Ludwig Steiner 1961 – 64 und Bobleter Carl 1964-68. Dies ist nicht überraschend, waren doch Gorbach als auch Klaus Mitglied beim CV, allerdings waren Kreisky und Toncic-Sorinj in dieser Zeitspanne Außenminister, ohne solche Verbindungen zu pflegen. Schüssel kommt aus der "Arbeitsgemeinschaft katholischer Verbände", deren Gegnerschaft zum CV auch von der gebotenen christlichen Liebe nicht ganz zugedeckt wird.

Bei den AußenministerInnen sind viele Standard- und wenige Cross-over Karrieren festzustellen. Ihr Arbeitsbereich liegt, wie bereits aufgezeigt, hauptsächlich im administrativen Bereich und hier hauptsächlich im Außenministeriums selbst.

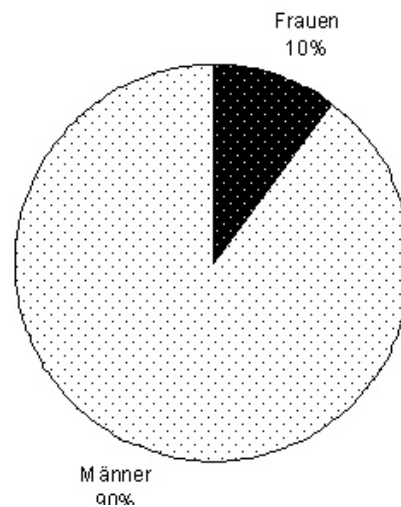
4. Zusammenführung der Ergebnisse

Die bisherigen empirischen Befunde zu den Innen- und AußenministerInnen werden nun zusammengeführt und miteinander sowie mit anderen Arbeiten verglichen, die sich auf die Karrieren der Regierungsmitglieder in Österreich (Müller/Philip/Steininger 1988, Stimmer 1997) beziehen.

Wolfgang Müller, Wilfried Philip und Barbara Steininger analysierten in ihrer Untersuchung zur Sozialstruktur und Karrieren von österreichischen Regierungsmitgliedern 1945 bis 1987, dass etwa 50-jährige Männer mit höherer Bildung traditionell die besten Chancen auf einen Job im Kabinett haben.

Diese drei Ergebnisse hinsichtlich des Alter bei Amtseintritt, Geschlecht und Bildung können großteils für die Recherche der Karrieren von Innen- und AußenministerInnen bestätigt werden:

- Von allen 29 Innen- und AußenministerInnen waren drei Personen Frauen, diese ÖVP-Ministerinnen hatten dieses Amt erst in jüngster Zeit inne. Es bleibt skeptisch abzuwarten, ob sich dies zu einer Trendwende entwickeln wird. Im internationalen Vergleich jedoch kann Österreich auf einen überdurchschnittlichen Frauenanteil in der Regierung vorweisen (Bondel 1985: 30ff). Zwischen 1945 und 1987 betrug der Anteil der Frauen an MinisterInnen sechs Prozent, von 1966 bis 1987 neun Prozent, wobei Frauen wesentlich öfter in StaatssekretärInnen- als in MinisterInnenposten berufen wurden (Müller/Philipp/Steininger 1988: 145).

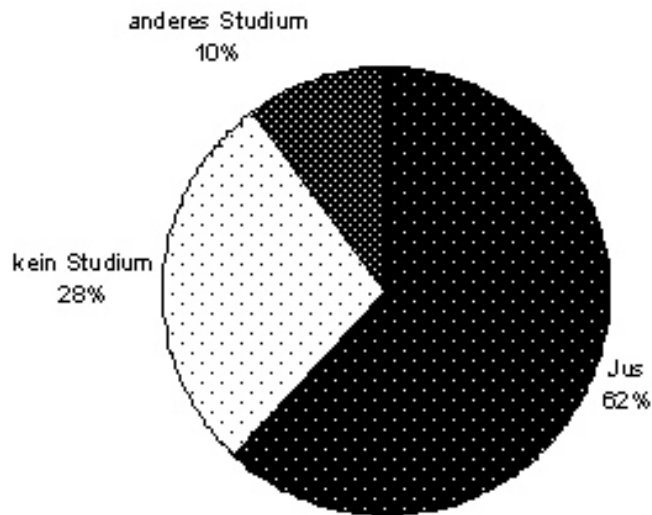


Grafik 1:

Geschlechteraufteilung aller Innen- und AußenministerInnen Österreichs seit 1945

- Das Alter beim Eintritt in den Job mit 50,7 Jahren als Innen- und 51,4 Jahren als Außenminister zeigt die Übereinstimmung dieser Personengruppe mit jenen Ergebnissen der Studie auf.

- Sowohl die Innen- als auch AußenministerInnen weisen einen hohen Bildungsstand auf, fast alle haben ein (Jus-) Studium abgeschlossen. Bei den Innenministern fanden sich insgesamt weniger JuristInnen als bei den AußenministerInnen, dies ist auf die ersten Innenminister ohne Studienabschluß zurückzuführen. Die durchgehende Linie an JuristInnen in der Leitung der Ministerien begann im Außenministerium 1959 (Ausnahme Lanc) und im Innenministerium erst 1986.

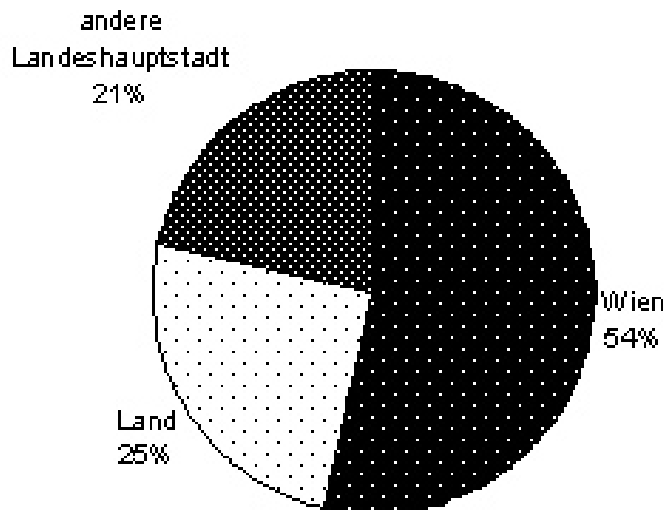


Grafik 2:

Studienabschluss aller Innen- und AußenministerInnen Österreichs seit 1945

Bei weiterer Analyse der Lebensläufe fallen drei zusätzliche Kriterien ins Auge:

- Auffallend ist die geografische Differenzierung bei der Herkunft sowohl der Innen- als auch der AußenministerInnen: Mehr als die Hälfte der Innen- und AußenministerInnen wurden in Wien geboren, fast zwei Drittel in Bundeshauptstädten. Die Herkunft aus einem ländlichen Gebiet scheint daher stark zu benachteiligen.



Grafik 3:

Stadt/Land Verteilung des Herkunftsortes aller Innen- und AußenministerInnen

- Bürgerlicher Hintergrund begünstigt die Chancen auf eine Karriere, die zu einem MinisterInnenamt führt. Während beispielsweise die ersten Innenministerinnen noch aus Arbeiterfamilien kamen, ist ein Trend in Richtung bürgerlicher Herkunft festzustellen, der den Zugang zu höherer Bildung erleichtert.

- Ausnahmslos alle Innen- und AußenministerInnen sind in Österreich geboren, verfügen über die österreichische Staatsangehörigkeit und sind weiße MehrheitsösterreicherInnen. Die Tatsache, dass Ressourcen, die aufgrund Migrationshintergrunds oder Minderheitenzugehörigkeit (Ausnahme Kreisky) zur Verfügung stünden, nicht genutzt werden, ist gerade hinsichtlich der Aufgabenbereiche im Außenministerium verwunderlich. Da MigrantInnen und andere Minderheiten von parteipolitischen Aufgaben ausgeschlossen scheinen, kann von einem rassistisch motivierten Exklusionsmechanismus gesprochen werden.

5. Netzwerke, Karrieremuster und Rekrutierung in die Regierung

Als wichtige Netzwerke für die Zugehörigkeit zur künftigen politischen Elite gelten SchülerInnen- und Studentenverbindungen. Dabei stehen sich im Bereich der SchülerInnen die Aktion Kritischer SchülerInnen und der Mittelschüler-Kartell-Verband (MKV) gegenüber, für Studierende bietet sich die Auswahl zwischen dem VSStÖ (Verband Sozialistischer StudentInnen) und dem katholische Cartellverband (CV) mit seinen verschiedenen Organisationen, die sich aus deutschnational gesinnten schlagenden Burschenschaf tern, aber auch gemässigten Gruppen zusammensetzen. In diesem Kapitel werden nur beispielhaft einige dieser Netzwerke aufgezeigt, vor allem aus dem Rekrutierungspotential der ÖVP, da der Beitrag von Sonja Kruspel schon ausführlich die SP-nahen Vereinigungen dargestellt hat. Einen weiteren Schwerpunkt bilden die Rekrutierungsmuster innerhalb der Partei und der ihnen nahestehenden Institutionen, innerhalb der Bürokratie und Verwaltung, durch Aufgaben in der Landespolitik und im Nationalrat, sowie technokratische Eliterekrutierung als ExpertInnen.

5.1. Schulen und Schülerverbindungen

Warnfried Dettling beschreibt den Mechanismus „Aufstieg durch Anpassung“ und betont die zunehmende Notwendigkeit eines sehr frühen Beginns einer politischen Karriere. Er führt zwei Ursachen für diese Entwicklung an: Die Jugendorganisationen, in denen Nachwuchs-politikerInnen lernen, die für Politik notwendigen Rituale zu beherrschen und „sie als Vehikel für ihre eigene Karriere zu benützen“ (Dettling 1992: 471) andererseits die Akzeleration der Kindheits- und Jugendphase, die es auf schnellen Erfolg abgesehen hat.

Die Sozialisationsforschung hat bewiesen, dass grundlegende politische Einstellungen und Verhaltensweisen von Erwachsenen bereits in der Kindheits- und Jugendphase (vor-)geprägt werden (Herzog 1975: 37). Politische Sozialisation findet jedoch nicht mit dem Ende der Jugendphase seinen Abschluß, sondern setzt sich im Erwachsenenalter fort (Herzog 1975: 38).

Stimmer weist bezüglich der sozialistischen Parlamentarier nach 1945 darauf hin, dass Teil ihres Ideologieprofils sei, wesentlich höhere und kontinuierlichere Rekrutierung aus sozialistischen Kinder- Jugend- und Studentenorganisationen vorweisen zu können (Stimmer 1997: 1036).

Schulen

Die Nationalpolitische Lehranstalt (Napola) war ab 1939 auch in Österreich NS-Eliteschule, die von Rösch und Blecha besucht wurde. Der jüngere Elitenachwuchs rekrutiert sich zu einem beträchtlichen Teil aus den Absolventen traditioneller Schulen wie dem katholisch geprägten Schottengymnasium und dem Kollegium Kalksburg, aber auch weltlichen Einrichtungen wie dem Akademischen Gymnasium, dem Theresianum und dem Lycée Français in Wien sowie einigen oft konfessionell geführter Schulen in den Bundesländern. Dass sich auch zwischen den Eltern der hoffnungsvollen Sprösslinge nutzbare Kontakte ergeben, ist ein nicht unerwünschter Nebeneffekt (Seifert 1998).

Beispiel Schottengymnasium

Das 1807 gegründete Schottengymnasium der Benediktiner in Wien ist eine katholische Privatschule, die erst ab dem Schuljahr 2004/05 auch für Mädchen offen ist. In einer Selbstdarstellung der Schotten aus 1962 heisst es: „Viele von ihnen sind im späteren Leben weit vorangekommen, wir treffen sie auf den hohen Warten der Wissenschaft, Kunst, Poesie, der kirchlichen Hierarchie und staatlichen Bürokratie.“ (Berger 1962: 25) Die Absolventen verstehen sich als „Söhne der großen Schottenfamilie“ (Berger 1962: 25).

Heute wird als Aufnahmebedingung neben einem sehr guten Volksschulzeugnis ein Schulgeld von 130 Euro sowie die „Mitarbeit an den Erziehungszielen der katholischen Privatschule“ gefordert (www.schottengym.at/about/allgemein/angebot.htm).

Der bekannteste Absolvent des Schottengymnasiums ist Dr. Schüssel, weiters werden auf der Website des Schottengymnasiums als prominente Schüler drei Minister (davon zwei SPÖ Politiker) und zwei ÖVP Bezirksvorsteher und andere einflussreiche politische Persönlichkeiten genannt (www.schottengym.at/archiv/schueler.htm). Unter den Politikern, die Schüler der Schotten waren, finden sich auffällig viele Parteianghörige der ÖVP (Seifert 1998: 179).

Beispiel MKV

Der MKV ist seit über 70 Jahren eine Gemeinschaft von 160 Verbindungen mit 20.000 Schülern und Absolventen, und orientiert sich an denselben Vorstellungen wie der CV. Der MKV lehnt jede parteipolitische Zuordnung ab, Peel (1991) weist jedoch auf die Bedeutung und die wichtige Aufgabe nicht nur bei der Ausbildung eines religiös-sozialen Denkens hin, der MKV „fordert seine Mitglieder zu politischer Aktivität auf“ und will politisches (ideologisch gefärbtes) Grundwissen vermitteln (Peel 1991: 25). Am Beispiel der Außenminister Mock und

Waldheim wurde bereits gezeigt, dass sich das Engagement im MKV bezahlt macht.

5.2. Studentenverbindungen

Die von Müller/Philipp/Steininger untersuchten Regierungsmitglieder zwischen 1945 und 1987 zeigen den Unterschied in der höchsten abgeschlossenen Ausbildung auf: Die Regierungsmitglieder der bürgerlichen Parteien haben im wesentlich größeren Ausmaß eine Hochschule abgeschlossen (72%), während nur etwa die Hälfte (51%) der SPÖ Kabinettsmitglieder über akademische Bildung verfügte (Müller/Philipp/Steininger 1988: 147). Ihnen sind dadurch weder die Netzwerke der Studierenden noch jene der AkademikerInnen zugänglich.

Beispiel ÖCV

Der österreichische Cartellverband (ÖCV) galt lange Zeit als geheimnisvoller Männerbund. Hartmann weist in seiner umfangreichen Studie über die Geschichte des (Ö)CV auf die enge Verknüpfung mit der Ständestaatsregierung hin: Der ÖCV sei zweifellos die Funktionselite im Ständestaat gewesen. 1938-45 seien dann "30 bis 40 Prozent" aller ÖCVer "in irgendeiner Form negativ" mit dem NS-Regime in Berührung gekommen. Nach 1945 sei dann allerdings der ÖVP aus den Reihen der ÖCVer eine "unbelastete Elite" zur Verfügung gestanden. Dies sei ein Startvorteil gegenüber den Sozialisten gewesen, bei denen die Zahl der "Belasteten" relativ größer gewesen sei. Ein Grund war, dass deren frühere Elite - größtenteils Juden - der NS-Vertreibungs- und Vernichtungspolitik zum Opfer gefallen war (Hartmann 2006).

Bei ihrer Gründung 1945 versuchte die ÖVP mit der Tradition des christlich-sozialen Lagers, Träger des klerikal-faschistischen Ständestaates der Zwischenkriegszeit, zu brechen. Im Versuch, eine bürgerliche Sammelpartei aufzubauen löste sich die Partei aber nicht vom katholischen Erbe. Ihre Gründung fand unter wohlwollenden Augen der Geistlichkeit im Wiener Schottenstift statt, die Führungselite stammte aus den christlich-sozialen Kadern der Dreißigerjahre. Bis in die frühen Sechziger rief der Klerus in Hirtenbriefen und Predigten mehr oder weniger deutlich dazu auf, ÖVP zu wählen (Weissensteiner 2003).

Mitglieder des Verbandes kamen bis in die 70er Jahre in Schlüsselpositionen in Politik und Verwaltung, Hartmann spricht von einer bis in die frühen 70er Jahren charakteristische Klammer „CV-Regierung-Hochbürokratie-ÖVP“ (Hartmann 1977: 72 zit. nach Scheiber 1992: 48). Dies ist vor allem in der Parteileitung deutlich: „Alle Bundeskanzler, alle Bundesparteiob-

männer und alle Generalsekretäre der ÖVP kamen bis 1970 aus dem CV.“ (Pelinka: 1971: 292 zit. nach Scheiber 1992: 39).

Der CV verlor ab 1979 seine Bedeutung als „unbestrittenes Elite-Nachwuchsreservoir“ für die ÖVP (Hartmann 1994: 204). Daher wurde 1971 eine Trendwende eingeleitet, durch die Gründung der Bildungsakademie. „Die Zugehörigkeit zum CV garantierte zwar nicht die politische Karriere, erleichtert aber den Zugang zur politischen Elite und ersetzt oft die Parteimitgliedschaft“ (Scheiber 1992: 39).

Im Außenamt gewannen interessanterweise die CVer erst ab der SPÖ-Alleinregierung an Bedeutung. Von 1972 bis 1976 waren zwei von sechs Sektionschefs CVer, ab 1987 (der Außenminister ist Cartellbruder) stieg der Anteil der Angehörigen des CV wieder deutlich an (Seifert 1998: 19).

Der ÖCV hat seine Bedeutung im Verhältnis zur Vergangenheit verloren: 13.000 Mitglieder zählt der ÖCV, 46 Verbindungen gibt es. Die Zeiten waren für den ÖCV schon besser: Bis zur Ära Busek kamen alle ÖVP-Bundespartei Chiefs aus dem CV, Mock war der letzte. Die Zahl der ÖVP-Minister mit dem Couleurband war hoch, die Etagen der Sektionschefs in den Ministerien ein fester Hort für den CV. Heute gibt es noch gezählte sechs an der Spitze der Beamten-Hierarchie. Nur bis in die Nachkriegszeit war es mehr oder weniger üblich, als höherer Staatsdiener dem CV anzugehören (Presse, 18.05.2006). Im Kabinett Schüssel II finden sich überhaupt nur noch zwei CVer, und das sind Mauerblümchen: Die Staatssekretäre Kukacka und Finz (Seifert 1998).

Scheiber, die die obersten 5 % der Ministerialbürokratie, also die SektionsleiterInnen auf die Mitgliedschaft im CV von 1949 bis 1989 untersuchte, kam zum Ergebnis, dass innerhalb des Außenministeriums 18,6% dem CV angehörten, während es beim BMI nur 13% waren, konkret drei Personen. Das Innenministerium weist von den Ministerien die geringste Gesamtanzahl von CV Sektionschefs auf (Scheiber 1992: 113).

5.3. Parteiinterne und -nahe Karrieren

Liegt die Rekrutierungsfunktion der ÖVP wesentlich bei ihren Bündnen, selektiert die SPÖ ihre VertreterInnen vornehmlich aus der Partei und parteinahen Organisationen sowie aus Gewerkschaften. Die parteiinternen Selektionsmechanismen der Vorauswahl der KandidatInnen entscheiden, „wer ein sicheres Mandat, ein Kampfmandat oder auch nur ein

Zählmandat auf den Kandidatenlisten“ (Steininger 1999: 100) erhält. Die Parteien erfüllen bezüglich der Positionierung der KandidatInnen die Funktion als gate-keepers, stellt Steininger fest. „Die Rekrutierung von Kandidatinnen und Kandidaten für die verschiedensten Positionen in der Politik ist eine der wichtigsten Funktionen der Parteien“ (ebd.).

Bei den Innen- und AußenministerInnen führte der Weg in die Regierung in insgesamt zehn Fällen, also zu fast einem Drittel über die Landespolitik. Dies wird durch Stimmers Analyse bestätigt: Partei- und Gewerkschaftskarrieren dominieren mit 83% der SP-Kabinettsangehörigen zwischen 1945 und 1971. Die Quote der GewerkschafterInnen steigt in den Kabinetten ab Raab III und insbesondere im Kabinett Kreisky I war sie mit 41% besonders hoch (Stimmer 1997: 1036).

Diese Rekrutierungsmuster können auch bei SP-Innenministern festgestellt werden: Der Anteil, der Minister, die beruflich in Gewerkschaften und anderen parteinahen Institutionen aktiv waren, ist ausgesprochen hoch.

5.4. Karriere in Bürokratie und Verwaltung

Für Deutschland zeigt Herzog auf, dass die Personalrekrutierung und –qualifizierung in den Spitzen der Bereiche Politik und Bürokratie näher aneinander gerückt sind. Er beschreibt, dass die Leitungsebene der Ministerialbürokratie politischer geworden sei. Problematisiert wird die Entwicklung von ihm jedoch hinsichtlich Gewaltenteilung und fehlender Machkontrolle (Herzog 1992: 141).

Eva Kreisky spricht von einem Juristenmonopol in der Verwaltung (Kreisky 1977), das offensichtlich auch in der Rekrutierung der Ministerposten von Bedeutung ist. Gemäß Bundesgesetzblatt 389/1973 sollen nur Beamten mit akademischen Abschluss Führungspositionen in der Verwaltung inne haben. Artikel 18, Absatz 1 BVF („Die gesamte staatliche Verwaltung darf nur auf Grund der Gesetze ausgeübt werden“) wurde lange als Begründung für die Tradition von Juristen herangezogen. Obwohl die Mehrheit von SpitzenbeamtInnen in österreichischen Ministerien weiterhin JuristInnen sind, kann von einer Trendwende gesprochen werden, die sich einerseits auf die Studienplanänderung und auf technischen Fortschritt und damit verbunden die Notwendigkeit von „Nicht-Juristen“ an der Verwaltungsspitze zurückführen lässt. Im Innenministerium sind alle Sektionsschefs Juristen (Mitterschiffthaler 2004: 47).

Während das Ausschreibungsgesetz 1989 einheitliche Regelungen für die Aufnahme in den Bundesdienst vorsieht (Ausschreibung aller offener Stellen im „Amtsblatt der Wiener Zeitung“), können Ausnahmen für das Ministerkabinett oder das Büro des Staatssekretärs eines Ministeriums gemacht werden (Mitterschiffthaler 2004: 36). Die Aufnahme in ein Ministerkabinett (wie bei den Außenministern als guter Einstieg ersichtlich) erfolgt nicht über das sonst im Ministerium übliche Ausschreibungsverfahren, sondern die MinisterInnen treffen die Wahl nach dem Kriterium der „persönlichen Nähe“ (Mitterschiffthaler 2004: 37).

Die Regierungsmitglieder der Kabinette Kreisky I und II (1970-1975) kamen beruflich fast ausschließlich aus dem öffentlichen Dienst, wohin sie durch die traditionellen Aufstiegsschienen in Partei, Gewerkschaft und Arbeiterkammer und zur Hälfte über parteiinterne Gruppen erfolgte (Stimmer 1997: 1045).

Die Untersuchung von Müller/Philipp/Steininger zeigt auf, dass ein spezifisches Fachwissen und administrative Kompetenz unter den Ministern stark ausgeprägt waren (Müller/Philipp/Steininger 1988: 163).

Auch die Innen- und AußenministerInnen verfügten über administrative Kompetenz, die sie entweder in ihren Erstberufen und/oder im Lauf ihrer politischen Karriere erwarben. Die für die Amtsausübung spezifischeren Ausbildungen weisen die AußenministerInnen auf, die außerdem zu einem großen Teil bereits im bzw. für das Außenministerium tätig waren.

5.5. Technokratische Elite

In den späten 60er Jahren entsteht ein grundsätzlicher Wechsel der Elitenrekrutierung im Sinn eines Trends zur „technokratischen Elite“ (Stimmer 1997:1041). Auch Demirovic beobachtet „Veränderung der Rekrutierungsmusters von Mitgliedern der politischen Elite (..), das seit den siebziger Jahren zunehmend von Professionalisierung, Karrierisierung und Routinisierung gekennzeichnet ist“ (Demirovic 1992: 442).

Bereits 1970 beschreibt Anton Pelinka neben den zwei traditionellen Rekrutierungsmustern der SPÖ, dem „Selektionsprinzip der Seniorität“ und der „Ersitzung bestimmter Karriere-schienen in Parteihierarchie und Gewerkschaft“, ein drittes in der Zweiten Republik ausgeformtes technokratisches Rekrutierungsmuster, das durch die Kriterien Sachkompetenz und

politischer Haltungsprägung direkten Aufstieg in die politischen Spitzenpositionen der Partei ermöglicht.

Stärker als in der SPÖ existiert bei der ÖVP das technokratische Aufstiegsmuster (Scheiber 1992: 39). Pelinka nennt als Beispiel Alois Mock, der ohne Parteimitgliedschaft in die Bundesregierung gerufen wurden. Ein ähnlichen Beispiel stellt die Wahl des Obmanns der ÖVP dar, für die Bernhard Görg als Parteiloser, wie Mock Mitglied im CV, aufgestellt wurde (Scheiber 1992: 39).

Stimmer stellt zur Rekrutierung der Mitglieder der Regierungsfraktion der ÖVP fest, dass die parteiexterne Karriere als Experte zwar seit 1945 ein konstantes Rekrutierungsmuster ist, es gewinnt jedoch erst im Kabinett Klaus signifikant an Bedeutung (Stimmer 1997: 1030).

5.6. Parlamentarische Karrieren

Mit der Regierung Raab II (1956) beginnt ein verstärkter Parlamentarismus, der unter der Regierung Kreisky I den höchsten Anteil erreichte (Müller/Philipp/Steininger 1988: 154). Bis 1987 wurden 50% der Minister wurden aus dem Parlament rekrutiert, nur in den ersten fünf Regierungen war der Anteil besonders gering (Müller/Philipp/Steininger 1988: 153). Diese Erkenntnis spiegelt sich vor allem bei den InnenministerInnen wieder: Sieben der 14 InnenministerInnen waren davor Abgeordnete zum Nationalrat, im Gegensatz dazu bekleideten lediglich vier von 15 AußenministerInnen diese Position. Seit 1995 war keiner der Innen- oder Außenminister vor diesem Amt als Abgeordneter im Parlament tätig. Die Rekrutierung über die parlamentarische Karriereschiene ist daher in jüngerer Zeit nicht mehr von Bedeutung.

5.7. Ergebnis

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Herkunft nicht unabhängig vom Zugang zu Bildungseinrichtungen und Netzwerken wie Eliteschulen und Studentenverbindungen zu sehen sind und daher nicht klar festgestellt werden kann, welche dieser Faktoren nun karrierebegünstigend wirken.

Während die SP ihre politische Elite hauptsächlich über Gewerkschaft und parteinahe Institutionen rekrutiert, erfolgt dies bei der ÖVP über ihre Bünde. Der CV hat seit den 70er Jahren an Bedeutung eingebüsst.

Die Innen- und AußenministerInnen erlangten einen Sitz in der Regierung zu fast einem Drittel über die Landespolitik, über das Parlament führte der Weg bei der Hälfte der InnenministerInnen, während es bei den AußenministerInnen nur ein Viertel war.

Viele der Innen- und AußenministerInnen sammelten vorher Erfahrung in Bürokratie und Verwaltung, wo ihre Ausbildung als Jurist ebenfalls sinnvoll einsetzbar war. Es herrscht jedoch in den letzten Jahren vermehrt ein Trend zu ExpertInnen, die technokratische Elite gewinnt an Bedeutung.

Exkurs

Innen- und AußenministerInnen im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus

Politische Akteure sind in einen institutionellen Kontext eingebunden, der in den historischen Bedingungen einer Gesellschaft gründet. Die Innen- und Außenminister spiegeln zu einem Teil den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit wider und zeigen auf, dass für die Rekrutierung bestimmter Personen ihre Rolle im und nach dem Nationalsozialismus von Bedeutung war. Die Nichtrekrutierung bezieht sich auf Angehörige geflohener Parteieliten. Österreich hatte nach 1945 kein Interesse, Exilierte zurückzuholen, so hatten sie nie eine Chance, als potentielle Kandidaten für das Amt als Innen- oder Außenminister zu fungieren.

In der Erinnerungskultur wird neben der Opferrolle Österreichs einerseits die „Legende der gemeinsamen Lagerstraße“ zelebriert, die unterschiedliche Lager in den KZs geeint hätte (Köchel 2005), andererseits ging es in der Nachkriegszeit und auch später darum, die Stimmen des Dritten Lagers zu gewinnen, was durch die „Integration Ehemaliger“ versucht wurde. Dieser Exkurs erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern resultiert aus dem Bedürfnis heraus, diesen historischen Aspekt anhand von Einzelbeispielen zu verdeutlichen.

Durch die Vertreibung und Ermordung ihrer jüdischen Funktionäre in der NS-Zeit hatte die SPÖ einen Verlust an intellektueller Elite erlitten. Dadurch war die SPÖ gegenüber der ÖVP benachteiligt, die dank ihrer katholischen Korporationen, allen voran des Cartellverbandes (CV), über eine beinahe intakte Elitenrekrutierung verfügte (Neugebauer/Schwarz 2005: 306).

Die Parteiführung der SPÖ unternahm so gut wie keine Bemühungen, die vertriebenen Parteifunktionäre zurückzuholen (Neugebauer/Schwarz 2005: 32). Ein Grund dafür war die Angst vor Konkurrenz innerhalb der Partei. Weiters hätten die als „Austromarxisten“ geltenden Emigranten eine Belastung der Regierungskoalition mit der ÖVP bedeutet (Neugebauer/Schwarz 2005: 33). Die Abneigung gegen Vertriebene betraf auch die anderen beiden Parteien: Seitens der VdU bzw. FPÖ nicht überraschend, da diese Parteien hauptsächlich die Interessen der ehemaligen Nationalsozialisten vertraten, aber auch ÖVP-Politiker, allen voran Bundeskanzler Figl, hatten Vorurteile (Neugebauer/Schwarz 2005: 32).

„Die neuen Machthaber der Zweiten Republik schlossen an die geistige Enge der Ersten Republik an: Niemand forderte die Emigranten auf, in die Heimat zurückzukehren“. Brandstaller bezeichnet dies als „den größten Sündenfall der Zweiten Republik“ (Brandstaller 2002: 103).

Helmer kann als Beispiel für die Verdrängung der jüngsten Geschichte und Rehabilitierung von Ehemaligen in der Nachkriegszeit gesehen werden. Der erste Innenminister aus dem pragmatisch-rechten Flügel der SPÖ wird als vom nationalsozialistischen Regime als „staatsbejahend im NS-Sinn“ rezipiert (Etzersdorfer 2001: 218). Sein Bestreben, ehemalige NationalsozialistInnen in die Gesellschaft zu integrieren, zeigte sich unter anderem in seinen Bemühungen, von Volksgerichten rechtskräftig Verurteilte vorzeitig zu begnadigen (Kuretsidis-Haider 2003: 2). Er stand in der Nachkriegsgesellschaft für die „Abwehr eines mitverschuldeten Genozids“ (Etzersdorfer 2001). Sympomatisch für den Geist dieser Zeit ist wohl seine Aussage zu Rosa Jochmann: „Roserl, hör endlich auf vom KZ zu reden, die Leute wollen das nicht mehr hören“ (Swoboda 1993: 37 zit. nach Etzersdorfer 2001: 219). Es zeigt sich, dass die ehemaligen NS-Aktivisten ihre Netzwerke nutzen konnten: Nach der Entlarvung Röschs durch die Briten ließ Helmer seine Akte verschwinden (Kreutz 2000).

Ganz anders als mit Helmer war hingegen anfangs das Image für die Partei mit der Nominierung Olahs zum Innenminister. Er war im Ständestaat in Widerstandsbewegungen (Revolutionäre Sozialisten 1934) aktiv gewesen und verhandelte mit der Regierung Schuschnigg über eine gemeinsame Abwehr der Nationalsozialisten. Er wurde mit dem „Prominententransport“ 1938 nach Dachau gebracht und durchgehend bis 1945 in den KZs Dachau Buchenwald und anderen Nebenlagern inhaftiert. „Das offizielle Bild Österreichs als Opfer nationalsozialistischer Aggression konnte durch Olahs Lebenslauf betont werden.“ (Lechner 2001:428) Trotzdem knüpfte er an die Politik seines Vorgängers und „väterlichen Ratgeber Helmer“ an, und unterstützte die Gründung des Verbands der Unabhängigen (Lechner 2001: 429).

Ebenfalls im Prominententransport war Figl, der 1938 bis 1943 im KZ Dachau inhaftiert war. Er wurde 1953 zum Außenminister ernannt, um Gesprächs- und Kompromissbereitschaft gegenüber der sowjetischen Besatzern zu zeigen, die in ihm eine Vertrauensperson sahen (Wohnout 2003: 39). Er war jedoch auch daran beteiligt, Vorurteile gegen Vertriebene zu schüren und erklärte im November 1945, dass es für die Emigranten sicher bequemer gewesen wäre, „die Zeit in ihren Clubsesseln verbracht zu haben, anstatt für Österreich zu leiden.“ (Das Kleine Volksblatt, 22.11.1945, S. 2 zit. nach Neugebauer/Schwarz 2005).

Der erste Außenminister Gruber war in der Tiroler Widerstandsbewegung aktiv und Gründer der "Österreichische Staatspartei", die er später in die ÖVP eingliederte.

Rösch, Schüler einer Napola, war in der NSDAP und illegales SA-Mitglied. Er war damit eines von vier „Ehemaligen“ in Kreiskys erstem Kabinett nach der ÖVP-Alleinregierung. Der politische Diskussion fokussierte jedoch auf die Vergangenheit Friedrich Peters, dessen belastenden Unterlagen in Röschs Ministerium verloren gingen (Kreutz 2000: 6). Von 1970 bis 1977 war Rösch Innenminister und seine Ernennung könnte daran liegen, dass die SP-Regierung eine Minderheitenregierung mit der FPÖ eingegangen war, der an diesem Klientel gelegen war. In den 70er Jahren verstärkte sich die Forderung, die „Bewältigung der (NS-)Vergangenheit“ abzuschliessen, darüber war sich die SPÖ/FPÖ Regierung einig (Kreutz 2000: 3). Personen, denen keine Verbrechen nachgewiesen wurden, sollte neues Vertrauen entgegen gebracht werden. In späteren Kabinetten der Regierung Kreisky sowie Sinowatz gab es noch mehr ehemalige NSDAP-Mitglieder bzw. Angehörige von ehemaligen NSDAP-Institutionen. (Kreutz 2000: 10).

Der „Fall Waldheim“ als Symbol und Katalysator für die unterlassene Aufarbeitung der NS Vergangenheit Österreichs soll hier nur in Erinnerung gerufen und angerissen werden. Er war Mitglied des NS-Studentenbundes und später in der Wehrmacht, seine Beteiligung an Kriegsverbrechen konnte nicht nachgewiesen werden, er selbst gab ab, sich nicht erinnern zu können.

Literatur

Berger, Willibald (1962): Die Wiener Schotten, Wien: Berland-Verlag

Bourdieu, Pierre (2001): Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft, Konstanz: UVK Universitätsverlag

Brandstaller, Traudl: Wozu Eliten? Gegen die Vernaderung eines Begriffes. in: Feltl, Gerhard (Hg.) (2002): Die Fortschrittmacher. Eliten und ihre gesellschaftliche Relevanz im 21. Jahrhundert, Wien: Molden-Verlag

Bundeskanzleramt der Republik Österreich: Presseaussendung 22.12.2004: Schlüssel: Liese Prokop ist richtige Persönlichkeit für das Innenministerium
http://www.austria.gv.at/site/cob__8717/3390/default.aspx [Zugriff: 18.8.2006]

Dachs; Herbert; Gerlich, Peter; Müller, Wolfgang C. (Hg.) (1995): Die Politiker - Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik, Wien: Manz

Dettlinger, Warnfried: Politik als Karriere? in: Leif, Thomas; Legrand, Hans-Josef; Klein, Ansgar (Hg.) (1992): Die politische Klasse in Deutschland. Eliten auf dem Prüfstand, Bonn/Berlin: Bouvier Verlag, S. 466 - 473

Demirovic, Alex: Politische Klasse und demokratische Frage. Für eine akteurszentrierte Analyse des Bürgertums. in: Leif, Thomas; Legrand, Hans-Josef; Klein, Ansgar (Hg.) (1992): Die politische Klasse in Deutschland. Eliten auf dem Prüfstand, Bonn/Berlin: Bouvier Verlag, S. 442 - 465

Etzersdorfer, Irene: Oskar Helmer. in: Müller, Wolfgang C.; Jenny, Marcelo; Steininger Barbara (Hg.) (2001): Die österreichischen Abgeordneten, Wien: WUV Universitätsverlag. S. 216-222

Herzog, Dietrich (1975): Politische Karrieren, Band 25 der Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der FU Berlin. Opladen: Westdeutscher Verlag

Herzog, Dietrich (1992): Zur Funktion der Politischen Klasse in der sozialstaatlichen Demokratie der Gegenwart in: Leif, Thomas; Legrand, Hans-Josef; Klein, Ansgar (Hg.) (1992): Die politische Klasse in Deutschland. Eliten auf dem Prüfstand, Bonn/Berlin: Bouvier Verlag, S. 126 - 149

Hartmann, Gerhard (2006): Für Gott und Vaterland. Geschichte und Wirken des CV in Österreich, Kevelaer: Lahn-Verlag

Kreisky, Eva: Zur Genesis der politischen und sozialen Funktion der Bürokratie, in: Fischer, Heinz (Hg.) (1977): Das politische System Österreichs, Wien: Europaverlag

Kreutz, Henrik (2000): Von der offenen zur geschlossenen Gesellschaft. Der Fall Proksch als ein Wendepunkt der Entwicklung Österreichs in der Zeit von 1970 bis 2000

www.univie.ac.at/OEGS-Kongress-2000/On-line-Publikation/Kreutz2.pdf [Zugriff: 18.8.2006]

Kuretsidis-Haider, Claudia: "Persönliche Schuld ist faktisch keine vorhanden"
Innenminister Oskar Helmer und die Begnadigung von verurteilten NS-Tätern in: Verein zur Förderung justizgeschichtlicher Forschungen und Verein zur Erforschung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen und ihrer Aufarbeitung (Hg.) (2003): Justiz & Erinnerung" Nr. 8, S. 1-6

Köchler, Sylvia (2005): Das muss gefeiert werden!, in: malmoe, Nr.23

Lamnek Siegfried (2002): Methodenintegration am Beispiel der Lebenslauf- und Biografie-forschung, Volume 3, No. 4 – November 2002 in: Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research [Online Journal], 3(4). <http://www.qualitative-research.net/fqs/fqs.htm> [Zugriff: 18.8.2006]

Lechner, Manfred: Franz Olah in: Müller, Wolfgang C.; Jenny, Marcelo; Steininger Barbara (Hg.) (2001): Die österreichischen Abgeordneten, Wien: WUV Universitätsverlag. S. 426 – 433

Liegl, Barbara; Müller, Wolfgang C.: Senior Officials in Austria. in: Page, Edward C.; Wright, Vincent (Hg.) (1999): Bureaucratic Elites in Western European States, Oxford: Oxford University Press, S. 90-120

Mittelschiffthaler, Stephanie (2004): Das Verhältnis zwischen Spitzenbeamten und Ministern in einem Ländervergleich Österreich – Frankreich, Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, unveröffentl. Diplomarbeit

Müller, Wolfgang C.; Jenny, Marcelo; Steininger Barbara (Hg.) (2001): Die österreichischen Abgeordneten, Wien: WUV Universitätsverlag.

Müller, Wolfgang C.; Philipp, Wilfried; Steininger Barbara (1988): Sozialstruktur und Karrieren österreichischer Regierungsmitglieder 1945 - 1987' in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1987, Wien, S.143-163

Neugebauer, Wolfgang; Schwarz, Peter (2005): Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Integration ehemaliger Nationalsozialisten, Wien: Czernin Verlag

Scheiber, Claudia (1992): Der ÖCV als Beispiel einer politischen Elite. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Wien

Seifert, Thomas (1998): Sprungbretter zur Macht. Kaderschmieden in Österreich, Wien: Ueberreuter

Stimmer, Gernot (1997): Eliten in Österreich. 1948 -1970, Wien: Böhlau. Kapitel 4: Die Bedeutung der traditionellen Elitengruppen innerhalb der herrschenden politischen Elite der zweiten Republik.

Steininger, Barbara: Politik als Beruf? Politische Rekrutierung und Professionalisierung in Österreich. in: Alfred Payrleitner (Hg.) (1999): Aufbruch aus der Erstarrung. Neue Wege in die österreichische Politik. Wien: Molden Verlag, S. 97-110

Svoboda, Wilhelm (1993): Die Partei, die Republik und der Mann mit den vielen Gesichtern: Oskar Helmer und Österreich II, Wien/Köln/Weimar

Traxl, Herbert (o.J.): Diplomatischer Dienst. <http://www.juridicum.at/content/view/1055/52/>, [Zugriff: 18.8.2006]

Payrleitner, Alfred (1999) (Hg.): Aufbruch aus der Erstarrung. Neue Wege in die österreichische Politik, Wien

Peel, Jürgen (1991): Die Bedeutung von Jugendorganisationen als Rekrutierungsressourcen und als Instanzen der politischen Sozialisation für die österreichischen Nationalratsabgeordneten, unveröffentl. Diplomarbeit, Wien.

Wiesenthal, Simon (1988): Recht, nicht Rache. Erinnerungen, Kapitel „Kreiskys braune Ernte“ Frankfurt/Berlin, S. 354–359.

Weissensteiner, Nina: Denn Dein ist das Reich, Falter 51/03 vom 17.12.2003

Wohnout, Helmut (2003): Außenminister in den fünfziger Jahren. in: Dorek, Johannes (Hg.): 100 Jahre Leopold Figl, „Glaubt an dieses Österreich!“

Internet Recherchen

Bundesregierungen bzw. Staatsregierungen seit 1918 (nach dem Österreichischen Amtskalender)

<http://www.aeiou.at/aeiou.encyclop.b/b913664.htm>

<http://www.parlament.gv.at>

Das Rote Wien

<http://www.dasrotewien.at>

QuereinsteigerInnen im österreichischen Nationalrat

Eingereicht von:

Florian Walter

Matrikelnummer: 9605284

Studienkennzahl: A 092 300

1. Einleitung

Wenn von Transformationen in der Rekrutierung politischer Eliten und damit auch von Veränderungen in deren Karrieremustern die Rede ist, muss früher oder später auch der Begriff „QuereinsteigerIn“ fallen. Die wahrscheinlich signifikanteste Entwicklung der vergangenen 20 Jahre ist die Etablierung des Begriffes „QuereinsteigerIn“, dessen erstmalige Verwendung im Kontext der österreichischen Politik dem damaligen FPÖ-Obmann Jörg Haider zugeschrieben wird. Er sprach am 7.7.1988 im Inlandsreport des ORF über die Bestellung eines bisher politisch nicht in Erscheinung getretenen Unternehmers davon, dass er „im Gegensatz zu den ‚starrten Altparteien‘ ein Signal für *Quereinsteiger*“ (Wolf 2005: 28) setzen wolle.

Doch auch wenn Haider den Begriff zum ersten Mal in Österreich vor größerem Publikum in der Öffentlichkeit verwendet haben mag, so handelt es sich bei dem Phänomen des Quereinstieges keineswegs um ein Kind der 1980er Jahre. Schon Ende der 1960er Jahre wurden in die Bundesregierung unter Josef Klaus so genannte „unabhängige Fachleute“ aufgenommen, die keine Partiekarriere hinter sich hatten (z.B. Hans Klecatsky, Kurt Waldheim) – ein Trend, der sich auch in der SPÖ-Alleinregierung unter Bruno Kreisky fortsetzte (z.B. Rudolf Kirchschräger, Karl Lütgendorf) (Stirnemann 1988: 638f). Waren diese Politiker jedoch noch eher als Sonderfälle zu betrachten, kam es in den vergangenen 20 Jahren zu einer Zunahme von QuereinsteigerInnen in Österreich. Ob in diesem Zusammenhang aber, wie im Thema unserer gemeinsamen Arbeit festgehalten, bereits von einer Transformation der Rekrutierung und Karrieren politischer Eliten gesprochen werden kann, soll hier im Laufe der Auseinandersetzung mit dem Thema geklärt werden.

Ich möchte also in meinem Teil der Arbeit nacheinander folgende Punkte besprechen:

1. *Was sind QuereinsteigerInnen?*

Hier wird v.a. auf Theorien zu Rekrutierung und Karriereverläufen politischer Eliten einzugehen sein. Ich konzentriere mich auf die Theorien aus Dietrich Herzogs *Politische Karrieren*, sowie österreichspezifische Werke von Karl-Heinz Naßmacher und Anton Pe-linka.

2. *Wer sind die QuereinsteigerInnen?*

Diese Frage deckt den empirischen Teil der Analyse ab. Es stellt sich die Frage nach soziodemographischem Profil, Rekrutierungswegen, Listenplätzen, Parteifunktionen und Verweildauer von QuereinsteigerInnen.

3. Transformation oder Randerscheinung?

In einem abschließenden Resümee wird zu klären sein, inwiefern durch das Aufkommen von QuereinsteigerInnen in der Politik von einer Transformation klassischer Rekrutierungs- und Karrierewege gesprochen werden kann und welche Auswirkungen eine solche Transformation gegebenenfalls hat.

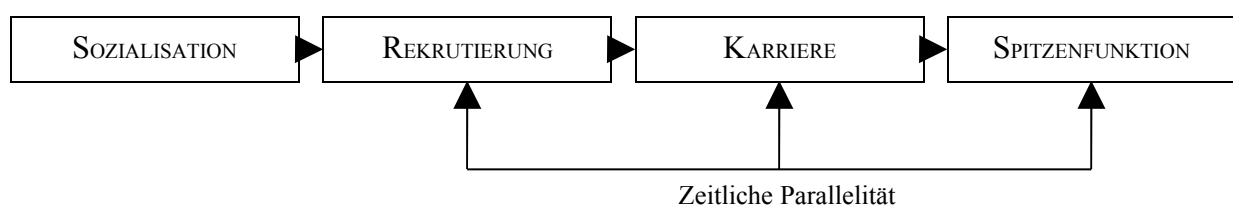
2. Theoretische Annäherung

2.1 Auf dem Weg zu einer Definition

Der Quereinstieg in die Politik ist ein in der politikwissenschaftlichen Literatur nur sehr dürftig berücksichtigtes Phänomen. Eine Analyse erfolgt meist über die Darstellung klassischer Rekrutierungs- und Karrieremuster in der Politik, der Quereinstieg gilt in den meisten Fällen als untypische, den üblichen Karrierepfaden entgegen gesetzte Form der Übernahme eines politischen Mandates.

Die geläufigste Definition von QuereinsteigerInnen findet sich bei Dietrich Herzog, wiewohl dieser nicht den Begriff QuereinsteigerIn benutzt, sondern von *cross-over* spricht¹². Dabei handelt es sich nach Herzog „um einen Prozess, bei dem Personen, die im privaten Beruf besonders herausragende, einflussreiche oder leitende Positionen inne haben, unmittelbar in die Politik überwechseln.“ (Herzog 1975: 150) Der „Werdegang“ von QuereinsteigerInnen kann im Sinne von Dietrich Herzogs Analyse politischer Eliten am besten mit einem karriere-theoretischen Ansatz erklärt werden. Anders als bei sonstigen politischen Karriereverläufen sieht Herzog beim *cross-over* die Phasen der Rekrutierung, der Karriere und des Eintritts in eine Spitzenfunktion nicht als getrennt, sondern vielmehr zeitlich parallel verlaufende Schritte, wie die unten stehende Abbildung verdeutlichen soll.

Abbildung 1: Politischer Werdegang von *cross-over* PolitikerInnen nach Herzog 1975



¹² Erst in einer Publikation aus 1997 kommt bei Herzog der Begriff „Quereinsteiger“ zum Einsatz.

Das *cross-over* stellt im Vergleich zur so genannten *Standardkarriere* und der *reinen Politikkarriere* das am wenigsten verbreitete Muster eines Aufstiegs in ein hohes politisches Amt dar. Während rund 60 Prozent sich zuerst beruflich etablieren und ihre politischen Ämter auf lokaler oder regionaler Ebene zunächst ehrenamtlich ausüben, bevor sie die Politik zu ihrem Hauptberuf machen (Standardkarriere), verbringen ca. 30 Prozent der späteren SpitzenpolitikerInnen ihr gesamtes Berufsleben in (partei)politischen Ämtern, um schließlich in ein Regierungsamt einzutreten oder ein Parlamentsmandat zu übernehmen (reine Politikkarriere). Nur ca. 10 Prozent der Aufstiegsmuster sind nach Herzogs Untersuchung der politischen Landschaft in der Bundesrepublik der späten 1960er Jahre als *cross-over* Karrieren zu bezeichnen. Diese geringe Verbreitung bestätigt sich auch in späteren Untersuchungen in Deutschland (Herzog 1997, Syed Ali 2003) und Österreich (Dachs/Gerlich/Müller 1995, Steininger 1999, Wolf 2005).

Nicht nur die deutsch-, sondern auch die englischsprachige Literatur kennt das Phänomen des Quereinstieges, hier ist es unter dem Begriff *political amateurism* verbreitet. Eine umfangreiche, international vergleichend angelegte Studie stammt etwa von Pippa Norris, die unter *political amateurs* jene Personen versteht, welche „without the necessary prior political experience or legislative skills“ (Norris 1997: 5) politische Spitzenpositionen übernehmen. Ähnlich stützt David Canon seine knappe Definition von QuereinsteigerInnen auf der Tatsache einer „absence of previous political experience“ (Canon 1990: 2).

Analog zu den genannten Vorarbeiten möchte ich meine eigene Definition von QuereinsteigerInnen anlegen. Diese ist einerseits insofern **positiv** angelegt, als ich darunter ebenfalls jene Personen verstehen will, welche von einer privaten beruflichen Position in eine politische Funktion wechseln. Ich würde hier noch zusätzlich anmerken, dass für den Quereinstieg nicht nur der Wechsel in die Politik, sondern vielmehr in eine politisch-institutionelle Leitungsfunktion in Regierung oder Parlament charakteristisch ist. Gleichzeitig möchte ich mich jedoch a priori nicht auf Personen beschränken, welche vor ihrem politischen Mandat eine Spitzenposition innehatten, sondern, so es relevant sein sollte, **alle vom Privatberuf in eine politische Führungsfunktion wechselnden Personen als QuereinsteigerInnen** behandeln.

Auf der anderen Seite ist es, um in der empirischen Bearbeitung zu eindeutigen Ergebnissen gelangen zu können und der Beobachtung von Transformationen in der Rekrutierung politischer Eliten Rechnung zu tragen, notwendig, auch eine **negative Definition** anzulegen. Dies bedeutet, dass ich unter QuereinsteigerInnen alle jene Personen verstehen will, welche **NICHT in einer als klassisch anzusehenden Art und Weise rekrutiert wurden bzw. KEI-**

NE politische Karriere in der üblichen Form absolviert haben. Diese Definition trägt einigen Klärungsbedarf in sich. Was ist unter „klassischen“ Rekrutierungsformen und einer „üblichen“ Karrieremustern zu verstehen? Allgemein formuliert bedeutet „klassisch“ und „üblich“ in diesem Zusammenhang die weiter verbreiteten Formen der Standardkarriere und reinen Politikkarriere nach Herzog. Für den konkreten Fall des österreichischen politischen Systems muss auf die Frage nach „klassischen“ oder „üblichen“ Rekrutierungs- und Karrieremustern noch näher eingegangen werden.

2.2 Rekrutierung politischer Eliten in Österreich

Um Wiederholungen aus dem allgemeinen Abschnitt über Rekrutierung möglichst zu vermeiden, möchte ich hier nicht allzu sehr auf theoretische Implikationen eingehen, sondern mich auf konkrete Rekrutierungsmuster in Österreich konzentrieren. Nichtsdestotrotz ist es wichtig einige wenige Worte über die Rekrutierung politischer Eliten zu verlieren.

Rekrutierung bezeichnet den Prozess, durch welchen Einzelne zu Mitgliedern einer politischen Klasse bzw. einer politischen Elite werden (vgl. Wolf 2005: 179). Dieser Prozess ist wesentlich von juristisch-formellen, jedoch auch von informellen Regelungen bestimmt. Unter die **formellen Regelungen** fallen das Wahlrecht (sowohl verfassungsrechtliche Bestimmungen als auch die jeweils gültigen Wahlordnungen) und das Programm bzw. die Organisationsstatuten der Parteien (vgl. Stirnemann 1988: 601). In der aktuellen Nationalratswahlordnung von 1992 wird in § 42 (Wahlvorschlag durch „wahlwerbende Partei“) deutlich, dass in Österreich das Rekrutierungsmonopol für politische Führungspositionen in der Hand der Parteien liegt. Demgemäß schreibt auch Anton Pelinka: „Der Zugang zu Bundesregierung und Nationalrat wird ausschließlich von den Parteien [...] beherrscht“. (Pelinka 1970: 535) Parteien fungieren als *gate-keeper* des politischen Systems und üben ihre Funktion der Elitenrekrutierung nachhaltig und mit zunehmender Bedeutung aus (vgl. Beyme 2002). Deshalb ist auch die Form der innerparteilichen Demokratie, wie sie in den Parteienstatuten festgelegt ist, ein wesentliches Element im Prozess der Rekrutierung politischer Eliten. Über die konkrete Ausgestaltung innerparteilicher Demokratie wurde bereits exemplarisch am Beispiel der SPÖ berichtet.

Zusätzlich zu diesen formell verankerten Rekrutierungsregeln existieren jedoch auch **informelle Muster**, die nicht schriftlich festgehalten werden, sondern sich im Laufe der Jahre (und Jahrzehnte) in den Strukturen der Parteien verfestigen und somit einen den formellen Regelungen ähnlichen verbindlichen Charakter entwickeln. Diese Rekrutierungsmechanismen unterscheiden sich nach Ländern und Parteien und waren auch in Österreich in der Zeit zwi-

schen 1970 und 1990 mehrmals Gegenstand politikwissenschaftlicher Untersuchungen. Leider kann ich in der folgenden Kurzdarstellung nicht auf neuere Literatur zurückgreifen, da die Beschäftigung mit Rekrutierungskanälen in der jüngeren Vergangenheit zusehends in den Hintergrund geraten ist. So finden sich weder in den rezenten Ausgaben der ÖZP noch in den jüngsten Auflagen des Handbuchs des österreichischen politischen Systems (zuletzt: Politik in Österreich) Beiträge zu diesem Thema. Gerade in Bezug auf die Frage nach der Rolle von QuereinsteigerInnen in Parlament und Regierung aber auch bezüglich der Rolle „neuer“ Parteien und deren Rekrutierungsformen wäre jedoch eine neuerlich Beschäftigung unter Berücksichtigung dieser Entwicklungen durchaus vonnöten.

Eine der ersten Darstellungen informeller Karriere- und Rekrutierungsmuster in den politischen Parteien Österreichs stammt von Karl-Heinz Naßmacher aus dem Jahr 1968. Sein *Senioritätsprinzip* besagt, dass „in beiden Parteien zum Eintritt in die formell oberste Schicht der politischen Elite eine Probezeit zu absolvieren ist: durch Kandidatur auf aussichtslosen Listenplätzen wird ein Mandat im Nationalrat ‚ersessen‘“ (Naßmacher 1968: 67). Das Prinzip der Ersitzung von Mandaten bezeichnet also jene Art von Karriere, die Herzog (und einige nach ihm) auch als „Ochsentour“ (Herzog 1975: 68), Pelinka etwa als „cursus honorum“ (Pelinka 1970: 535) bezeichnet hat. In seiner Unterscheidung zwischen den beiden Großparteien spezifiziert Naßmacher das Senioritätsprinzip für den Fall der ÖVP zu einem „Prinzip der bündisch gegliederten Seniorität“ (Naßmacher 1968: 69), das bedeutet, dass bei der ÖVP nicht nur das „Dienstalter“ der KandidatInnen, sondern auch die Zugehörigkeit zum Wirtschafts-, Bauern- oder Arbeitnehmerbund (ÖWB, ÖBB, ÖAAB) darüber entscheidet, wer schließlich auf welchem Listenplatz kandidiert. Im Gegensatz zur ÖVP sieht Naßmacher das Senioritätsprinzip bei der SPÖ in einer reinen Form auftreten, dieses werde lediglich zugunsten von Frauenvertreterinnen durchbrochen. Jedoch stellt bereits Naßmacher fest, dass es auch vorkommt, dass bisher aussichtslos gereihte KandidatInnen plötzlich einen Fixplatz auf einer Liste einnehmen. Seine Erklärung hierfür bezieht sich auf das Vorhandensein von „Parteiunwichtigkeiten“, die es der Parteiführung erlauben einen gewissen Anteil der Listenplätze ohne Berücksichtigung der Parteibasis zu besetzen, wenn dies erforderlich ist. Wie Heinz Fischer in einem Beitrag aus 1982 feststellt, gibt es ein solches Prinzip auch bei der ÖVP, wo es allerdings Bundespräzipuum genannt wird.

Anton Pelinka (1970, 1982) schließt in seinen Ausführungen zur Rekrutierung von Parteieliten an Naßmachers Senioritätsprinzip bzw. der These der Ersitzung von Mandaten an und bestätigt diese tendenziell. Für ihn ist es charakteristisch, dass KandidatInnen vor dem Überneh-

men eines Mandates in einer Spitzenfunktion einen „cursus honorum“ durchlaufen, also Vorleistungen auf Gemeinde-, Landes- und auch Bundesebene oder aber in Partei- und Verbände-funktionen erbringen müssen (Pelinka 1970: 535f). Pelinka konkretisiert und erweitert auch die Ausführungen Naßmachers auf Ebene der beiden Großparteien. So identifiziert er bei der SPÖ zwei traditionelle Rekrutierungsmuster: Erstens den Aufstieg in der Parteihierarchie nach dem Muster *Mitglied* → *Vertrauensperson* → *Spitzenfunktionär* und zweitens die Rolle der Gewerkschaften als Rekrutierungsfeld von BetriebsrätInnen und Gewerkschaftsfunktionä-rInnen. Dazu kommt der Verband sozialistischer Studierender (VSStÖ), der in der traditionellen ArbeiterInnenpartei eine immer stärkere Rolle einnimmt. In der ÖVP spezifiziert er das klassische Rekrutierungsfeld der Bünde dahingehend, als er feststellt, dass eine enge Verflechtung der Bündestruktur mit den thematisch gleichgerichteten Kammern besteht. Dies trifft in erster Linie auf Bauernbund und Landwirtschaftskammer bzw. Wirtschaftsbund und Handelskammer zu, der ÖAAB rekrutiert seine späteren KandidatInnen in erster Linie aus dem Berufsfeld der BeamtInnen. Dazu kommt das quer zu den Bünden existierende Rekrutierungsfeld der katholischen Korporationen und Laienorganisationen, also des Cartellverbandes (CV) und der Katholischen Aktion (KA). (vgl. hierzu v.a. Stimmer 1997: 1021-1033) Zusätzlich zu den klassischen Karrieremustern erkennt Pelinka jedoch noch eine neue Form der Rekrutierung, die er *technokratisches Karrieremuster* nennt (Pelinka 1982: 40). Hierbei überspringen so genannte „Experten“ die üblichen Stationen einer Abgeordnetenkarriere und steigen direkt in eine Spitzenfunktion in Regierung oder Parlament ein. Sie entstammen meist der Ministerial-, Kammern- oder Verbändebürokratie auf Bundes- oder Landesebene. Pelinka sieht die Bedeutung technokratischer Karrierevarianten im Laufe der Zeit zunehmen und schreibt ihnen auch einen Zuwachs des Einflusses der Parteispitze auf Kosten der Parteibasis zu, der v.a. mit der Fokussierung auf WählerInnen, weg von den Mitgliedern, zu erklären ist: Das Aufkommen technokratischer Karrieremuster sei Folge der Bereitschaft, „nicht mehr die Mitgliedschaft, sondern die Wählerschaft zur Richtschnur der Parteiauslese zu machen“ (Pelinka 1970: 540). In den technokratischen Karriereverläufen nach Pelinka kommt bereits ein Aspekt dessen zum Vorschein, der für meine Definition von QuereinsteigerInnen zentral ist, nämlich die Frage nach „üblichen“ oder „klassischen“ Karriereverläufen.

Im Wesentlichen sind es die Ausführungen Naßmachers und Pelinkas, die den wesentlichen theoretischen Input für die empirische Spezifikation des Begriffes der QuereinsteigerIn in dieser Arbeit liefern. Wenngleich beide Arbeiten aus den späten 1960er Jahren stammen und ergo nicht direkt als Basis dieser Arbeit dienen können, so liefern sie doch wesentliche Anre-

gungen. Spätere Erweiterungen der Ansätze, wie etwa jener von Heinz Fischer (1982) bzw. Alfred Stirnemann (1988) bieten für das Untersuchungsfeld QuereinsteigerInnen keine wesentlichen neuen Erkenntnisse und sollen deshalb hier nur am Rande erwähnt werden.

3. Empirischer Zugang und Untersuchungsfeld

3.1 Operationalisierung

Ich möchte an dieser Stelle erläutern, nach welchen Kriterien ich in der empirischen Annäherung an das Thema versucht habe, die Karrieren der QuereinsteigerInnen von denen der anderen „BerufspolitikerInnen“ zu unterscheiden und damit den Begriff QuereinsteigerIn in Bezug zu operationalisieren. In der folgenden Aufzählung der Funktionen, die als charakteristisch für eine „klassische“ politische Karriere im oben erwähnten Sinn erachtet und deshalb als Ausschlusskriterien für QuereinsteigerInnen verwendet werden, kommen diese Kriterien zum Ausdruck:

- Mitglieder von Vorfeldorganisationen (z.B. MKV, CV, KA, AG, VSStÖ, GRAS)
- MandatarInnen auf Gemeinde-, Landes- oder Bundesebene
- Parteipolitische FunktionärInnen in Bündeln, Verbänden oder Teilorganisationen
- Angestellte von Kammern und Interessenverbänden
- Angestellte in der gehobenen Bürokratie (z.B. RessortleiterInnen in Ministerien)
- Politische SekretärInnen (etwa persönliche MitarbeiterInnen)

Da sich die Auswahlkriterien an theoretischen Ausführungen aus der Zeit der 1960er bis 1980er Jahre orientieren, wird in diesen den jüngeren Entwicklungen des österreichischen Parteiensystems noch nicht Rechnung getragen. Gerade in den 1990ern kam es jedoch zu Ausdifferenzierungen im Bereich der Parteienlandschaft, deren (vorläufig) einzig nachhaltiges Resultat die Etablierung der Grünen im parteipolitischen Spektrum ist. Es ist daher für eine Analyse der Transformation von Karrieremustern auch notwendig, sich auch mit dem Entstehen der Grünen auseinanderzusetzen. Was kann als „klassisches“ Rekrutierungsfeld der Grünen angesehen werden? Ich habe hierunter in erster Linie jene BürgerInneninitiativen gefasst, welche später (auch personell) in der Grünen Partei aufgegangen sind. Ebenso habe ich deklarierte AktivistInnen im Bereich von Umweltorganisationen (Global 2000, Greenpeace, etc.) und anderen NGOs (Südwind, Amnesty International, etc.) bei den Grünen nicht als Querein-

steigerInnen, sondern als Menschen mit für die Partei typischem Karriereverlauf deklariert. Ich verstehe die Funktion dieser BürgerInneninitiativen und NGOs im Entstehungskontext der Grünen als Rekrutierungsfeld, das mit Parteiorganisationen auf Gemeindeebene bzw. Vorfeldorganisationen der etablierten Parteien vergleichbar ist. Zusätzlich gelten wie bei allen anderen Parteien frühere Mandate, Parteifunktionen und Anstellungsverhältnisse in Interessenvertretungen und Bürokratie als „klassische“ Karrierewege für PolitikerInnen. Abschließend sei noch erwähnt, dass rein formale Parteimitgliedschaft hier deswegen unberücksichtigt bleibt, da diese in Zeiten der Parteibuchwirtschaft und des Proporz in Österreich äußerst verbreitet war und mit politischer Sozialisation oder tatsächlichem Engagement in Parteien meist nicht in Verbindung stand. Im Sinne der getroffenen Negativdefinition gelten nachfolgend also all jene Personen als QuereinsteigerInnen, für die keines der genannten Kriterien zutrifft.

3.2 Datenbasis

Die vorliegende Arbeit ist trotz ihrer strikten Orientierung an theoretischen Überlegungen zur Rekrutierung und Karrierewegen politischer Eliten so konzipiert, Erkenntnisse über die Entwicklungen in Österreich zu liefern und enthält deshalb einen ausführlichen empirischen Abschnitt. Um zu einer im Sinne der umfassenden Bearbeitbarkeit nützlichen Einschränkung des Forschungsgegenstandes QuereinsteigerInnen zu gelangen, habe ich mich dazu entschieden, mich auf QuereinsteigerInnen im Nationalrat als das zentrale Organ der Repräsentation und Gesetzgebung zu konzentrieren und solche in anderen Spitzenpositionen (Bundesrat, Europaparlament, Regierung) unberücksichtigt zu lassen. Um von einer möglichen Transformation von Karriereverläufen überhaupt sprechen zu können, ist es außerdem notwendig, einen längeren Zeitraum in die Analyse mit einzubeziehen. Aufgrund des Anfangs noch mäßigen jedoch zusehends verstärkten Auftretens von QuereinsteigerInnen in dieser Phase, scheint eine Betrachtung der letzten zehn Legislaturperioden XIII bis XXII im Zeitraum 1971 bis 2006 sinnvoll und bearbeitbar. Die Auswahl des Analysebereiches ist neben inhaltlichen Kriterien auch forschungspraktischen Erwägungen geschuldet, da die notwendigen Daten auf der Homepage des Parlaments (<http://www.parlament.gv.at>) für den wissenschaftlichen Gebrauch verfügbar sind. Eine Liste der berücksichtigten QuereinsteigerInnen findet sich im Anhang.

4. Ergebnisse

Die vorgenommene Untersuchung orientiert sich in ihren Ergebnissen vorwiegend an quantitativen Auswertungen sozioökonomischer und karrierespezifischer Eigenschaften, wodurch die Orientierung am stratifikationstheoretischen bzw. karrieretheoretischen Ansatz Dietrich Herzogs (s. Abschnitt 1) noch einmal zum Ausdruck kommt. Methodisch wurde dabei zunächst offen zu den Biografien der QuereinsteigerInnen recherchiert, bevor die daraus erzielten Erkenntnisse systematisiert und schließlich in Form eines Datensatzes standardisiert wurden. Die Variablen, die in Folge dieses Standardisierungsprozesses in die Analyse mit einfließen, sind

- (a) der Zeitpunkt des Eintritts in das Parlament (Jahr, Legislaturperiode)
- (b) das Alter beim Eintritt in das Parlament
- (c) das Geschlecht
- (d) der höchste abgeschlossene Bildungsgrad
- (e) der Beruf (nach Berufssparte)
- (f) die Parteizugehörigkeit
- (g) die Dauer des Mandates
- (h) die Art des Einzugs in das Parlament (Regional-, Landes- oder Bundeswahlliste) und
- (i) die Person, durch die rekrutiert wurde.

Die rein quantitativen Auszählungen werden durch eher qualitativ operierende Verfahren der inhaltlichen Interpretation einzelner Fälle oder Fallgruppen ergänzt, um zu Ergebnissen gelangen zu können, die über reine Statistiken hinausgeht. Im Rahmen einer Seminararbeit können diese Analysen leider nur cursorisch bleiben, trotzdem hoffe ich, einige interessante Ergebnisse aus dem Zahlen und ergänzenden Informationen herausfiltern zu können.

Ich möchte mich mit QuereinsteigerInnen außerdem auf zwei Ebenen beschäftigen: Einerseits gilt es, die aktuell im Nationalrat tätigen QuereinsteigerInnen zu betrachten und aufgrund ihres soziodemographischen Profils mit der Gesamtheit der Abgeordneten zu Vergleichen, um Besonderheiten im Bereich des sozialen Status, Geschlecht, etc. herauszuarbeiten. Andererseits sind – wie erwähnt – vor allem Veränderungen in Rekrutierungsmustern und Karrierewegen interessant, weshalb auch diesbezügliche Entwicklungen bei den QuereinsteigerInnen selbst berücksichtigt werden.

4.1 Eintrittszeitpunkt und Häufigkeit

Ich möchte mich zunächst der Frage zuwenden, wie viele QuereinsteigerInnen überhaupt im österreichischen Nationalrat vertreten sind und ob dieser Anteil einer Veränderung unterworfen ist. Dies erlaubt uns erste Rückschlüsse auf Veränderungsdynamiken quantitativer Natur im Bereich der Rekrutierung „politikferner“ Personen in den Vertretungskörper bzw. das Gesetzgebungsorgan Nationalrat.

Tabelle 4-1: QuereinsteigerInnen mit Sitz im Nationalrat nach Gesetzgebungsperiode

<i>Legislaturperiode</i>	<i>Mandate</i>	<i>QE abs.</i>	<i>QE %</i>
<i>XIII. LP</i>	183	1	0,5
<i>XIV. LP</i>	183	1	0,5
<i>XV. LP</i>	183	1	0,5
<i>XVI. LP</i>	183	1	0,5
<i>XVII. LP</i>	183	3	1,6
<i>XVIII. LP</i>	183	4	2,2
<i>XIX. LP</i>	183	8	4,4
<i>XX. LP</i>	183	7	3,8
<i>XXI. LP</i>	183	14	7,7
<i>XXII. LP</i>	183	14	7,7
<i>Durchschnitt</i>	183	4,4	2,4

Quelle: <http://www.parlament.gv.at>

Wie Tabelle 4.1 zeigt, besitzen in der (noch) laufenden XXII. Legislaturperiode 14 als QuereinsteigerInnen zu definierende Personen ein Nationalratsmandat. Das sind 7,7 Prozent aller Parlamentsangehörigen. Ebenfalls ersichtlich ist der Anstieg der Anzahl sowie des Anteils von QuereinsteigerInnen im langfristigen Vergleich. War bis zur XVI. Gesetzgebungsperiode lediglich ein einziger Quereinsteiger im Nationalrat vertreten (Felix Ermacora), so waren es in der XVII. bereits drei, in der XVIII. vier und aktuell schließlich vierzehn.

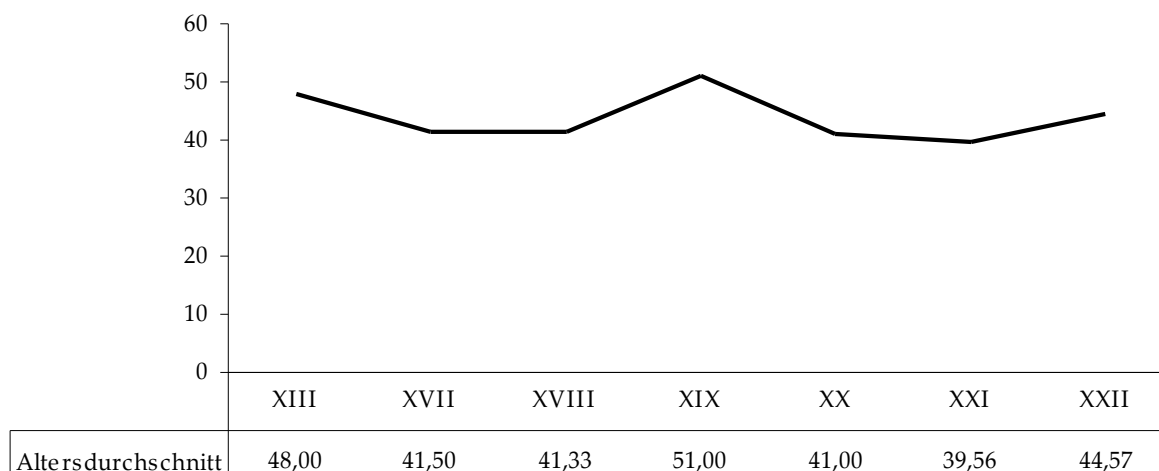
Insgesamt waren im beobachteten Zeitraum 29 QuereinsteigerInnen im Nationalrat vertreten. Die auffälligste Entwicklung ist die Verdopplung der QuereinsteigerInnen nach der Wahl im Jahr 1999 bzw. dem Regierungswechsel 2000. Dieser konzentrierte sich vor allem auf die FPÖ, die in der XXI. Legislaturperiode gleich vier Personen ohne politische Vorerfahrung in den Nationalrat setzte (Patrick Ortlieb, Theresia Zierler, Sylvia Paphazy und Jutta Wocheislän-

der). Auf die Parteizugehörigkeit von QuereinsteigerInnen wird an nachfolgender Stelle noch einmal einzugehen sein.

4.2 Alter

Das Durchschnittsalter der im Nationalrat vertretenen QuereinsteigerInnen liegt in der zu Ende gehenden XXII. Legislaturperiode bei 49,5 Jahren. Dies ist im Vergleich zum Durchschnittsalter des gesamten Nationalrates (50,5 Jahre) nur ein unwesentlich geringerer Wert. Das Alter der aktuell mit einem Mandat ausgestatteten QuereinsteigerInnen zum Zeitpunkt ihrer Rekrutierung ist mit 44,17 Jahren geringer, liegt jedoch ebenfalls etwa im Durchschnitt aller Parlamentsangehörigen. Außerdem ist das Eintrittsalter, wie die untenstehende Abbildung zeigt, im Laufe der Zeit Schwankungen unterworfen.

Abbildung 4-1: Zusammenhang zwischen Eintrittsalter und Eintrittszeitpunkt



Quelle: <http://www.parlament.gv.at>

Der Zusammenhang zwischen Eintrittsalter und Eintrittszeitpunkt ist nicht linear. QuereinsteigerInnen sind zum Zeitpunkt der Rekrutierung heute nicht jünger oder älter als früher, auch mit dem Beruf oder Bildungsgrad ergeben sich keine erkennbaren Zusammenhänge. Es scheint also, als wäre das Alter von QuereinsteigerInnen sowohl im Querschnitt, als auch im langfristigen Vergleich ein im Unterschied zu anderen Merkmalen unwichtiger und deshalb vernachlässigbarer Faktor.

4.3 Geschlecht

Die Behandlung des Faktors Geschlecht als unabhängige Variable in quantitativen Analysen ist notwendigerweise verkürzend und klammert inhaltliche Aspekte der strukturellen Verankerung genderbasierter Ungleichheiten aus. Wenngleich jedoch über den Bereich substantiel-

ler Repräsentation keine Aussagen getroffen werden können, so ist es doch möglich deskriptiv Unterschiede in der Zusammensetzung des Nationalrates bzw. der QuereinsteigerInnen festzumachen¹³.

Frauen sind unter QuereinsteigerInnen unterrepräsentiert. Lediglich 27,3 Prozent der QuereinsteigerInnen, die zur Zeit ein Nationalratsmandat innehaben, sind Frauen. Auch im gesamten Nationalrat sind Frauen zahlenmäßig nach wie vor unterrepräsentiert und stellen nur einen Anteil von 32,8 Prozent. Im Vergleich mit dem Anteil von Frauen im Nationalrat in der laufenden Legislaturperiode sind Frauen unter QuereinsteigerInnen also noch um 5,5 Prozentpunkte geringer vertreten.

Tabelle 4-2: QuereinsteigerInnen nach Parteizugehörigkeit und Geschlecht in Prozent

	Parteizugehörigkeit				Gesamt
	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	
Männlich	2	7	6	4	19
Weiblich	1	3	5	1	10

Quelle: <http://www.parlament.gv.at>

Betrachtet man die Gesamtheit aller im berücksichtigten Zeitraum mit einem Sitz im Nationalrat ausgestatteten QuereinsteigerInnen nach ihrer Parteizugehörigkeit und dem Geschlecht, so fällt auf, dass die FPÖ nicht nur die höchste Absolutzahl an Frauen, sondern auch den höchsten Frauenanteil verzeichnet. Dies überrascht deshalb besonders, weil die FPÖ bis zur letzten Legislaturperiode stets den geringsten Frauenanteil im Nationalrat aufwies und erst in der laufenden Periode von der ÖVP „unterboten“ wurde. Gegenteiliges kann für die Grünen festgehalten werden, die seit 1990 den höchsten Frauenanteil unter den Parlamentsfraktionen haben und auch den historisch höchsten Anteil an Mandatarinnen verzeichnen können, der jemals in Österreich erreicht wurde (58,8 % in der XXI. Legislaturperiode; vgl. Steininger 2006: 256). Verkehrte Welt bei Quereinsteigerinnen?

Im Zeitverlauf fällt auf, dass Frauen gegenüber Männern unter QuereinsteigerInnen nur einmal die Mehrzahl darstellten, nämlich im Wahljahr 1999 bzw. noch deutlicher in der gesamten XXI. Legislaturperiode. Warum das so ist, kann ich leider nicht mit Sicherheit beantworten, allerdings könnte es mit dem entscheidenden Charakter dieses Wahlkampfes und der damit einhergehenden Rekordzahl von QuereinsteigerInnen zu tun haben. Ein eindeutiges frauenpolitisches Signal wurde mit den entsprechenden Kandidatinnen (Ulrike Sima, Karin Hakl,

¹³ Zur Unterscheidung von deskriptiver und substanzieller Repräsentation vgl. Pitkin 1972.

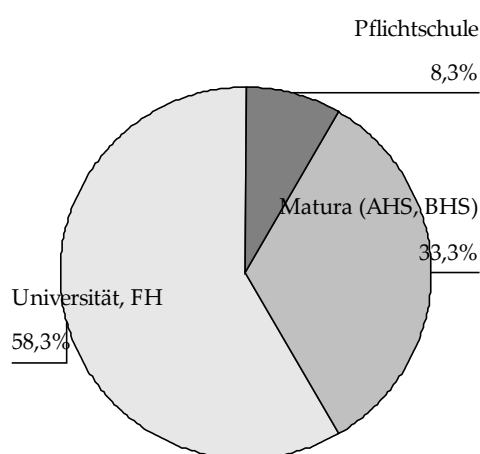
Andrea Wolfmayr, Theresia Zierler, Sylvia Paphazy, Jutta Wocheisländer) auf jeden Fall nicht gesetzt.

Inwiefern der Faktor Geschlecht einen Einfluss auf die Rekrutierung als QuereinsteigerIn hat, lässt sich hier nicht letztgültig beantworten. Es fällt jedoch auf, dass besonders in der streng hierarchisch gegliederten und männerbündisch strukturierten FPÖ Frauen als Quereinsteigerinnen den höchsten Anteil einnehmen. Der Quereinstieg scheint hier also für Frauen der im Vergleich zur „Ochsentour“ weitaus leichtere Weg zu einem Mandat zu sein.

4.4 Bildung

Der Anteil an AkademikerInnen im Nationalrat ist im Vergleich zur Gesamtbevölkerung überdurchschnittlich hoch. Während unter den ÖsterreicherInnen im Alter von 15 und mehr Jahren bei der Volkszählung 2001 lediglich 5,8 Prozent einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss vorweisen konnten, liegt der AkademikerInnenanteil unter den Abgeordneten zum Nationalrat in der laufenden Legislaturperiode bei 41,5 Prozent (Statistik Austria 2005). Eine noch höhere Quote findet sich unter QuereinsteigerInnen: 58,3 Prozent der derzeit im Parlament vertretenen QuereinsteigerInnen haben eine Universität oder Fachhochschule abgeschlossen.

Abbildung 4-2: QuereinsteigerInnen nach höchstem abgeschlossenem Bildungsgrad



Quelle: <http://www.parlament.gv.at>

Die nicht repräsentative Verteilung des Bildungsgrades lässt erste Rückschlüsse auf die Funktion von QuereinsteigerInnen als Mitglieder des Nationalrates erkennen. Ist ein gewisser Grad funktionaler Differenzierung in einer, auch im Bereich der Politik, arbeitsteiligen Gesellschaft

heute allgemein anerkannt (Schefbeck 2006: 145), so leuchtet das bildungsmäßige repräsentative Ungleichgewicht im Nationalrat durchaus ein. Hier sind SpezialistInnen am Werk, die in ihrem jeweiligen Arbeitsbereich Expertise leisten können. QuereinsteigerInnen erfüllen eine ähnliche Funktion, die im Wahlkampf zum Gewinn von Stimmen eingesetzt wird, indem sie als so genannte „unabhängige Experten“ auf Wahllisten platziert werden.

Differenziert man bezüglich des Bildungsgrades zusätzlich nach Parteizugehörigkeit, so werden auch hier Unterschiede deutlich. Sämtliche im Untersuchungszeitraum über die Liste der Grünen in den Nationalrat eingezogenen QuereinsteigerInnen besitzen einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss, jedoch nur knapp die Hälfte (5 von 11) in der FPÖ. Die VertreterInnen der SPÖ (zwei Drittel) und ÖVP (70 %) liegen anteilmäßig dazwischen. Während es kaum PflichtschulabsolventInnen unter den QuereinsteigerInnen gab (1 FPÖ, 1 ÖVP), besaß knapp die Hälfte der quer eingestiegenen FPÖ-MandatarInnen eine Matura als höchsten abgeschlossenen Bildungsgrad. Für den geringeren Elitismus in der FPÖ sind zweierlei Erklärungen denkbar: Entweder wollte sich die FPÖ strategisch näher am „kleinen Mann (!)“ positionieren und stellte deshalb weniger AkademikerInnen als QuereinsteigerInnen auf, oder es fehlte der FPÖ schlicht und einfach an entsprechend gebildeten und rekrutierbaren Personen. In der Unterscheidung nach Bildungsgrad und Geschlecht fällt auf, dass nur 56,6 Prozent der Männer, aber 80 Prozent der Frauen mit *cross-over*-Karriere einen Universitätsabschluss besitzen. Frauen müssen wohl, um als Quereinsteigerinnen infrage zu kommen, eine höhere Bildung aufweisen als Männer.

4.5 Beruf

Die Berufsstruktur im Nationalrat unterscheidet sich wesentlich von jener in der Gesamtbevölkerung und ist vor allem durch den hohen Anteil an Landwirten, öffentlich Bediensteten und in politiknahen Feldern (Interessenvertretungen, Sozialversicherung, Parteien) Beschäftigten geprägt (Schefbeck 2006: 145f). Auch das in der Verwaltung vorherrschende so genannte „Juristenmonopol“ setzt sich in der Zusammensetzung des Nationalrates fort. Unter QuereinsteigerInnen ist ebenfalls ein deutlicher Überhang von Personen, die vor Antritt ihres Mandates in juristischen Berufen tätig waren, erkennbar. Dazu kommt ein ebenso hoher Anteil (je 17,2 %) an ehemaligem Universitätspersonal und in diversen Medien (Printbereich, v.a. aber ORF) Tätigen. Ein weiterer großer Anteil an QuereinsteigerInnen wird aus der Privatwirtschaft und aus dem Bereich Kunst und Kultur rekrutiert (je 13,8 %).

Die Berufssparte, der QuereinsteigerInnen vor ihrer politischen Tätigkeit ursprünglich angehörten, wird dann interessant, wenn Veränderungen in diesem Bereich thematisiert werden. Da wir es mit einer sehr kleinen Grundgesamtheit (29 Personen) zu tun haben, ist es der Übersichtlichkeit halber besser, anstatt nach einzelnen Legislaturperioden zu differenzieren, diese in zwei etwa gleich große Gruppen (XIII. bis XX. bzw. XXI. bis XXII. Legislaturperiode) zusammenzufassen und anhand dieser Dichotomisierung Unterschiede herauszuarbeiten.

Tabelle 4-3: Aktuelle und ehemalige QuereinsteigerInnen nach Berufssparte

	Mandat im Nationalrat		Veränderung absolut
	XIII.-XX. LP	XXI.-XXII. LP	
Universität	5	0	-5
Privatwirtschaft	1	3	+2
Juristische Berufe	3	2	-1
Ärztin/Arzt	2	1	-1
Kunst und Kultur	1	3	+2
Medien	1	4	+3
NGO	0	1	+1
Sport	0	2	+2
Gesamt	13	16	+3

Quelle: <http://www.parlament.gv.at>

Es wird deutlich, dass besonders an Universitäten tätige Personen und in geringerem Umfang auch ÄrztInnen und JuristInnen heute seltener als QuereinsteigerInnen rekrutiert werden, als dies bereits der Fall war. Stark zugenommen hat im Gegensatz dazu der Anteil der Personen aus der Privatwirtschaft, sowie aus Kunst und Kultur, Medien und Sport. Besonders seit dem Jahr 1999 scheint es zu einer Verschiebung zu kommen, welche die fachliche Kompetenz von QuereinsteigerInnen als Rekrutierungsmotiv zurücktreten lässt und statt dessen deren Bekanntheits- bzw. Beliebtheitsgrad hervortreten lässt. Das Anforderungsprofil verschiebt sich von Expertise in Richtung Prominenz (vgl. Wolf 2005).

Differenziert man abermals nach Parteizugehörigkeit, so fällt auf, dass für die Veränderungsdynamiken der letzten beiden Legislaturperioden bezüglich der Rekrutierung von QuereinsteigerInnen besonders die FPÖ Verantwortung trägt. Beide Quereinsteiger aus dem Berufsfeld Sport (Patrick Ortlieb, Elmar Lichtenegger) sowie zwei von vier Medienleuten (Theresia Zierler, Jutta Wochesländer) müssen der FPÖ zugerechnet werden. Lediglich KünstlerInnen und Kulturschaffende scheinen für die FPÖ nicht kandidieren zu wollen oder dürfen.

4.6 Parteizugehörigkeit

Auf den Faktor Parteizugehörigkeit wurde bereits in Verbindung mit soziodemographischen Merkmalen von QuereinsteigerInnen mehrmals eingegangen. Stets spielte die FPÖ in diesen Betrachtungen eine besondere Rolle (Geschlecht, Bildung, Beruf).

Tabelle 4-3: *QuereinsteigerInnen nach Parteizugehörigkeit und Eintrittszeitpunkt (Legislaturperiode)*

	Eintritt ins Parlament (Legislaturperiode)							Gesamt	Aktuell
	XIII	XVII	XVIII	XIX	XX	XXI	XXII		
SPÖ	0	0	0	0	0	1	2	3	2
ÖVP	1	1	2	1	0	3	2	10	5
FPÖ	0	0	0	4	1	4	2	11	2
Grüne	0	1	1	1	0	1	1	5	3
Gesamt	1	2	3	6	1	9	7	29	12

Quelle: <http://www.parlament.gv.at>

Auch in der Betrachtung der absoluten Häufigkeiten sticht die FPÖ als jene Partei, die im Untersuchungszeitraum mit elf politischen Neulingen die meisten QuereinsteigerInnen aufbot, ins Auge. Knapp dahinter liegt die ÖVP mit zehn Amateuren, gemeinsam stellen diese beiden Parteien also beinahe drei Viertel aller QuereinsteigerInnen. Geht man näher auf längerfristige Entwicklungen ein, so wird deutlich, dass die ÖVP einen Pionierstatus einnimmt, sie war es, die seit 1970 den ersten Quereinsteiger aufstellte (Felix Ermacora). Auch der nach meinen Kriterien erste Quereinsteiger der ersten Republik (Lujó Tončić-Sorinj), der in der VI. Legislaturperiode (1949) im Alter von 34 Jahren sein Mandat antrat, war der ÖVP zuzurechnen. Im Gegensatz dazu schien die SPÖ lange Zeit gegenüber des „Modetrends“ der Nominierung politikferner KandidatInnen resistent zu sein, erst die Nominierung von Uli Sima 1999 und schließlich des prominentesten Kandidaten der SPÖ Josef Broukal im Jahr 2002 schien diese Verslossenheit aufzubrechen. Besonders in als entscheidend eingestuften Wahlen scheint die FPÖ ihre QuereinsteigerInnen nominiert zu haben. Sowohl im Jahr 1994, besonders aber 1999 wurden vier QuereinsteigerInnen zur Wahl gestellt. Die Grünen sind bezüglich der Aufstellung von QuereinsteigerInnen im Zeitverlauf am konstantesten. Sie begannen bereits zu Beginn ihres Bestehens Amateure zu nominieren und blieben dieser Praxis seither bei fast jeder Wahl treu.

Insgesamt betrachtet sind Parteien rechts der Mitte eher bereit KandidatInnen ohne politische Erfahrung aufzustellen. Dies könnte damit zu tun haben, dass in diesen Parteien die jeweiligen Vorsitzenden relativ starke Positionen besitzen, während die beiden „linken“ Parteien (basis-)

demokratischere innerparteiliche Strukturen besitzen. Die Macht der/des Vorsitzenden ist für die Nominierung von QuereinsteigerInnen bedeutsam, da dadurch „klassische“ Aufstiegsmuster durchbrochen werden und dies vor den Parteigremien erst durchgesetzt werden muss. Auf die Rolle der Parteispitze für die Rekrutierung von QuereinsteigerInnen wird weiter unten noch einzugehen sein.

4.7 Dauer des Mandates

Die Dauer der Karrieren von QuereinsteigerInnen gestaltet sich sehr unterschiedlich, zwischen einem und 19 Jahren konnten sie im beobachteten Zeitraum ihre Mandate im Nationalrat halten. Trotz all dieser Heterogenität ist jedoch festzuhalten, dass knapp die Hälfte aller QuereinsteigerInnen (48,3 %) maximal 3 Jahre und mehr als drei Viertel (75,9 %) nicht länger als 6 Jahre im Parlament bleiben. Die politischen Abenteuer der Amateure sind also eher kurz.

Tabelle 4-4: Dauer des Mandates von QuereinsteigerInnen, Häufigkeiten

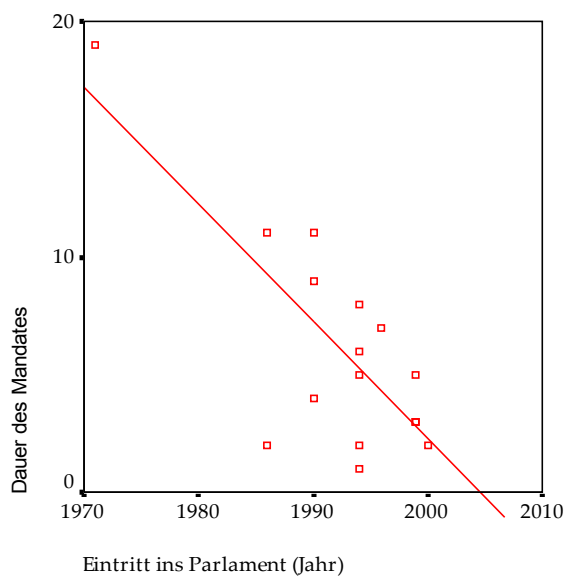
Dauer in Jahren	Häufigkeit	Prozent	Kumulierte Prozente
1	1	3,4	3,4
2	5	17,2	20,7
3	8	27,6	48,3
4	1	3,4	51,7
5	2	6,9	58,6
6	5	17,2	75,9
7	1	3,4	79,3
8	1	3,4	82,8
9	1	3,4	86,2
11	2	6,9	93,1
12	1	3,4	96,6
19	1	3,4	100,0
Gesamt	29	100	

Quelle: <http://www.parlament.gv.at>

Betrachtet man außerdem die Veränderungen der Länge der parlamentarischen Laufbahnen, also deren Verhältnis zum Eintrittsjahr so wird deutlich, dass lange Karrieren von QuereinsteigerInnen heute trotz der Zunahme der absoluten Anzahl von *cross-over*-Personen seltener geworden sind. Die neunzehn Jahre dauernde Amtsperiode von Felix Ermacora als Volksvertreter im Zeitraum von 1971 bis 1990 stellt die mit Abstand längste im Bereich der Querein-

steigerInnen dar. Alexander Van der Bellen bislang 12-jähriges Gastspiel im Nationalrat (mit der sehr wahrscheinlichen Option auf weitere Verlängerung) stellt hingegen der jüngeren Vergangenheit eine absolute Ausnahme dar. Das unten stehende Streudiagramm veranschaulicht auf andere Weise den Zusammenhang zwischen Eintrittsjahr und Dauer des Mandates. Um Verzerrungen zugunsten eines früheren Eintrittszeitpunktes zu vermeiden, berücksichtigen wir lediglich jene QuereinsteigerInnen, die im Nationalrat keinen Sitz mehr haben.

Abbildung 4-4: Zusammenhang zwischen der Dauer des Mandates und dem Eintrittsjahr, Streudiagramm



Quelle: <http://www.parlament.gv.at>

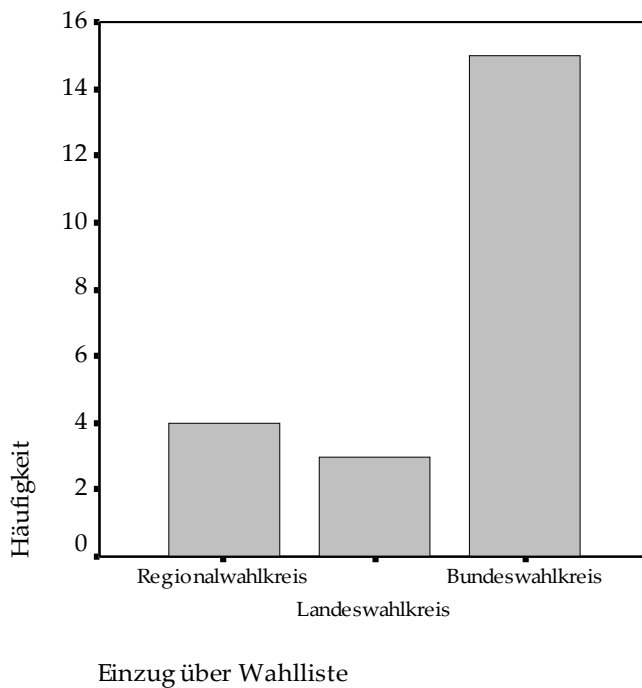
Es wird deutlich, dass Karrieren von QuereinsteigerInnen heute deutlich kürzer sind, als früher (Korrelationskoeffizient Pearsons $r = -0,77$). Dies unterstreicht den bereits geäußerten Verdacht, dass es in den letzten Jahren zu einer tendenziellen Veränderung der Funktion von QuereinsteigerInnen in den Strategien der politischen Parteien gekommen ist: War früher die Expertise von QE für die parlamentarische Arbeit (v.a. in den Ausschüssen) für eine Nominierung vorrangig, so ist heute deren Funktion mit dem Einstehen für die Partei im Wahlkampf weitgehend erfüllt. Anschließend kurze parlamentarische Laufbahnen sind die Regel.

4.8 Rekrutierung und Einzug in den Nationalrat

Es ist mit einigen Schwierigkeiten verbunden, teilweise Jahre später Informationen über die Platzierung von KandidatInnen auf Regional-, Landes- oder Bundeslisten bzw. über deren Rekrutierung zu erhalten. Ich muss mich daher in meinen Ausführungen hauptsächlich auf Vorrecherchen aus anderen Forschungsarbeiten (vgl. Götz 1996, Wolf 2005) bzw. Informationen

aus dem bereits mehrmals erwähnten Internetportal des Parlaments verlassen. Die so zusammengetragenen Informationen ergeben ein unvollständiges Bild, das aber trotzdem Aufschlüsse über Rekrutierung und Einzug in den Nationalrat erlaubt. Eine gewisse Vorsicht bei der Interpretation der Daten bleibt gegeben.

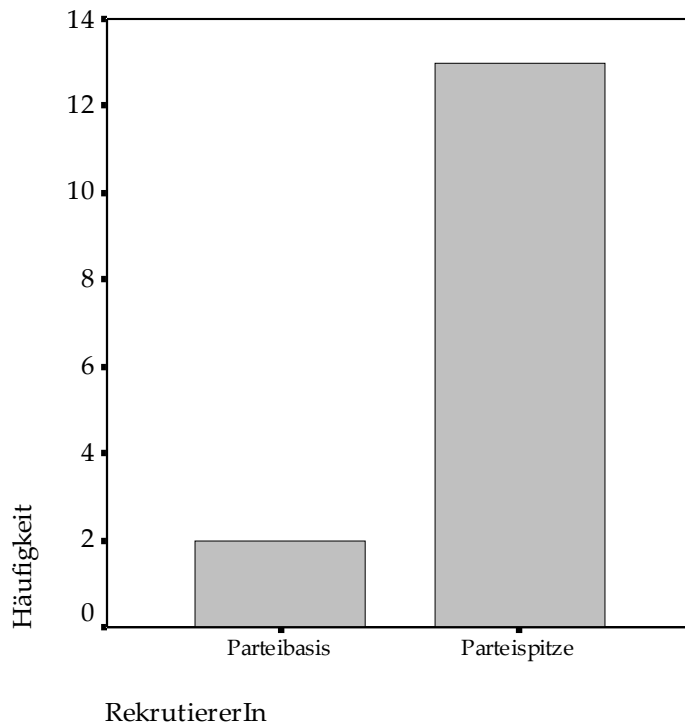
Abbildung 4-5: Einzug in den Nationalrat nach Listenart



Quellen: <http://www.parlament.gv.at>; Götz 1996, Wolf 2005

Abbildung 4-5 zeigt, dass von den 22 QuereinsteigerInnen, von denen die Platzierungen auf den jeweiligen Wahllisten in Erfahrung gebracht werden konnten, mehr als zwei Drittel (15) über einen Platz auf der Bundesliste in den Nationalrat eingezogen sind. Die Platzierungen haben dabei jeweils als sicher zu gelten, d.h. keine/r der KandidatInnen befand sich auf einem so genannten „Kampfmandat“ und der Einzug ins Parlament war somit sichergestellt. Dasselbe gilt im Prinzip auch für die Listenplätze auf den Landeswahlkreisen, und auch die regional zu vergebenden Mandate waren für die quer eingestiegenen KandidatInnen mit großer Wahrscheinlichkeit zu holen (Wahlkreise in Innsbruck Land und Graz für die ÖVP, Wahlkreis Kärnten Ost für FPÖ und SPÖ). Es war/ist also den Parteien durchaus klar, dass sie mit ihren QuereinsteigerInnen nur an wählbarer Stelle ein Signal setzen können.

Abbildung 4-6: Einzug in den Nationalrat nach Art der Rekrutierung



Quellen: <http://www.parlament.gv.at>; Götz 1996, Wolf 2005

Von den 15 QuereinsteigerInnen, von denen die rekrutierenden Personen in Erfahrung gebracht werden konnten, wurden 13 von führenden ParteifunktionärInnen (Bundesvorsitzende, BereichssprecherInnen im Nationalrat, PressesprecherInnen, Landesvorsitzende, Klubobleute, MinisterInnen) zum Antritt für die Partei und Einstieg in die Politik bewegt (vgl. ähnlich auch Wolf 2005: 280). Die beiden Personen, die nicht von führenden VertreterInnen der Parteien rekrutiert wurden, verdank(t)en ihren Eintritt in die Politik dem Engagement eines Komitees von BürgerInnen (Christian Brünner) bzw. der Nachfrage eines regionalen Bundobmanns (Günther Leiner). Generell bestätigt sich jedoch der unter Abschnitt 4.6. geäußerte Eindruck der Zentralisierung der Nominierung von QuereinsteigerInnen bei der Parteispitze und die damit einhergehende wesentliche Rolle der Parteiobleute.

5. Fazit

Im Laufe dieser Arbeit wurde bereits an unterschiedlichen Stellen auf Veränderungen bezüglich der Rekrutierung von QuereinsteigerInnen und daraus resultierende Auswirkungen eingegangen. Ich möchte diese an dieser Stelle noch einmal zusammenfassen und kurz beschreiben, bevor ich mit einem Blick auf mögliche zukünftige Entwicklungen schließe.

Allgemein lässt sich der Trend zur Nominierung von politischen Amateuren dahingehend interpretieren, dass durch die wachsende *Politikverdrossenheit*, die besonders in Deutschland (Arzheimer 2002, Maier 2000) aber auch in Österreich (Böhmer 2002) seit den 1990er Jahren konstatiert wurde, das Bild der BerufspolitikerInnen zunehmend negativ wahrgenommen wurde. Mit dem verstärkten Einsatz „politikferner“ KandidatInnen wurde versucht, diesem Phänomen der Entfremdung teilweise entgegenzusteuern, indem *Offenheit der politischen Klasse* für Personen aus der Privatwirtschaft und dem öffentlichen Bereich (v.a. Universitäten) signalisiert wurde, die ihrerseits mit einer im Vergleich zu PolitikerInnen ungleich positiveren Wahrnehmung seitens der Bevölkerung ausgestattet waren.

Aber auch bezüglich der Eigenschaften der QuereinsteigerInnen selbst kam es zu Veränderungen, die in einem Wandel der politischen Kommunikation (vgl. Plasser 2006) begründet sind. Zählte früher für eine Aufstellung vor allem die professionelle Expertise von QuereinsteigerInnen innerhalb spezifischer Politikbereiche, so kommt es seit einigen Jahren zu einer Mediatisierung der Politik, die neue Anforderungen an KandidatInnen stellt. Nicht mehr die Inhalte, sondern deren Darstellung stellt den zentralen Aspekt politischer Kommunikation dar. Bei QuereinsteigerInnen zählt heute hauptsächlich der Bekanntheitsgrad und das Gesicht, sie dienen als Identifikationsfiguren und punkten mit ihren sportlichen und beruflichen Erfolgen, sowie mit Attraktivität und Sympathie.

In enger Verbindung mit dem Phänomen der Mediatisierung steht die Verschiebung des Funktionsbereiches von QuereinsteigerInnen vom parlamentarischen Raum auf den Wahlkampf. Ist dieser vorbei, haben die meisten QuereinsteigerInnen ihre Aufgabe – nämlich die Akquirierung von Stimmen durch den Einsatz ihres Bekanntheitsgrades – bereits erfüllt. Dafür spricht unter anderem auch deren immer kürzer werdende Verweildauer im Nationalrat.

Schließlich bedeutet der Bedeutungszuwachs der Rolle von politischen Amateuren auch Veränderungen in der internen Struktur von Parteien. Wie bereits festgestellt haben eher hierarchisch strukturierte Parteien im Zeitverlauf deutlich mehr QuereinsteigerInnen nominiert, als eher (basis-)demokratisch organisierte. Nichtsdestotrotz führt diese Entwicklung im Allgemeinen zu einer Stärkung der Parteispitze, die mit dem Argument des Wunsches der WählerInnen nach neuen Gesichtern in der Politik argumentieren können, um gleichzeitig ihre Position innerhalb der Partei zu stärken (vgl. bereits Stirnemann 1988: 638).

Die skizzierten Muster beschreiben einen Trend bezüglich der „Transformation der Rekrutierung und Karrieremuster politischer Eliten“ hin zu einer verstärkten Aufstellung von politik-

fremden QuereinsteigerInnen bzw. eine Veränderung innerhalb der Rekrutierungsstrategien von QuereinsteigerInnen von ExpertInnen zu prominenten Gesichtern, die im betrachteten Zeitraum teilweise sehr deutlich zutage treten. Inwiefern diese Beobachtungen auch in Zukunft zutreffen werden, ist schwer absehbar. Es ist nicht davon auszugehen, dass die Entwicklung zur zunehmend verknappten, bildhaften und unterhaltsam aufbereiteten Verbreitung politischer Inhalte (Stichwort: Infotainment) abreißen oder sich ins Gegenteil umkehren wird. Neue Sendeformate auf den auch in Österreich immer mehr verbreiteten Privatkanälen im TV besitzen eine deutliche Tendenz zum Boulevard und tragen eher nicht zu einer wieder stärkeren Betonung von Politikinhalt in der medialen Berichterstattung bei. Trotzdem wurde im Wahlkampf zur Nationalratswahl 2006 von den Parteien zwar viel Augenmerk auf die Eigen- und noch viel mehr die negative Gegnerinnendarstellung in den Medien gesetzt, mit der Präsentation von ÜberraschungskandidatInnen als politische QuereinsteigerInnen hielt man sich jedoch auffällig zurück. Lediglich Gertrude Aubauer (ORF) auf der Liste der ÖVP, Veit Schalle (Wirtschaft) auf der Liste des BZÖ und Alexander Zach (Liberales Forum) auf der Liste der SPÖ würden nach der hier verwendeten Definition als QuereinsteigerInnen gelten. Besonders die früher besonders nominierungsfreudige FPÖ verzichtete völlig auf die Nominierung externer KandidatInnen. Zukünftige Entwicklungen in diesem Bereich werden zu verfolgen sein.

Literatur

- Arzheimer, Kai (2002): Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Beyme, Klaus von (2002): Funktionswandel der Parteien in der Entwicklung von der Massenmitgliedpartei zur Partei der Berufspolitiker, in: Gabriel, Oskar W. / Oskar Niedermayer / Richard Stöss (eds.): Parteiendemokratie in Deutschland, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 315-339
- Böhmer, Christian (2002): Politikverdrossenheit in Österreich. Eine Annäherung unter der besonderen Berücksichtigung der Werte- und Lebenswelt von Jugendlichen, Dipl.-Arb., Wien
- Canon, David (1990): Actors, Athletes, and Astronauts: Political Amateurs in the United States Congress, Chicago: University of Chicago Press
- Dachs, Herbert / Peter Gerlich / Wolfgang C. Müller (Hg.) (1995): Die Politiker, Wien: Manz
- Fischer, Heinz (1982): Die parlamentarische Fraktion, in: ders. (ed.): Das politische System Österreichs, Wien/München/Zürich: 111-149

- Götz, Michael (1996): Quereinsteiger in der Politik. Eine Untersuchung dieses Politikertyps im österreichischen Nationalrat und in der Bundesregierung seit 1986, Dipl.-Arb., Wien
- Herzog, Dietrich (1975): Politische Karrieren: Selektion und Professionalisierung politischer Führungsgruppen, Opladen: Westdeutscher Verlag
- Herzog, Dietrich (1982): Politische Führungsgruppen: Probleme und Ergebnisse der modernen Elitenforschung, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft
- Herzog, Dietrich (1997): Die Führungsgremien der Parteien: Funktionswandel und Strukturentwicklungen, in: Gabriel, Oscar W. / Oskar Niedermayer / Richard Stöss (Hg.): Parteiendemokratie in Deutschland, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 301-322
- Maier, Jürgen (2000): Politikverdrossenheit in der Bundesrepublik Deutschland. Dimensionen – Determinanten – Konsequenzen, Opladen: Leske & Budrich
- Schefbeck, Günther (2006): Das Parlament, in: Dachs, Herbert et al. (Hg.): Politik in Österreich. Ein Handbuch, Wien: Manz, S. 139-167
- Naßmacher, Karl-Heinz (1968): Das österreichische Regierungssystem. Große Koalition oder alternierende Regierung?, Köln: Westdeutscher Verlag
- Norris, Pippa (Hg.) (1997): Passages to Power. Legislative Recruitment in Advanced Democracies, Cambridge: Cambridge University Press
- Norris, Pippa / Joni Lovenduski (1995): Political Recruitment. Gender, Race and Class in the British Parliament, Cambridge: Cambridge University Press
- Pelinka, Anton (1970): Elitenbildung in den österreichischen Großparteien, in: *Wort und Wahrheit* 25, S. 534-541
- Pelinka, Anton (1982): Struktur und Funktion der österreichischen Parteien, in: Fischer, Heinz (ed.): Das politische System Österreichs, Wien/München/Zürich: Europa-Verlag, S. 31-53
- Plasser, Fritz (2006): Massenmedien und politische Kommunikation, in: Dachs, Herbert et al. (Hg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien: Manz, S. 525-537
- Statistik Austria (2005): Volkszählung 2001. Bildungsstand der Bevölkerung; online unter ftp://www.statistik.at/pub/neuerscheinungen/2005/vz_bildung.pdf, 29.9.2006
- Steininger, Barbara (1999): Politik als Beruf? Politische Rekrutierung und Professionalisierung in Österreich, in: Payrleitner, Alfred (Hg.): Aufbruch aus der Erstarrung. Neue Wege in die österreichische Politik, Wien: Molden Verlag, S. 97-110
- Stimmer, Gernot (1997): Eliten in Österreich: 1848-1970, Wien u.a.: Böhlau
- Stirnemann, Alfred (1988): Rekrutierung und Rekrutierungsstrategien, in: Pelinka, Anton / Fritz Plasser (Hg.): Das österreichische Parteiensystem, Wien/Köln/Graz: Böhlau, S. 599-643
- Syed Ali, Anwar (2003): Karrierewege und Rekrutierungsmuster bei Regierungsmitgliedern auf Bundesebene von 1949-2002, Dissertation, Halle-Wittenberg; online unter <http://sundoc.->

bibliothek.uni-halle.de/diss-online/03/04H114/prom.pdf#search=%22syed%20 ali%20rekrutierungsmuster%22, 10.9.2006

Wolf, Armin (2005): Promi-Politik. Prominente Quereinsteiger in der österreichischen Politik, Dissertation, Innsbruck/Wien; online unter http://www.oegpw.at/diss/armin_wolf.pdf, 25.5.2006

Anhang

Liste QuereinsteigerInnen

Name	Eintrittszeitpunkt (Legislaturperiode)	Parteizugehörigkeit
Felix Ermacora	XIII	ÖVP
Gerhart Bruckmann	XVII	ÖVP
Walter Geyer	XVII	Grüne
Christian Brünner	XVIII	ÖVP
Monika Langthaler	XVIII	Grüne
Günther Leiner	XVIII	ÖVP
Wolfgang Nußbaumer	XIX	FPÖ
Liane Höbinger-Lehrer	XIX	FPÖ
Michael Krüger	XIX	FPÖ
Franz Morak	XIX	ÖVP
Hans Pretterebner	XIX	FPÖ
Alexander Van d	XIX	Grüne
Brigitte Povysil	XX	FPÖ
Sylvia Paphazy	XXI	FPÖ
Theresia Zierler	XXI	FPÖ
Ulrike Sima	XXI	SPÖ
Patrick Ortlieb	XXI	FPÖ
Hermann Gahr	XXI	ÖVP
Kurt Grünewald	XXI	Grüne
Andrea Wolfmayr	XXI	ÖVP
Jutta Wocheßländer	XXI	FPÖ
Karin Hakl	XXII	ÖVP
Josef Bucher	XXII	FPÖ
Christian Puswald	XXII	SPÖ
Franz-Joseph Huainigg	XXII	ÖVP
Wolfgang Zinggl	XXII	Grüne
Josef Broukal	XXII	SPÖ
Ingrid Turkovic-Wendl	XXII	ÖVP
Elmar Lichtenegger	XXII	FPÖ

**Politische Eliten in den USA.
Werdegang politischer Eliten in der 2. Amtszeit von
George W. Bush**

Eingereicht von:

Plamen P. Penev

Matrikelnummer 9800266

Studienkennzahl A 300

1. Einleitung

Eliten- oder „gehobene soziale Schichten“ werden in den Sozialwissenschaften als mehr oder weniger geschlossene soziale und politische Einflussgruppen bezeichnet, die sich aus der Gesellschaft herausheben und im politischen, wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen System bestimmende Funktionen übernehmen.

Doch wie kommt eine Gesellschaft zu jenen fähigen und legitimierten Führungsgruppen, welche die anstehenden Aufgaben in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bewältigen? Wie entstehen Eliten, wie sehen die Rekrutierungswege und Karrierepfade aus, welche Wertorientierungen, politischen Einstellungen und Kommunikationsmuster dominieren innerhalb der Führungsschichten.

Hier wird der Versuch unternommen anhand eines Komplexes von Forschungsfragen eine Analyse der US-amerikanischen Politelite zu durchleuchten. Wir konzentrieren uns auf eine reine deskriptive case study und berücksichtigen die Karrierewege bzw. Karrieremuster der US-amerikanischen politischen Elite. Zuerst ganz allgemein mit der Hilfe von uns ausgewählten vergleichenden Studien und dann auf der Basis der 2. Amtszeit der G. W. Bush-Regierung. Das Problem der Machteliten als herrschende Klasse in den USA, mit dem sich C. Wright Mills auseinandergesetzt hat („The Power Elite“) wird in dieser Abhandlung nicht behandelt. Der amerikanische Soziologe Charles W. Mills zeigte in seinem Werk über die „Power Elite“¹⁴¹, dass die Funktionsbereiche und ihre Eliten nicht von einander zu trennen sind, und dass sich ihr Einfluss durch Interaktionen von Militär, Politik und Industrie zu einem antidemokratischen Komplex verdichten kann.

Auch die Postmoderne Betrachtungsweise der US-politischen Elite nach Krysmanski und Domhoff („Power Structure Research“) wird in dem vorliegenden Fallbeispiel nicht analysiert da eine Konzeptualisierung dieser Problematik den wissenschaftlichen Rahmen dieser Studie sprengen würde.

Laut postmodernem Model besteht die herrschende Klasse in den USA aus dem Geldadel, den Großaktionären, der obersten Managerkaste und den Unternehmensbesitzern. Diese haben stets, aber nicht immer offen, Einfluß auf die Politik genommen.

Es kam jedoch selten vor, daß so offen die Interessen von Energie-, Waffen- und Finanzlobby vertreten werden wie in der Bush-Administration, fast jeder höhere Minister steht in

Verbindung zu einem Unternehmen, jeder kann erwarten, nach seinem Ausscheiden aus der Politik in die Wirtschaft zu gehen oder zurückzugehen. Die Erstarrung des amerikanischen

¹⁴¹ New York 1956, Deutsch 1962

Systems, meinen die beiden Wissenschaftler ist in diesem Sinne einfach erklärbar: Die Profiteure des Systems sind die Einzigen, die das System tatsächlich ändern könnten.

Die US-Politelite wirkt also systemerhaltend nach innen und systemverändernd nach außen. Die Verlierer des Systems besitzen keine Macht, sind unfähig Widerstand zu leisten oder hoffen, selbst einmal nach ganz oben zu kommen. Die Kritiker des Systems sind Intellektuelle (Noam A. Chomsky; Gore Vidal), die unfähig sind, die Masse der Leute in ihrem Land anzusprechen oder es gerne anderen überlassen, gegen Mißstände vorzugehen.

2. Begriffsverständnis und Begriffswandel

Was wird allgemein unter dem Begriff „Elite“ verstanden? Bei Platon (427- 347 v.Chr.) sollen die Besten, die Weisen, die sich auch mit dem Guten auskennen, herrschen (Politeia, 6. Buch). Der Terminus Elite (vom lateinischen *eligere* = auswählen) ist nur etwa 200 Jahre alt, und wie so viele Begriffe unserer politisch sozialen Sprache seit der Aufklärungs- und Revolutionszeit französischen Ursprungs. Die erste wirkliche Übertragung des Elitebegriffs von der militärischen Ebene auf die „politische Klasse“ (Gaetano Mosca) vollzog sich erst um 1900. Wörterbücher und Lexika befassten sich bis dahin nur mit Eliteeinheiten beim Militär, ihrer Auswahl und Schulung.

Den philosophisch-politischen Knackpunkt markierte allerdings Nietzsche (1844-1900), der für eine totale Abkehr vom Wertesystem egalitärer, demokratischer Gesellschaften plädierte. Zu einem späteren Zeitpunkt wurden die Forderungen Nietzsches sozial- und staatspolitisch von Gaetano Mosca (1858- 1941) und Vilfredo Pareto (1848- 1923) aufgearbeitet. Pareto war derjenige, der erstmals einen auf politische Herrschaft bezogenen Elitebegriff verwendete. Nach Pareto ist der politisch soziale Wandel eng mit dem „Kreislauf der Eliten“ verbunden (*classe eletta* = ausgewählte Klasse).

Alle auf die „politische Klasse“ bezogenen Theorien gingen im Grunde genommen davon aus, dass die Eliten notwendig sind, um der breiten Masse den Weg in die Zukunft zu zeigen und im sozialdarwinistisch verstandenen Kampf der Nationen zu bestehen. Andere wie Irwing Kristol und sein Mentor der politische Philosoph Leo Strauss (1899- 1973) gingen noch weiter und argumentierten, dass die politische Elite als eine unerlässliche Bedingung die Manipulation der Masse im Auge behalten muss. Die Masse ist nach diesen Erkenntnissen nicht in der Lage, die Substanz der objektiven Wahrheit zu rezipieren.

Dabei wurden Strauss und seine Schüler, die Straussians (neocons), vor allem durch seine These der versteckten Bedeutung (hidden meaning) bekannt. Die Arbeiten der alten Philoso-

phen, so sein Argument, enthalten bewusst verdeckte und nur für Eingeweihte bestimmte Bedeutungen, die nur von sehr wenigen begriffen und folglich von der Masse missverstanden werden können. Es gibt also eine natürliche Hierarchie der Menschen. Allein die verstehende Elite kann und soll die essenzielle (platonische) Wahrheit menschlicher Gesellschaft und Geschichte innehaben. Der Masse, die sie weder verkraften noch mit ihr umgehen könnte, muss sie vorenthalten werden. Um den Staat zu schützen und die Ordnung einer Gesellschaft aufrechtzuerhalten, ist die führende Elite daher verpflichtet, sowohl freie Forschung einzugrenzen als auch die Mittelmäßigkeit und Untugend der gewöhnlichen Leute auszubeuten. Gesellschaft, so Strauss, braucht Lügen vor allem über die Natur der politischen Realität¹⁵. Es handelte sich, wie wir sehen, also um einen Gegenbegriff zur Masse bzw. zur demokratischen Massengesellschaft mit ihren Gleichheitsforderungen. Dieser Begriffswandel bezog sich auf eine kleine Gruppe wertebewusster, der Zukunft zugewandter Männer, die zur Herrschaft berufen sind.

3. Forschung und Theorie

- Untersuchungsgegenstand: Zweite Amtszeit von G.W. Bush (2004- August 2006)
- Untersuchungsquelle: www.whitehouse.gov/government
- Untersuchungspersonen: 15 Regierungsmitglieder (Henry Paulson statt John Snow im Finanzministerium in der letzten Regierungsumbildung wird berücksichtigt)
- Model der politischen Rekrutierung nach *Eulau*: Wie die Beteiligten in die Politik gelangten, wo sie herkamen, auf welchem Weg und schliesslich welche Ideen, Fähigkeiten und Kontakte sie sich aneigneten oder ablegten auf ihrem Weg
- Untersuchungsmethode: Matrix mit drei Variablen (Ausbildung/ Frühere Jobpositionen in der Privatwirtschaft/ Politischer Verlauf bzw. Karriereschritte)
- Untersuchungsansatz: Karrieretheoretischer Ansatz von Herzog und eine Analyse des biographischen Werdegangs
- Kritischer Punkt: Man muss die Einbeziehung von Lebensläufen bis in die frühen Sozialisationsphasen berücksichtigen.

Wir konzentrieren uns bei diesem survey research auf die rein deskriptive Analyse. Diese ist für die Theoriebildung nicht sehr fruchtbar, sie kann aber als Material für spätere Hypothesen- und Theoriebildungsversuche herangezogen werden.

¹⁵ Dies bedeutet aber längst nicht, dass Leo Strauss der als der ideologische Denkvater der Neoconservativen Strömung innerhalb der G.W. Bush- Regierung gilt, viele diese „unwissenschaftlichen Lüge“ verbreitet hat.

Für uns ist es primär wichtig, wie die Beteiligten in die Regierungsämter gelangten, wo sie herkamen, auf welchem Weg und schliesslich welche Ideen, Fähigkeiten und Kontakte sie sich aneigneten oder ablegten auf ihrem Weg.

Ausgangspunkt unserer empirisch- analytischen Untersuchung ist die Annahme das eine Rekrutierung innerhalb des amerikanischen politischen Systems zwei Merkmale aufweist:

1. Die Rekrutierung¹⁶ erfolgt auf einer vertikalen Ebene, die sich auf den Aufstieg in eine Position bezieht.
2. Die Rekrutierung erfolgt auf einer horizontalen Ebene, die sich auf das Überwechseln von einer elitären Gruppe in eine andere bezieht.

In der empirischen Sozialforschung finden sich vier unterschiedliche Ansätze, die sich mit Rekrutierungsprozessen befassen und bei denen wir in unserem Fallbeispiel anknüpfen.

- Stratifikationstheoretischer Ansatz - dieser verweist auf den Zusammenhang zwischen Schichtzugehörigkeit und Chance auf eine politische Karriere.
- Persönlichkeitstheoretischer Ansatz (H.D.Lasswell) - stellt die These auf, dass politische Führungspositionen gekennzeichnet durch Machtausübung sind und deshalb eher Personen, die in besonderer Weise für Machtausübung motiviert sind, in diese Positionen gelangen.
- Organisationstheoretischer Ansatz - betont die innerparteilichen Organisationsstrukturen als zentralen Aspekt der Eliterekrutierung. Da das politische System der USA eine diffuse und im Vergleich zu Europa keine homogene Parteistruktur aufweist, wird dieser Ansatz in meiner Arbeit nur ergänzend verwendet.
- Karrieretheoretischer Ansatz - ist von allen Methoden, wegen seiner Komplexität der ungeeignetste, die Bedingungen für den Aufstieg in die politische Elite zu erfassen. Für unsere Studie ist er empirisch nicht anwendbar, da er die Einbeziehung von Lebensläufen erfordert, die bis in die frühen Sozialisationsphasen hineinreichen. Dies würde unseren zeit-

¹⁶ Unter "Rekrutierung" wird der Wechsel von der Nicht- Elite in die Elite.

lichen und thematischen Rahmen sprengen und daher wird dieses Konstrukt nur als theoretisches Hilfsmodell verwendet.

Konzeptuell und basierend auf den vier oben genannten Ansätzen werden die Regierungsmitglieder in der 2. Amtszeit der Bush- Regierung als Eliten rezipiert und rücken damit in den Mittelpunkt des Interesses. Unsere Grundannahme besagt, dass diese Personen zu der US-Elite gehören und unser Forschungszweck analysiert anhand der o.g. Theorien die Transformationsprozesse der Rekrutierung von diesen politischen Eliten bzw. deren Karrieremuster.

Die US- Regierungsmitglieder sind im Rahmen bestimmter Selektionskriterien als:

a. Werteelite (repräsentieren Werte)

b. Funktionselite (haben bestimmte Funktionen in der Regierung inne)¹⁷

c. Machtelite (üben Einfluss auf)

d. Herrschaftselite (Entscheidungen betreffen direkt/ indirekt in der Form von Externalitäten bestimmte Bevölkerungsgruppen)

zu bezeichnen.

In unserer Studie werden drei, für das US-amerikanisches politisches System typische

Karrieremuster analysiert. Dies sind die Standard-Karriere, die Cross-over-Karriere und die reine politische Karriere mit der kein beruflicher Aufstieg einher- oder ihr vorausgeht.

Unsere Hauptthese besagt, dass der Rekrutierungsprozess im politischen Prozess der USA einen zielgerichteten Vorgang beschreibt. Die Übernahme eines politischen Amtes kann dabei durchaus Grund der ersten Mobilisierung sein. Der Rekrutierungsprozess beinhaltet hier drei Phasen nämlich die „Politische Rekrutierung“- „Politische Karriere“ und „Elitenrekrutierung“, die zum Teil in der europäischen Elitenforschung auseinandergelassen werden. Folgende Erklärungsversuche können für diese Abweichungen herangezogen werden:

1. Die Parteimitgliedschaft spielt für eine erfolgreiche Kandidatur in den USA nur eine untergeordnete Rolle oder gar keine Rolle.

2. Auch Parteiämter, die nur durch eine Parteimitgliedschaft zu erwerben sind, kommen in den USA bei der Eliterekrutierung kaum Bedeutung zu.

¹⁷ Der Begriff „Funktionselite“ wird hier nicht im Sinne von Otto Stammer verwendet, der vor allem bzgl. der industriellen Gesellschaften Anwendung findet.

3. Der Kandidatenauswahlprozess wird in den USA zunehmend individualistisch und hängt deshalb mehr vom Bekanntheitsgrad und vom persönlichen Image ab, als von der Unterstützung durch eine politische Partei.
4. Während z.B. in der BRD die Wahlkreisversammlung über die Kandidatennominierung entscheidet, finden sich in den USA eine Reihe verschiedener Akteure, die diesbezüglich aktiv werden. Viel wichtiger sind in dieser Hinsicht bekannte Persönlichkeiten mit hohem sozialen Status, die ihre Lobbyisten als Kandidaten vorschlagen und auch durchsetzen, und auf so genannte „self-starters“, die ohne Parteiunterstützung ein politisches Mandat anstreben.¹⁸

Andere Studien wie von Schlesinger und Ruchelmann zeigen auch dass die Rekrutierung der Elitemitglieder in den USA kein einheitliches Bild aufweist (auf der Ebene der einzelnen Bundesstaaten). Deshalb ist sinnvoll den theoretischen Rahmen innerhalb dessen die empirischen Daten betrachtet werden sollen, nicht in die Länge zu ziehen. Unsere Fokusgruppe sind die fünfzehn Regierungsmitglieder wobei die sieben Cabinet Rankin Members nicht Gegenstand unserer Untersuchung sind¹⁹. Der politische Werdegang der einzelnen Regierungsmitglieder wird einzeln analysiert (kurz skizziert), wobei ich anhand unserer theoretischen Modelle die Arbeitshypothesen falsifizieren werden. Auf diese Weise erhoffe ich mir auf meine Forschungsfragen eine durch empirische Daten abgesicherte Antwort geben zu können.

Allerdings muss man betonen, dass die Forschungssituation in den USA über die Professionalisierung der amerikanischen politischen Elite noch wenig fortgeschritten ist. Meist wird das Konzept der Professionalisierung als unabhängige Variable in den empirischen Untersuchungen eingeführt. In den meisten Fällen werden vergleichende Studien zwischen einzelnen Bundesstaaten als Muster herangezogen, es mangelt derzeit an länderübergreifenden Studien, die den Forschungsstand der politischen Eliten in den USA ausführlich und themenspezifisch analysieren.²⁰

¹⁸ Vgl. Das Verlaufsmodell von Schwartz für die US- Karriereforschung, dessen Annahme den wissenschaftlichen Standpunkt vertritt, dass es ein relativ einzigartiges Set von Persönlichkeitsmerkmalen gibt, die einzelne für politische Aktivität prädisponieren, und dass dieses Set durch die allgemeine wie allgemein-politische Sozialisation sowie bestimmte Lebenserfahrungen geprägt wird.

¹⁹ The Cabinet includes the Vice President and the heads of 15 executive departments-the Secretaries of Agriculture, Commerce, Defense, Education, Energy, Health and Human Services, Homeland Security, Housing and Urban Development, Interior, Labor, State, Transportation, Treasury, and Veterans Affairs, and the Attorney General.

²⁰ Vgl. Forschungsstand in der BRD: Potsdamer Elitestudie (1995, herausgegeben von Wilhelm Bürklin), diese knüpft an die Mannheimer Elitestudie (Ursula Hofmann- Lange) an.

4. Erkenntnistheoretische Axiome

A 1) Die Organisationsform der Parteien in den USA hat keinen entscheidenden Einfluss auf den Kandidatennominierungsprozess und dadurch auf den Verlauf einer politischen Karriere. In den westlichen Demokratien in Europa sind politische Karrieren weit mehr von den politischen Parteien abhängig als in USA.

A 2) Politische Orientierungen werden bereits innerhalb der Familie oder in den Ausbildungseinrichtungen vorstrukturiert. Über den tatsächlichen Karrierebeginn entscheiden aber spätere Sozialisationserfahrungen.

A 3) Die Politische Rekrutierung in den USA hat keinen vorprogrammierten Charakter, da die Parteimitgliedschaft für eine erfolgreiche Kandidatur in den USA eine untergeordnete Rolle spielt.²¹

A 4) Während in Europa bestimmte Wahlkreisversammlungen über die Kandidatennominierung entscheiden, finden sich in den USA eine Reihe verschiedener Akteure, die diesbezüglich aktiv werden. So werden in den USA öfters Personen rekrutiert, die keine aktiven Parteimitglieder, sondern bekannte Persönlichkeiten mit hohem sozialen Status sind, Interessensverbände, die ihre Lobbyisten als Kandidaten vorschlagen und auch durchsetzen aber auch „self-starters“, die ohne Parteiunterstützung ein politisches Mandat anstreben (Ross Perot war ein solcher „self-made“-Politiker).

A 5) Der Kandidatenauswahlprozess wird in Amerika zunehmend individualistisch und hängt deshalb mehr vom Bekanntheitsgrad und vom persönlichen Image ab, als von der Unterstützung einer politischen Partei.

A 6) Auch Parteiämtern, die nur durch eine Parteimitgliedschaft zu erwerben sind, kommt in den USA bei der Elitenrekrutierung kaum Bedeutung zu.

A 7) Die politische Elitenrekrutierung in den USA ist von Bundesstaat zu Bundesstaat verschieden, und weist kein einheitliches Bild auf.

²¹Ähnlich ist die Lage in Frankreich: Dort führt das Mehrheitswahlssystem zu Parteizersplitterung und die Bedeutung der Parteien ist relativ klein. Parteien haben somit keine grosse Wirkung bei der Bildung von politischen Karrieren.

A 8) Die amerikanischen politischen Eliten weisen eine sehr homogene und kohärente Struktur auf (am Beispiel des Neoconservativen Einflusses auf die US-Politik im Nahen Osten). Es handelt sich um ein soziales Gebilde, das aus einer relativ kleinen Zahl von Personen besteht, die untereinander in informeller und für Außenstehende nicht immer erkennbarer Weise verbunden sind, wenig Wert auf ihr Bekanntwerden legen, eine hohe Interaktionsdichte aufweisen, relativ geschlossen sind, sich von der Umwelt abkapseln, partikulare Ziele verfolgen und sich gegenseitig in der Konkurrenz mit anderen, nicht dazugehörenden Personen, unterstützen.

A 9) Die prinzipielle Offenheit des Zugangs zu den Elitepositionen in der US-Politik ist ziemlich begrenzt und nicht transparent. Allerdings spielt das Leistungsprinzip eine wichtige Rolle. Die politische Elite wird nach persönlichen Leistungsqualifikationen ausgesucht und mobilisiert. Aufgrund ihrer beruflichen Erfahrungen in der Privatwirtschaft und ihrer Ausbildung verfügt die US-Politelite über überragende politische Kompetenz, politische Kenntnisse und politische Aktivitätsbereitschaft (vgl. die Studien von Schlesinger/ Ruchelmann/ Schwartz). Als Fazit kann man zusammenfassen dass die US-Politelite eine meritokratische ist. Das bedeutet, dass die leistungsbezogenen Auswahlkriterien bei den einzelnen Regierungsmitgliedern immer mehr an Bedeutung gewonnen haben.

A 10) Die Zugehörigkeit zu einer höheren sozialen Schicht gilt als Voraussetzung für die politische Rekrutierung im politischen System der USA.

A 11) Eliten in den USA unterscheiden sich durch ihr Bildungsniveau deutlich von der Gesamtbevölkerung; sie kommen überproportional häufig aus Familien mit hohem sozialen Status.

A 12) Die US-Politelite ist sowohl von ihrer Herkunft als auch von ihrem Zusammenhalt als „nationale Elite“ zu begreifen. Elitäre Bildungsinstitutionen, die „man“ absolviert haben muss, um im Konkurrenzkampf zu bestehen und lebenslang wirksame „Netzwerke“ zu knüpfen, sind hier eine wichtige Voraussetzung um an die Macht zu kommen.

A 13) Die amerikanischen politischen Eliten sind männlich. Diese Feststellung trifft im Wesentlichen auch heute noch zu, obwohl sich in den beiden Regierungszeiten von W. Clinton

(1992- 2000) der Anteil der Frauen deutlich erhöht hat. Von einer auch nur halbwegs proportionalen Vertretung der Geschlechter kann aber keine Rede sein. Ausserdem beschränkte sich der Zuwachs fast ausschliesslich auf die Politik und von ihr stark beeinflussten Sektoren

5. Ergebnisauswertung

Die Karriere der G. W. Bush II-Regierung besteht aus mehreren aufeinander folgenden Einzelschritten, und diese sind im Rahmen der Lebensgeschichte der Positionsinhaber deutlich zu sehen. Bei der Analyse des Forschungsschwerpunktes werden zwei Ebenen verfolgt. Die erste Analyseebene betrifft die individuelle Professionalisierung und die zweite Strukturebene bezieht sich primär auf die Profession und die politische Karriere.

Im Wesentlichen beobachtet man bei den Teammitgliedern der G. W. Bush II-Regierung (2004 bis dato) drei verschiedene Karrieretypen die auch typisch für das westdemokratische Politikmodell sind:

- Die Standard- Karriere, die erst nach der Etablierung im privaten Beruf beginnt. Hier verläuft die politische Laufbahn zunächst parallel zur beruflichen, um dann immer mehr an Bedeutung zu gewinnen und schliesslich die eigentliche Karriere zu werden (Margaret Spellings/ Mike Johanns).
- Die cross-over-Karriere, mit der der Seiteneinstieg beginnt, betrifft das Überwechseln/ Switschen aus einer Spitzenposition des privaten Berufs in eine des politischen Bereichs (Henry Paulson von der Investment Bank Goldman Sachs hat John Snow als Finanzminister abgelöst).
- Die reine politische Karriere US-amerikanischer Prägung mit der kein beruflicher Aufstieg einher- oder ihr vorausgeht. Lynn Scarlett oder Michael Leavitt/ Gov. in Utah. Diese beiden Minister haben ihre politische Karriere in ihren Ortsvereinen begonnen und haben auf diese Weise ihren kontinuierlichen innerparteilichen Aufstieg markiert und im Laufe der Zeit fortgesetzt.

Ein anderer Aspekt bei der Auswertung der Daten setzt sich mit der Rekrutierung der politischen Eliten auseinander und die Tendenz geht hier in die Richtung, dass die Rekrutierung hier aus zwei Vorgängen besteht. Man beobachtet einen vertikalen, der das Aufsteigen in eine

Position beschreibt, und einen horizontalen, der sich auf das Überwechseln von Regierungsämtern bezieht, wobei dies auch das Dienen bei verschiedenen Regierungen unter anderen Präsidenten sein kann (Richard Cheney bei Bush Senior; Donald Rumsfeld bei G. Ford; Colin Powell war tätig bei James Carter, Ronald Reagan, G. Bush Senior und in der 1. Amtszeit von G.W. Bush).

Dabei beginnt die politische Rekrutierung bei allen Regierungsmitgliedern mit einer *prapartory Phase*, in der sich die political personality entwickelt. In einem 2 *initial work period* (= Entscheidungsphase) werden motivation, resources and opportunity in Betracht gezogen. In einem dritten *trial work period* (= Bewährungsphase) wurden die so genannten „Office experiences“ angeeignet. In *stable work period* werden die Beteiligten in das institutionelle Staatsgefüge involviert und mit den Staatsmechanismen und dem bürokratischen Apparat vertraut gemacht. Der *retriment period* bezeichnet die Abgangsphase, wobei ein möglicher Einstieg in das System immer wieder möglich wird, denn Alter spielt keine übergeordnete Rolle.

Die Ausbildungsstruktur der politischen Führung in der 2. G. W. Bush-Regierung zeigt eindeutig einen elitären Charakter (MBA, Economics, Political Science, Law, Chemical Engineering an den Eliteuniversitäten Yale, Princeton, Harvard Business School, UCLA, MIT, Cornell, Georgetown University, Military Academy West Point NY, Berkeley). Vier Regierungsmitglieder haben einen PhD (Rice/ Scarlett/ Snow/ Chao) und lehrten im Zuge ihrer Karrieren an einzelnen Universitäten.

Interessant wäre hier ein Vergleich mit den Daten der Potsdamer und der Mannheimer Elitestudie aus denen ersichtlich wird, dass, obwohl bestimmte Elitebildungsanstalten in der BRD nicht vorhanden sind, sehr wohl aber die politische Elite in der BRD renommierte Universitäten wie Frankfurt, München, Hamburg, Tübingen ect. besucht haben²².

Die Privatwirtschaft ist das Sprungbrett für einen möglichen Einstieg in die Politik. Bei den meisten Stichproben in unserem Untersuchungsfall handelt es sich um CEOs in grossen Unternehmen wie die Namen Gutierrez-Kellog Comp., Bodman-Fidelity Corp., Snow-SCX Corp., Rice-JP Morgan, RAND Corp., Chevron, Mineta-Lockheed Martin usw. zeigen. Bei anderen Mitgliedern im G. W. Bush Team waren es strategische Beziehungen zu wichtigen Personen aus dem Umkreis Bush's und seiner Familie. Auch Personen, die während seiner Regierungszeit als Gouverneur in Texas, die ihm zur Seite standen, bekleiden wichtige Ämter z.B. Alberto Gonzalez als Senior Advisor, chief elections officer to Governor Bush.

²² Ein überwiegender Teil der Verwaltungseliten in Deutschland haben in Köln, Freiburg, Göttingen und Heidelberg studiert.

Wichtig ist auch, dass einige der Regierungsmitglieder den „self-made- way“ durchgegangen sind und im Laufe ihrer Laufbahn selbst erfolgreiche Unternehmen gegründet haben und diese auch sehr erfolgreich geführt haben. Jim Nicholson ist ein typisches Muster für eine solchen Karriereweg.

Bei den empirischen Befunden stellte sich heraus, dass es sich bei den 14 Regierungsmitgliedern um Personen handelt, die während ihrer Tätigkeit in der Privatwirtschaft auch gleichzeitig in wichtige staatlichen Gremien und Kommissionen involviert waren und über einen direkten Zugang zum bürokratischen Apparat verfügen bzw. mit dem staatlich-institutionellen Gefüge anvertraut waren. Carlos Gutierrez hatte als einziger Minister kein Amt in einer staatlichen Kommission inne, er ist direkt aus der Privatwirtschaft in die Bush-Regierung eingestiegen (Chairman the Board and CEO in Kellogg Company).

Betrachtet man die Kontinuität während der beiden Amtszeiten von G.W. Bush stellt man fest, dass derzeit nur drei Fachminister von der ersten Bush-Regierung geblieben sind. Donald Rumsfeld, Norman Mineta und Elaine Chao wobei vier von den Ministern während der 2. Amtszeit ein Amt bekleidet haben, später aber ausgewechselt waren z.B. Finanzminister- Paul O' Neill- John Snow- Henry Paulson im Finanzministerium/ Lynn Scarlett- Dirk Kempthorne (Interior). Norman Y. Mineta ist der einzige Demokrat in der Republikanischen Regierung, und er ist gleichzeitig der dienstälteste Minister, der auch bei der William Clinton- Regierung tätig war.

Literatur

Eulau, Heinz/ Szudnowski, Moshe M. (Hrsg.): Elite Recruitment in Democratic Polities, Halsted Press, NY 1976.

Eulau, Heinz/ Wahlke, John C. (Hrsg.): The Politics of Representation, Sage Publications, Beverly Hills 1978.

Eisenstadt, Samuel N: The Political Systems of Empires, The Free Press of Glencoe, NY 1963.

Epstein, Leon D.: Political Parties in the American Mold, The University of Wisconsin Press, Madison, Wisconsin 1986.

Felber, Wolfgang: Eliteforschung in der BRD, B.G.- Teubner, Stuttgart 1986.

Gretz, Winfried: Politische Eliten im internationalen Vergleich, Tübingen 1993.

Herzog, Dierich: Politische Karrieren. Selektion und Professionalisierung politischer Führungsgruppen, Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen 1985.

Ichilov, Orit (Hrsg.): Political Socialization, Citizenship Education, and Democracy, Teachers College Press, NY 1990.

Matthews, Donald R.: The Social Background of Political Decision Makers, Doubleday & Company, Inc., Garden City, NY 1954.

Ruchelmann, Leonard: Political Careers- Recruitment Through the Legislature, Fairleigh Dickinson University Press, Rutherford 1970.

Schlesinger, Joseph A.: How They Become Governor, The State Board of Agriculture of The State of Michigan, East Lansing 1957.

Zweigenhaft, Richard L./ Domhoff, William G.: Blacks in the White Establishment?, Yale University Press, New Haven 1991.

Resümee

Die in der Seminararbeit behandelten Subthemen von Elitenrekrutierung in Österreich verlangen eine umfangreiche empirische Analyse und könnten jeweils eigene Forschungsarbeiten darstellen. Damit würde jedenfalls die Lücke geschlossen, die in der rezenten Elitenforschung in Österreich klafft. Während in den 1960er bis 1980er Jahren Arbeiten von Naßmacher (1968), Pelinka (1970 und 1982) und Stirnemann (1988) publiziert wurden, die wichtige Erkenntnisse über österreichische Verhältnisse bündelten, scheint das Thema seither von der österreichischen Wissenschaftswelt großteils ad acta gelegt worden zu sein. Vereinzelt veröffentlichte, die das Thema umfassend behandeln, sind häufig nicht auf einem aktuellen Stand (z.B. Müller 1987, Stimmer 1997). Die vorliegende Arbeit hat versucht, die vorhandene Forschungslücke zumindest zum Teil zu füllen, indem sie einerseits mögliche Bereiche aufzeigt, innerhalb derer eine tiefgründigere Auseinandersetzung lohnend wäre, und andererseits einen kleinen Einblick in die jeweiligen Gebiete der österreichischen Elitenforschung ermöglicht.

Die klassischen Ansätze zur Verortung von Elite (stratifikations-, organisations-, persönlichkeits-, karrieretheoretisch) bedürfen einer Modifikation auf österreichische Verhältnisse des 21. Jahrhunderts. Vor allem scheint es nicht sinnvoll, die einzelnen Ansätze gesondert zu verwenden, weshalb sie in einem Theoriemix (mit kleinen Modifikationen und unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen) in die Einzelarbeiten eingearbeitet wurden. Die empirische Umsetzung der theoretischen Blickwinkel verursachte allerdings teilweise Probleme in der Datenerhebung. Der persönlichkeits-theoretische Ansatz beispielsweise konnte empirisch kaum eingearbeitet werden. Die Bedeutung einer Persönlichkeit zu bewerten würde biographische Interviews mit den PolitikerInnen erfordern und selbst dann wäre es problematisch, eine wertende Reihung des Faktors Persönlichkeit für die politische Karriere vorzunehmen. Ebenso musste die (persönliche) Rekrutierung weitgehend beiseite gelassen werden, da diese Information (in objektivierten biographischen Darstellungen) meist nicht erhoben werden konnte. Die persönlichen, individuellen Begleitumstände einer politischen Karriere konnten also großteils aus forschungstechnischen Gründen nicht in die Bearbeitung miteinbezogen werden. Andererseits konnte dadurch die Bedeutung von Freundschaften (vgl. Sombart; Kreisky), von Persönlichkeiten und individuellen Loyalitäten, die für das Fortkommen in der Politik von großer Bedeutung sind, empirisch nicht umgesetzt werden.

Auch der stratifikationstheoretische Ansatz warf teilweise Probleme im Forschungsprozess auf. Der soziale Hintergrund (Berufe der Eltern, Ausbildung etc.) konnte zwar für die Biographien der Innen- und AußenministerInnen erhoben werden, für die Datenerhebung der Ministerinnen waren diese Informationen aber teilweise nicht erhältlich. Deshalb konnte die Bedeutung der sozialen Herkunft für die Ministerinnen insgesamt nicht gänzlich geklärt werden. Die Biographien jener Personen, die parteipolitisch aktiv waren, waren oftmals besser dokumentiert. Im Gegensatz zu der Erhebung von „persönlichen/persönlichkeitsspezifischen“ Daten handelt es sich dabei aber um ein empirisches Problem, das im Rahmen einer umfangreicheren Forschungsarbeit (z.B. durch Interviews etc.) behoben werden kann.

Die Einzelarbeiten (ausgenommen der Exkurs und die theoretische Einbettung), die verschiedene Aspekte der Elitenrekrutierung in der Zweiten Republik behandeln, ranken sich um eine zentrale Forschungsfrage: Wie funktioniert die Rekrutierung von Eliten in Österreich und welchen Transformationen unterlag diese im Laufe der Zweiten Republik?

Obwohl die Forschungsfrage in den einzelnen Teilen gesondert beantwortet wurde, ist für Österreich die Dominanz des parteizentrierten politischen Aufstiegs konstatierbar. Die Parteien und die ihnen nahe stehenden Organisationen, Vereine und Verbände nehmen eine zentrale Rolle für die Elitenbildung in Österreich ein. Dieses Muster wird auch durch das vermehrte Aufkommen von QuereinsteigerInnen in die Politik nicht durchbrochen. Im Unterschied dazu entfalten in den USA Parteien nicht annähernd eine mit Österreich vergleichbare Wirkung, zusätzlich fördert das Mehrheitswahlrecht in Einerwahlkreisen eine Personalisierung der Politik, die sich in Form einer „Selbstrekrutierung“ der KandidatInnen verdeutlicht.

Weiters konnte als nicht unerwartetes Ergebnis festgestellt werden, dass die Zugehörigkeit zum männlichen Geschlecht beim Aufstieg in die politische Elite begünstigend wirkt und eigene Netzwerke für deren Rekrutierung bestehen und genutzt werden.

Als weiteres Kriterium konnte die zunehmende Bedeutung von akademischer Bildung, auch hinsichtlich des technokratischen Modells festgestellt werden, wobei die QuereinsteigerInnen eine Ausnahme bildeten. Hier ist eine interessante Parallele zu dem Exkurs der Rekrutierung in den USA festzustellen: Die Ausbildungsstruktur der politischen Führung in der zweiten Bush-Regierung zeigt eindeutig elitären Charakter.

Die gemeinsame Forschungsarbeit im Team, das sich zur Aufgabe stellte, sich an einem gemeinsamen Begriff der politischen Elite zu orientieren und verschiedene Aspekte der Rekrutierung herauszuarbeiten, war ein spannender und lehrreicher gruppodynamischer Prozess. Die Diskussionen rund um den Elitebegriff und Modelle der Rekrutierung sowie der regelmäßige Austausch über die (Zwischen-)Ergebnisse der Einzelnen waren dabei wichtige Erfahrungen, von denen alle profitieren konnten und die letztlich dazu beitrugen, daß die Arbeit in der vorliegenden Form entstehen konnte.